Deutsche sollen noch mehr bluten S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 10 – 9. März 2013

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Bild: dieKLEINERT

Deutscher Michel: Schläfst du noch oder träumst du schon? Misswirtschaft auf politischer Ebene hat keine politischen Folgen

Volk ohne Rückgrat?

Trotz Unzufriedenheit über Berliner EU-Politik erhebt sich kein Widerstand

Die Politik und Euro-Rettung der deutschen Regierung nötigt den Deutschen immer mehr ab, doch weder finanzielle Lasten noch Demokratiedefizite erzeugen Gegenwehr.

Wo geht Ruhe in Dummheit über? Überall in der EU, längst nicht mehr nur in den sogenannten „Randländern“, formiert sich der Widerstand gegen den immer absurder ausgreifenden Brüsseler Regelungs- und Umverteilungswahn. Gegen die offene Parteinahme der EU-Instanzen zugunsten von globalen Milliarden-Jongleuren und der Finanzindustrie und zulasten der Völker. Gegen die schleichende Aushöhlung von Freiheit, Demokratie und Volkssouveränität.

Doch in Deutschland? Es scheint, als stehe ausgerechnet das Volk jenes Landes, das in jeder Hinsicht das Kraftzentrum Europas darstellt, wie ein Zaungast am Rande des Geschehens. Keine Demonstrationen, keine Oppositionspartei gegen den Euro und EU-Zentralismus im Parlament, nichts.

Diese Passivität wird sich, so ist immer deutlicher zu sehen, furchtbar rächen, denn in der Politik gilt: Wer nichts tut, mit dem kann man es eben machen. Die allerneuesten Pläne zur Ausplünderung der Deutschen durch EU und Euro-System sprengen alles bislang Vorstellbare. Mindestens verfünffachen soll sich die jährliche Nettobelastung der Deutschen für die EU. Da sind „Rettungsschirme“, EZB-Schulden und Schuldenerlasse für andere Staaten oder ausländische Banken noch nicht einmal mitgerechnet (ausführliche Auflistung der Lasten auf Seite 7).

> Für Straßen und Schulen hierzulande ist aber kein Geld da

Doch die Deutschen schweigen stille. Sie können das „Thema nicht mehr hören“ und flüchten sich in Illusionen und gewollte Taubheit: Die Bundesregierung werde es schon richten, es wird schon alles nicht so schlimm.

Dabei sind die Zeichen der Überforderung Deutschlands schon jetzt unübersehbar, obwohl die astronomischen Belastungen, die derzeit ausgeheckt werden, noch gar nicht spürbar wurden: Die Infrastruktur des Landes verfällt rasant (siehe Seite 5), weil „kein Geld“ mehr da sei. Kein Geld? Die Deutschen erringen immer neue Exportrekorde, die Steuereinnahmen sprudelten 2011 und 2012 üppiger denn je in der Geschichte, sprich: Die Bundesbürger erarbeiten Mehrwert wie nie. Doch am Ende ist dann trotzdem „kein Geld“ da für Schulen und Straßen. Es wird Zeit zu fragen, wo das Geld eigentlich abgeblieben ist.

Doch das tut niemand. Stattdessen werden dauernd neue Wege erforscht, wie man den Menschen dieses Landes noch mehr abknöpfen kann: Rundfunksteuer, Öko-Energie-Abgabe, höhere Bußgelder und vor allem anderen „sozial gerechtere Steuern“, was niemals etwas anderes hieß als „höhere Steuern“ für breiteste Schichten und eben nicht bloß „für die Reichen“, wie es die Propagandisten versprechen. Die Deutschen werden aufwachen müssen, oder aber sie werden einen erdrückenden Preis zahlen.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

So nicht!

Es ist keine 24 Jahre her, da gingen Hunderttausende auf die Straße und riefen: „Die Mauer muss weg!“ Dieser Wunsch ging in Erfüllung. Dass die Grenzanlagen in Berlin damals schnell beseitigt wurden, ist gut nachvollziehbar. Doch vielleicht war das in dieser Rigorosität voreilig, denn heute erinnert kaum noch etwas an die Teilung Berlins und ihre vielen Opfer. Bis auf einige Fragmente und ein rund 1,3 Kilometer langes Teilstück in Berlin-Friedrichshain ist das Bauwerk aus dem Stadtbild verschwunden. Auf diesem letzten Mauerabschnitt haben sich viele mit Spraydose und Farbe verewigt. Ob das Kunst oder Schmiererei ist, liegt im Auge des Betrachters. In jedem Fall aber ist die „East Side Gallery“ ein Sachzeuge der Geschichte sowie ein Mahnmal gegen Unterdrückung und die SED-Diktatur, auch wenn von dem Schrecken, der einst von ihr ausging, kaum noch etwas zu spüren ist.

Heute gehen die Berliner wieder auf die Straße – für den Erhalt der Mauer. Es geht um ein 23 Meter breites Stück der „East Side Gallery“, das der Zuwegung zu einem monströsen Neubauprojekt weichen und in der Nähe wiedererrichtet werden soll. Das wäre nicht zwangsläufig ein Drama, aber trotzdem: So geht es nicht! Das Mauerstück ist nicht irgendein Baurest. Um den Gesamteindruck des Ensembles zu beschädigen, bedarf es schon eines sehr schwerwiegenden Grundes. Die finanziellen Interessen einer israelischen Investorengruppe gehören gewiss nicht dazu. Der Stopp der Abrissarbeiten ist ein erster wichtiger Schritt, aber noch nicht genug. Baugenehmigung hin oder her, hier muss die Politik ein Zeichen einer funktionierenden Erinnerungskultur setzen. Alles andere wäre beschämend.

Absicht oder heiße Luft?

München kündigt härtere Gangart bei Asylbewerbern an

Aus der bayerischen Staatskanzlei sind ungewohnt deutliche Töne zum Thema Asyl zu vernehmen. Innenminister Joachim Herrmann und Sozialministerin Christine Haderthauer berichteten nach der Kabinettsitzung am vergangenen Dienstag vom „sprunghaft gestiegenen Zugang von Asylbewerbern“ und betonten die Notwendigkeit, den Asylmissbrauch „mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen“. Insbesondere aus Serbien und Mazedonien seien „zigtausende“ Asylbewerber nach Deutschland gekommen, obgleich die Anerkennungsquote für diese Herkunftsländer „praktisch bei null“ liege. Dagegen müsse man „alles unternehmen, um Zuwanderungsanreize für Asylmissbrauch zu vermeiden“ und ein klares Signal aussenden, dass sich Asylmissbrauch nicht lohne. Dazu zählt Herrmann, das Asylbewerberleistungsgesetz unbedingt beizubehalten, damit Asylbewerbern nicht Sozialleistungen wie jedem Deutschen gewährt werden müssten. Außerdem müsse in der EU die Möglichkeit zur vorübergehenden Aussetzung der Visafreiheit und auf Bundesebene zur Bestimmung der fünf visabefreiten Balkanländer im Asylverfahrensgesetz als sichere Herkunftsstaaten geschaffen werden. Zudem tritt Herrmann für die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ein.

> In Bayern herrscht bereits Wahlkampf

Das klingt zwar vielversprechend, lässt aber kaum eine Änderung der Verhältnisse erwarten. Die von den beiden Ministern präsentierten Fakten sind wahrlich nicht neu, ihre Forderungen und Ankündigungen wenig spektakulär, denn diese hätten sie längst umsetzen können. Schließlich sind die von ihnen beklagten Missstände auf die Gesetzeslage zurückzuführen, die sie stets selbst mitgetragen haben. Es bleibt abzuwarten, ob sie nun Taten folgen lassen, oder ob das alles nur bis zur Wahl hält.

J.H.

Häme gegen die Polizei

Ordnungshüter würden zu viel jammern – Amtsautorität leidet

Der aktuelle Prozessauftakt um den 2011 verübten Augsburger Polizistenmord lenkt den Blick der Öffentlichkeit auf Gewalt gegen Polizisten. Bankräuber schossen mit Maschinenpistolen auf Beamte. Die Länder, der Bund sowie eine Studie des bezüglich allzu großer Nähe zur Polizei unverdächtigen Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen wiesen jüngst einen deutlichen Anstieg von Gewalt gegen Polizisten aus. Unter der Überschrift „Gewalt gegen Polizisten Heule, heule Gänschen“ wendet sich nun die „FAZ“ gegen diese Statistiken. Man solle „nicht nur Striche zusammenzählen“.

Das Blatt beruft sich auf den Hamburger Kriminologen Rafael Behr. Schon 2011 sagte der in der „Zeit“: „Polizisten, die immer öfter ihren Kopf hinhalten müssten? Ich kann das Klagen der Polizei in Deutschland, dass alles schlimmer werde,

> »Niemand will sich Losern unterordnen«

nicht so recht glauben.“ Damals beklagte Behr noch die „Vermenschlichung der Polizei“, will heißen, eine Ausblendung möglicher Gewalterfahrungen und die Hinwendung zum Sozialen. Inzwischen wirft er ihr „Jammern“ vor. „Bürger zeigten inzwischen polizeiliche Gewalt oder das, was sie dafür hielten, eher an“, schreibt die „FAZ“. Beamte erstatten demnach häufiger Anzeige, um Anzeigen von Bürgern wegen angeblicher Gewalt durch Polizisten vorzugreifen. Vor allem aber seien sich die Polizeigewerkschaften untereinander nicht grün, entfachten als Lobbyvereine einen „Heulbojenwettbewerb“. Kurzum, in den 1970er Jahren hätten Beamte noch weniger Respekt erhalten, also sollten sie jetzt lieber still sein, „niemand will sich einem Loser unterordnen“.

Verlierer ist indes, das wird in dem vor Häme triefenden und in linksextremen Internetseiten bereits eilig verbreiteten Artikel klar, die Autorität der Polizei und deren Selbstbild. So lockt sie heute kaum noch Berufseinsteiger.

SV

MELDUNGEN

Zuwanderung begrenzen

München – Zwei Drittel der Deutschen wollen laut einer Emnid-Umfrage die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien begrenzen. Der „Focus“, der die Umfrage in Auftrag gegeben hatte, fügte deren Ergebnis eine Kritik des Migrationsforschers Klaus J. Bade bei. Dieser betonte, dass Debatten um Kontrollen und Zuzugsbeschränkungen nur fahrlässig eine Abwehrhaltung gegen jene Zuwanderung schürten, die man aber schlicht nicht verbieten könne, da sie Teil der EU-Regeln sei. Zudem habe der Begriff „Migrationssteuerung“ innerhalb der EU sowieso ausgedient, wer Derartiges fordere, betreibe eine „Politik von gestern“. Dieser Tage debattierten die Innenminister der EU darüber, Rumänien und Bulgarien in den Schengen-Raum aufzunehmen, innerhalb dessen weitgehende Reisefreiheit innerhalb der EU garantiert ist. Die Aufnahme war bereits mehrfach verschoben worden. Deutschlands Innenminister Hans-Peter Friedrich plädierte für eine weitere Verschiebung und legte ein Veto ein. *Bel*

Banken schaffen Bargeld ab

Stockholm – Die Swedbank sorgte vergangene Woche für Aufsehen, als sie verkündete, in einer ihrer größten Filialen im Herzen Stockholms künftig kein Bargeld mehr ausgeben oder anzunehmen. Inzwischen verzichten bereits 25 Prozent der Bankfilialen auf die Ausgabe von Bargeld selbst an Automaten. Sie wollen die Schweden dazu bewegen, nur noch mit der Kreditkarte zu bezahlen. Dies würde Diebstähle verhindern, so die Banken, aber auch den Banken Transaktionsgebühren einbringen, so Kritiker. Auch befürchten Datenschützer den total transparenten Kunden, da künftig jeder Einkauf einer Person zuzuweisen sei. Ob das Brötchen beim Bäcker oder die Busfahrt in die Stadt, immer hinterlässt der Kunde eine elektronisch nachvollziehbare Kreditkartenspur. *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Unfähig und korrupt

Der IWF und die Europäische Kommission sprechen in einem internen Bericht den griechischen Finanzämtern die Fähigkeit und den Willen ab, die ausstehenden Steuern in Höhe von 55 Milliarden Euro einzutreiben. 2012 sind statt den von der Troika als Zielmarke vorgegebenen zwei nur 1,1 Milliarden Euro Steuerschulden eingebracht worden. Besonders geschont werden offenkundig die Großen. Die für jene eingerichtete EMEIS hat bei 765 Fällen mit einem Schuldenvolumen von 16,4 Milliarden ganze 80 Millionen Euro eingetrieben. Als Lösung schlägt der Bericht vor, die bisher staatliche Steuerfahndung zumindest teilweise zu privatisieren. *M.R.*

2.068.756.528.215 €

Vorwoche: 2.068.236.744.068 €
Verschuldung pro Kopf: 25.229 €
Vorwoche: 25.222 €

(Dienstag, 5. März 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Macht- und ideenlos

Politik weiß nicht, wie sie der unkontrollierten Zuwanderung der Roma aus Osteuropa begegnen soll

„Mehr Geld für die Integration“, so lautete bisher der Tenor, wenn es um den Zustrom von Südosteuropäern, insbesondere von Roma, nach Deutschland ging. Vor allem sozialdemokratisch regierte Kommunen im Ruhrgebiet sind es, die den Bund in der Pflicht sehen, finanzielle Lasten zu übernehmen. Inzwischen sind in der politischen Diskussion allerdings auch völlig neue Töne zu hören: etwa die Forderung, die Zuwanderung zu begrenzen.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) fürchtet spätestens 2014 – wenn für Rumänen und Bulgaren die völlige Freizügigkeit innerhalb der EU gilt – den organisierten Missbrauch von deutschen Sozialleistungen. „Man muss vor Ort einfach stärker hinschauen und den Mut haben, EU-Bürger, die das Freizügigkeitsrecht missbrauchen, dann eben zurückzuschicken“, so der Innenminister in der „Rheinischen Post“. Zusätzlich will Friedrich eine Wiedereinreisesperre für diejenigen, die zurückgeschickt wurden. Was auf Deutschland im kommenden Jahr möglicherweise zukommt, macht Frank-Jürgen Weise, der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), deutlich: Momentan würden 6000 bis 7000 Roma aus Osteuropa in Deutschland leben, ab 2014 könnten es 120 000 bis 180 000 werden, so Weise gegenüber der „Welt am Sonntag“.

Dass sich nun ausgerechnet der Chef der Bundesagentur in die Diskussion um die Zuwanderung vom Balkan eingeschaltet, hat einen guten Grund. Die Wohlstandmigration aus Rumänien und Bulgarien kann dazu führen, dass insgesamt die Vorbehalte gegen Zuwanderung wachsen, so die Befürchtung des BA-Vorstandschefs.

Aber auch ohne den im kommenden Jahr erwarteten Zustrom vom Balkan steckt die deutsche Einwanderungspolitik tief in einer Sackgasse. Es kommen in großer Zahl Niedrig- oder Unqualifizierte, die keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, Fachkräfte oder gar Hochqualifizierten, die man eigentlich haben will, bleiben aus. Laut „Migrationsbericht 2011“ der Bundesregierung blieb im Jahr 2011 insgesamt ein Bevölkerungsplus von 280 000 Personen – lediglich 6536 der Zugewanderten galten aber als hochqualifiziert. De facto das genaue Gegenteil von dem, was Kanada mit Erfolg an Einwanderungspolitik betreibt. Vorrangig lässt man dort solche Personen ins Land, die höher qualifiziert sind als der Durchschnitt der kanadischen Bevölkerung.



Wachsende Zahl von Straßenmusikanten: Die Zuwanderung der Roma hat noch andere Auswirkungen, wie etwa eine steigende Zahl an Bettlern, Obdachlosen, Kriminellen und Hilfsbedürftigen *Bild: pa*

Deutschland braucht qualifizierte Migranten, nicht Musikanten

Einen Vorschlag, um zumindest den Zustrom von Armutsflüchtlingen aus anderen EU-Ländern einzudämmen, hat inzwischen der Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Klaus F. Zimmermann, vorgelegt. „Mit einer strikten rechtlichen Klarstellung, dass es Wohlfahrtsmigration nicht gibt, ist der Spuk vorüber.“ Die konkreten Forderungen von Zimmermann: Deutsche Sozialleistungen sollen erst gezahlt werden, wenn hier bereits gearbeitet wurde. Wer nicht zu Erwerbszwecken kommt, soll eigenes Geld und eine Krankenversicherung vorweisen. So vernünftig der Vorschlag klingt, die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland mit einer derartigen Lösung in Brüssel und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) ausgebremst wird, ist hoch. Vor allem der EuGH hat in der Vergangenheit bei Zuwanderung in Sozialsysteme schon spektakulär gegen einzelne EU-Mitgliedsländer entschieden.

Hier ausgestorbene Krankheiten werden eingeschleppt

Unter den vorhandenen Rahmenbedingungen ist auch der Vorschlag von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich skeptisch zu sehen. Denn auch hier ist die Gefahr groß, dass Brüssel die Rote Karte zeigt. Für konkretes Handeln im Zusammenhang mit den neuen EU-Ländern Bulgarien und Rumänien hätte der Bundesinnenminister allerdings zuvor genug Zeit gehabt. Als völlig erfolglos gelten kann etwa die Eindämmung der massiven Kriminalitätswelle, die seit dem EU-Beitritt der beiden Balkanländer im Jahr 2007 nach Deutschland gekommen ist.

Inzwischen bringt die Zuwanderung vom Balkan allerdings noch ganz andere Probleme mit sich. Die Rückkehr von Krankheiten, die in Europa eigentlich schon für fast überwunden geglaubt wurden. In vielen ehemaligen Ostblock-Staaten nimmt mit dem Niedergang des Gesundheitswesens die Zahl von Tuberkuloseerkrankungen wieder zu, mittlerweile wird jeder zweite Tuberkulosefall in der EU aus Rumänien gemeldet. Zusätzlich brisant dabei: Der falsche Gebrauch von Antibiotika und frühzeitige Behandlungsabbrüche haben zur Bildung von Tuberkuloseerkrankungen geführt, die mit den bisher gebräuchlichen Medikamenten nicht mehr therapierbar sind. In Rumänien werden jährlich 1000 bis 1200 derartige Fälle gemeldet. Mit der Abwanderungswelle aus dem Balkanland werden die multiresistenten Tuberkuloseerkrankungen nun immer mehr zum europaweiten Problem. *Norman Hanert*

Schlappe für Freiheitliche

Einstige Haider-Hochburg geht verloren – Erfolg für »Team Stronach«

Als regelrechtes Debakel für die Freiheitlichen haben sich die Landtagswahlen in Kärnten und Niederösterreich herausgestellt. In ihrer einstigen Hochburg Kärnten hat die bisher regierende FPK – Schwesterpartei der FPÖ – mehr als die Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt. Von knapp 45 Prozent ist die FPK auf nur noch 17 Prozent abgestürzt. Die Folge: In der einstigen Haider-Hochburg Kärnten regieren künftig die Sozialdemokraten. Maßlosigkeit sei die Ursache für das Kärntener Wahldebakel gewesen, so die Diagnose von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache gegenüber der Tageszeitung „Die Presse“. Eine Anspielung auf Günstlingswirtschaft, Korruption und Steuergeldverschwendung, mit der die FPK für Schlagzeilen gesorgte hat.

Verluste mussten die Freiheitlichen auch in Niederösterreich einstecken. Die FPÖ kam nur noch auf knapp über acht Prozent. Zusammen mit dem Absturz der Sozialdemokraten auf nur noch 21,6 Prozent war dies die Basis dafür, dass Amtsinhaber Erwin Pröll (ÖVP) erneut die absolute Mehrheit verteidigen konnte.

Angesprochen auf die Diskrepanz zwischen dem mageren Abschneiden der Freiheitlichen bei den Landtagswahlen und Umfragewerten um 20 Prozent auf Bundesebene, hat FPÖ-Chef Strache eine einfache Erklärung. Während die FPÖ für die Bundespolitik zugkräftiges Personal hat, sieht es auf Landesebe mit überzeugenden Kandidaten eher mau aus. Ob der FPÖ bei den Wahlen zum Nationalrat am 29. September die Trendumkehr gelingt, bleibt abzuwarten.

Stronach will einen Euro, der keiner ist

Momentan spricht vieles dafür, dass der Wahlkampf ganz im Zeichen der Euro-Krise stehen wird. Vor allem Protestwähler dürften dann dem Unternehmer Frank Stronach im Vergleich zur FPÖ die höhere Wirtschaftskompetenz zurechnen. Sowohl in Kärnten als auch in Niederösterreich ist dem „Team Stronach“ auf Anhieb mit rund zehn Prozent der Einzug in die Landesparlamente gelungen. Im Dritten Lager – jenseits von ÖVP und SPÖ – hat Stronach damit gute Chancen, sich langfristig fest zu etablieren.

Einen Einblick in das pragmatische Politikverständnis des politischen Neueinsteigers lieferte unlängst eine Veranstaltung des „Compact-Magazins“ in Berlin. Geladen war Thomas Bachheimer, Währungsexperte im „Team Stronach“, der Überlegungen der neuen Partei zur Euro-Krise vorstellte. Unter Mitwirkung des Euro-Kritikers Wilhelm Hankel hat man beim „Team Stronach“ eine erfolgversprechende Euro-Ausstiegsstrategie entwickelt: die nationalen Zentralbanken erhalten die Verantwortung für die Geldpolitik ihrer Länder zurück, der Euro dient künftig als Rechnungsgrundlage wie einst der ECU. Die Rückkehr zu nationalen Währungen samt Wechselkursen würde einen der gravierendsten Fehler der Währungsunion beseitigen: die fehlende Möglichkeiten wirtschaftliche Ungleichgewichte auszugleichen. Mit der aktuellen Konzeption des Euro hätte das vorgestellte Konzept aber nicht mehr viel gemein. Dafür, dass trotzdem die Bezeichnung „Euro“ beibehalten werden sollte, spricht für den Stronach-Währungsexperten Bachheimer ein einfacher Grund: In Brüssel könnte man nach dem Scheitern zumindest noch das Gesicht wahren. *N.H.*

Altbekannte Phrasen

Protest gegen IfS-Veranstaltung im Ostheim

„Bunt statt Braun“ ging es vor dem Ostheim, der Jugendbildungs- und Tagungsstätte der Landsmannschaft Ostpreußen, zu. Dort hatte das Institut für Staatspolitik (IfS) ein Wochenendseminar zum Thema „Reaktion“ mit überwiegend historischen Inhalten durchgeführt. Das IfS ist eine im Mai 2000 gegründete private, unabhängige Forschungs- und Bildungseinrichtung. Es veröffentlicht regelmäßig Studien zu aktuellen politischen Themen, gibt die Zeitschrift „Sezession“ heraus und veranstaltet Seminare und Vorträge. Kritikern gilt es als Denkfabrik der „Neuen Rechten“. Die Bundesregierung schließt diese Einordnung nicht aus, ordnet das IfS indes nicht dem rechtsextremen Spektrum zu.

Gleichwohl ist das IfS immer wieder Ziel von Gruppen, die sich dem „Kampf gegen Rechts“ verschrieben haben. So auch in Bad Pyrmont. Hier hat sich ein Bündnis aus Vertretern der politischen Parteien und der Verwaltung, Kirchen, Beiräten, Jugendparlament, „Migranten“ und im Arbeitskreis „Bunt“ organisierten Bürgern formiert, um gegen „rechte Ideologie in Nadelstreifen“ vorzugehen, so das CDU-Ratsmitglied Ursula Körtner. Damit spielt sie darauf an, dass das IfS „nicht in Springerstiefeln“ auftrete, sondern „wissenschaftlich verbrämt“ rechtsextremes Gedankengut verbreite und „subtile Einflüsterung“ übe, wodurch es nicht „weniger bedrohlich“ sei, wie Anke Holz, die Organisatorin des friedlichen „Protestspaziergangs“ meint.

Parteiübergreifende Ratsresolution geplant

Beweise für ihre Unterstellungen lieferten die „Spaziergänger“ nicht, dafür aber sattsam bekannte Phrasen wie „Bunt statt Braun“, „kein Platz für rechte, menschenverachtende Ideologie“ oder „ein Zeichen für Vielfalt in der Gesellschaft setzen“. Nun fühlt sich auch die Ratsversammlung „genötigt, zu reagieren“, so Heike Beckord von der SPD. Geplant ist eine parteiübergreifende „Resolution gegen rechtsextreme Ideologie“.

Das Ostheim selbst ist in Bad Pyrmont gut angesehen. Denn nicht zuletzt ist es einer der wenigen Beherbergungsbetriebe in der wirtschaftlich maroden Kurstadt, der noch regelmäßig zahlreiche Gäste hat und so Geld in die Kassen bringt. *J.H.*

Potsdam macht zu

Von THEO MAASS

Im Mittelalter verlangten die Städte Zoll von Reisenden, die ihre Mauern passieren wollten. Am Abend wurden dann die Zugbrücken hochgezogen. Vergangene Zeiten? Mitnichten. Der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs versucht, unter dem Deckmantel des Umweltschutzes die mittelalterlichen Verhältnisse in der brandenburgischen Hauptstadt wieder aufzurichten. Die Ampelschaltungen am Stadtrand sind seit April 2012 darauf programmiert, Autos in der Zeit des Berufsverkehrs nur noch in begrenztem Umfang in die Stadt einfahren zu lassen. „Pförtnerampel“ nennen spottende Potsdamer die neue Form der Torwache.

Die Folge sind kilometerlange Staus im Umland. Der autofahrerfeindliche Verkehrsclub Deutschland (VCD) und die Grünen finden das prima. Da wird von Radverkehrskonzepten und „Park and Ride“-Plätzen geschwafelt, dabei verfügt Potsdam gerade mal über einige Straßenbahnlinien und Busse – die aus Berlin kommende S-Bahn hält am Hauptbahnhof – das war's.

Der ADAC übt ebenso Kritik wie die Industrie- und Handelskammer. Aber das prallt bei den Öko-Ideologen bekanntlich ab wie das Wasser an der fetten Ente. Die frühere CDU-Landesvorsitzende Saskia Ludwig weist auf die möglichen Folgen des grünen Furors hin: „Die Pförtnerampel gefährdet den Titel des staatlich anerkannten Erholungsortes.“ Viele Brandenburger überrascht kaum, dass weltfremde Minderheiten realitätsfremde Positionen vertreten. Es erstaunt einen das Verhalten der SPD in Brandenburg. Sie galt – anders als außerhalb – immer noch als pragmatisch, wirtschaftsfreundlich und bürgernah.

In den umliegenden Gemeinden formiert sich unterdessen massiver Protest. Die Zustimmung dort zu den Sozialdemokraten wird geringer. Schon bei der letzten Landtagswahl gelang es der CDU, im Umland von Potsdam Direktmandate zu erringen. Auch Saskia Ludwig hat dort ihren Wahlkreis. Im Gegensatz zu Jakobs stammt sie auch aus der Region und war vor ihrem politischen Engagement in der freien Wirtschaft tätig, während der zugereiste Ostfriese Jakobs in West-Berlin Soziologie und Politikwissenschaften studiert hatte und neben seinen parteipolitischen Aktivitäten auch in diesem Bereich beruflich tätig war. Sein Lebenslauf wirkt wie die Bestätigung des Vorurteils, das Winston Churchills einst über Sozialisten in Umlauf setzte: „Das einzige, was Sozialisten vom Geld verstehen, ist, dass sie das von anderen gern ausgeben wollen.“

Potsdam benötigt einen Ausbau seiner Verkehrsinfrastruktur. Breitere Straßen, bessere Regionalbahnen mit dichteren Zeittakten und vielleicht auch mehr Straßenbahnen. Aber das kostet Geld – Geld, das die Stadt nicht hat. Da ist es natürlich einfacher, neue Privatkriege gegen Autofahrer zu führen.

Die unsichtbare CDU

Angepasst und weggetaucht – die Berliner Christdemokraten sind Wowereits beste Freunde



CDU-Chef Henkel beim „Fastenbrechen“ mit einem islamischen Geistlichen: Die Berliner CDU befürwortet auch die Ausweitung der doppelten Staatsbürgerschaft

Bild: Davids

Jeder kennt Heinz Buschkowsky, den streitbaren sozialdemokratischen Bezirksbürgermeister von Neukölln. Warum kennt niemand irgendeinen für Integrationsfragen „zuständigen“ Politiker der Berliner CDU? Die Antwort ist einfach: Weil sie belanglos sind.

In der gesamten Berliner CDU gibt es keinen „Buschkowsky“. Niemanden, der öffentlichkeitswirksam die schweren Integrationsdefizite vor allem bei Zuwanderern aus dem „islamischen Kulturkreis“ benennt. Keinen, der vergleichbar aufklärt und mutig „steht“, auch wenn ihm der mediale und politische Wind ins Gesicht bläst. Der sich auch nicht scheut, gegen seine Parteioberen das Wort zu ergreifen – wie kürzlich beim Thema doppelte Staatsbürgerschaft.

Doch es steht noch schlimmer um die Berliner CDU. Statt Buschkowsky, auch wenn er der SPD angehört, etwas öffentliche Unterstützung zukommen zu lassen – was inhaltlich auch im Sinne vieler CDU-Wähler wäre –, fällt man ihm noch in den Rücken. So geschehen etwa durch den neuen „integrationspolitischen Sprecher“ der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Burkhard Dregger. In der „Berliner Morgenpost“ erklärte der Sohn Alfred Dreggers auf die Frage nach den Büchern Thilo Sarrazins und Heinz Buschkowskys, er glaube, „dass sowohl Sarrazin wie Buschkowsky zu wenig differenzieren und dadurch diejenigen Zuwanderer entfremden, die sich unserem Land als zugehörig fühlen“.

Dies befremdet gerade klassische Unionswähler in der Hauptstadt. Buschkowsky differenziert nämlich unentwegt. Dregger erklärt indes gar nicht, wobei Buschkowsky angeblich zu wenig differenziere.

Wenn Dregger überdies behauptet, ausgerechnet der Neuköllner Bezirksbürgermeister würde Zuwanderer „unserem Land entfremden“, so unterscheidet er sich hier in nichts mehr von Positionen, die gemeinhin als Haltungen linker Realitätsverweigerer bekannt sind. Vielleicht hat es auch mit Neid auf den populären Sozialdemokraten zu tun sowie dem Versuch, bei Verbandstürken und einer linken Hauptstadtpresse Sympathie zu erheischen. Das „Jammertürkentum“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“) ist laut Kritikern in Berlin stets präsent und findet sofort seine medialen Verstärker.

> Auch CDU-Politiker attackiert Buschkowsky

Necla Kelek hatte in der Zeitung „Die Welt“ Buschkowskys Buch dagegen einen „Weckruf zur rechten Zeit“ genannt. „Wenn man denn aufstehen will“, hatte die deutschtürkische Sozialwissenschaftlerin hinzugefügt. Die Berliner CDU will demnach nicht aufstehen. Ein kerniges Wort wie das des grünen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wieland: „Das Jammern ist der Vereinszweck der Türkischen Gemeinde und des Türkischen Bundes“, ist von führenden Berliner CDU-Mitgliedern nicht zu hören. Auf wenig können sich die Berliner hingegen mehr verlassen als auf die pünktlichen Einladungen zum Fastenbrechen am Ende des Ramadans und Glückwünsche zum Opferfest vonseiten der CDU. Als im Jahr 2005 die Linken eine Hexenjagd auf Buschkowsky veranstalteten, weil er der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ein Interview gegeben hatte, forderte auch der damalige Neuköllner CDU-Kreisvorsitzende Wolfgang Branoner Buschkowskys Rücktritt.

Angepasst und weggetaucht wagt die CDU auf integrationspolitischem Feld längst keine Auseinandersetzung mehr, wie haarsträubend die Verhältnisse vor allem in den ethnischen Kolonien auch sein mögen. Die Hochburgen der CDU sind in Steglitz-Zehlendorf (auch Dregger wohnt dort), gewissermaßen in der sicheren Etappe. Die Fronten der Kriminalität in Wedding, Gesundbrunnen oder Neukölln kennt man dort nur vom Hörensagen.

Wie wenig Dregger von der Realität in anderen Teilen der Stadt weiß, konnten die Hauptstädter an seinem Vorschlag absehen, ehrenamtliche Sicherheitskräfte aus den Reihen der Bürger (ohne Schusswaffen) zu rekrutieren. Besonders dort, wo Sicherheit am dringendsten hergestellt werden müsste, hieße dies, solche Personen wortwörtlich ans Messer zu liefern.

Im Koalitionsvertrag mit der SPD unterschrieb die CDU einen Satz, den nicht jedes CDU-Mitglied auf Anhieb verstanden haben dürfte: „Die Koalition ist sich einig, die Bundesratsinitiative ‚Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes‘ (BR-Drucksache 538/11) weiterhin zu unterstützen.“ Diese Bundesratsinitiative der grün oder rot regierten Länder Baden-Württemberg und Bremen galt der Abschaffung der Optionspflicht, mithin der massiven Ausweitung von doppelten Staatsbürgerschaften. Die Berliner SPD-Abgeordnete Ülker Radziwill jubelte: „In der Integrationspolitik ist für Kontinuität gesorgt. Die sozialdemokratische Handschrift ist klar zu erkennen … Insbesondere freut mich die Einigung zur Fortsetzung der Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Optionspflicht … Die Tatsache, dass die CDU sich für die Abschaffung der Optionspflicht einsetzt, stellt ein Novum dar.“ Die Berliner CDU unter Frank Henkel verstößt damit gegen die Haltung von Bundes-CDU und CSU.

Klaus Wowereit und Frank Henkel – der Blinde führt den Lahmen. Beide treten längst wie politische siamesische Zwillinge auf. Auch unter Innensenator Henkel geht die Gewaltkriminalität in Berlin ungebremst weiter, und die Zahl der Wohnungseinbrüche könnte 2012 ein Rekordhoch von 12 000 erreicht haben. *Michael Leh*

»Klimaschutz«-Desaster

Rathaus Zehlendorf-Steglitz: Sanierungskosten außer Kontrolle

Norbert Buchta gibt sich dramatisch. Der Chef der SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung von Zehlendorf-Steglitz warnt, es „könnte zu einem Abwahlantrag gegen den Bürgermeister kommen – um ein Zeichen zu setzen“. Grund für den Alarm: Der von einer schwarz-grünen Zählgemeinschaft regierte Berliner Bezirk hat sich bei der Sanierung seines Rathauses finanziell massiv verhoben.

Im April 2008 hatten Bürgermeister Norbert Kopp (CDU), Baustadtrat Uwe Stäglin (SPD) und Umweltstadträtin Anke Otto (Grüne) ein „Zukunftsgespräch“ abgehalten, bei dem es darum ging, das Rathausgebäude „klimafreundlich“ umzugestalten. „Energieverbrauch Null“ war angepeilt. Die beteiligten drei Kommunalverwaltungen ließen sich in einer „Zukunftswerkstatt“ von Experten Sanierungsvarianten präsentieren und entschieden sich für die teuerste Lösung. Das Institut „fhochx“ errechnete schließlich 11,63 Millionen Euro Kosten. Der Bezirk prognostizierte zunächst 15 Millionen.

Stäglins Beamte äußerten jedoch schon Anfang 2009 erste Zweifel: Die Berechnungen zu Energieeinsparungen und zur Wirtschaftlichkeit seien nicht nachprüfbar, zudem sei die Frage zu erörtern, ob durch die Bauarbeiten nicht mehr CO_2 freigesetzt werden würde, als man später durch die „sehr spärliche Energieeinsparung“ wieder gutmachen könne. Aber weder Stäglin noch Otto oder Kopp hörten auf die mahnenden Worte. Stattdessen beschloss das Bezirksamt im April 2009 die „energetische Sanierung“ des Rathauses. Ende 2009 schätzte „fhochx“ die Kosten bereits auf 14,7 Millionen Euro, im Juni 2010 lag die Prognose bei 16,6 Millionen.

> Baustadtrat hat das Weite gesucht

Im Dezember 2010 dann der Schock: Jetzt schätzte der Sieger des Architektenwettbewerbes allein die Sanierung der drei Gebäude auf 20,7 Millionen, dazu kämen Arbeiten wie die Dachverstärkung für die Solaranlage und der Brandschutz, was noch einmal 13,4 Millionen Euro kostet. Kurze Zeit danach, im April 2011, zog das Bezirksamt die Reißleine und stoppte das Projekt. Baustadtrat Stäglin suchte angesichts des Desasters das Weite. Er wurde im November 2011 Baudezernent der Stadt Halle. Der Versuch der SPD, aus der gemeinsam verantworteten Pleite mit dem Abwahlantrag gegen den CDU-Bürgermeister politisches Kapital zu schlagen, nimmt im Bezirk kaum jemand ernst. *Theo Maass*

Loch in »Gallery«?

Protest gegen Verlegung von Mauersegment

Ein Teil der „East Side Gallery“ soll versetzt werden. Die weltweit bekannte „Gallery“ ist mit 1,3 Kilometer das längste erhaltene Stück Berliner Mauer. Es ist von internationalen Künstlern bemalt und so zur „Galerie“ veredelt worden. Gegen die Verlegung von 23 Metern der Mauer kam es zu viel beachteten Protesten. Das Kreuzberger Bezirksamt begründet die Maßnahme damit, dass hier Zuwege und Fluchtwege für die angrenzend geplante Wohnbebauung eingerichtet werden müssten.

> 1,2 Kilometer Weltgeschichte

Dagegen läuft die Initiative „Mediaspree versenken!“ Sturm. Es gehe nur um die Aufwertung des geplanten Wohnturms „Living Levels“. Das sei keine Verlegung von Mauersegmenten wert. Als am vergangenen Freitag die Arbeiten begannen, durchbrachen 300 Demonstranten die polizeilichen Absperrungen und „besetzten“ den Bauplatz.

Der Bauherr stellte die Arbeiten vorübergehend ein, kündigte aber eine Fortführung an: „Für uns steht fest, dass wir ‚Living Levels‘ ab Frühjahr bauen werden.“ Während Kreuzbergs Bürgermeister Franz Schulz (Grüne) vom Senat die Stellung eines Ersatzgrundstücks fordert, besteht der Bauträger auf der Ausführung seiner Pläne vor Ort. „An dem Baubeginn halten wir wie geplant fest. Gegen derartige Rechtsverletzungen werden wir genauso mit den uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln vorgehen.“ CDU-Fraktionschef Florian Graf unterstützt dagegen die Protestler: Die „East Side Gallery“ sei ein „weltweit geachtetes Mahnmal in Erinnerung an die Verbrechen der SED-Diktatur“. Graf fordert ein Moratorium. *H.L.*

Hotel wirbt mit DDR-Nostalgie

Das Plaza-Hotel im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg bietet seinen Gästen einen neuen „Service“ für DDR-Nostalgiker oder Freunde des schwarzen Humors an. Geschäftskunden können ein „DDR-Tagungsangebot“ zum Preis von 35 Euro buchen. Dort gibt es dann die kulinarischen Höhepunkte des real existierenden Sozialismus auf deutschem Boden zu kosten: Soljanka, Broiler (eine Art volkseigenes Brathähnchen) mit Pommes Frites und Schwedenbecher (Walter Ulbrichts Lieblingsdessert). Das Personal bedient den Gast in der Uniform der Volkspolizei oder im schmucken Jungpionier-Dress. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte für Stasi-Opfer in Hohenschönhausen, nimmt's satirisch: „Nicht einmal ehemalige Stasi-Mitarbeiter wünschen sich das miserable DDR-Essen zurück. Ich frage mich, ob es dann auch Honeckers berüchtigten Kaffeemix (50 Prozent Ersatzkaffee) gibt, der in der DDR fast zu einem Aufstand geführt hat.“ *T.M.*

Zeitzeugen



Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH): „Aufgrund der demografischen Entwicklung einerseits und des Trends hin zu Abitur und Studium andererseits fehlen dem Handwerk Ausbildungsbewerber. 2012 blieben 15 000 Lehrstellen unbesetzt, in den drei Jahren davor waren es jeweils bis zu 10 000 unbesetzte Lehrstellen. Das ist ein Trend, der sich angesichts der demografischen Daten auch in den kommenden Jahren wohl nicht ändern wird. Getroffen werden vor allem die kleinen Handwerksbetriebe. Viele haben bereits über mehrere Jahre keinen Auszubildenden mehr gefunden.“



Heiko Stiepelmann, stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie: „Die Bauwirtschaft leidet unter erheblichen Nachwuchsproblemen. Trotz wachsender Ausbildungsbereitschaft der Betriebe – in der Bauwirtschaft bildet rund jeder fünfte Betrieb aus – gelingt es der Branche nicht, die altersbedingten Abgänge von rund 13 000 gewerblichen Arbeitnehmern pro Jahr auszugleichen, denn aktuell befinden sich ‚nur‘ rund 12 000 Jugendliche in einer gewerblichen Ausbildung. Neben dem nach wie vor schlechten Image der Bauberufe beginnt hier die demografische Entwicklung zu wirken. Immer weniger Schulabgänger stehen dem Markt zur Verfügung; mit der Folge, dass heute schon jedes dritte Bauunternehmen angibt, offene Stellen nicht besetzen zu können. Das ist deutlich mehr als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Hier kommt ein Problem auf uns zu.“



Esther Hartwich, Bildungsexpertin des Deutschen Industrie- und Handelskammertages: „Die Sorgen um den Fachkräftenachwuchs haben auch die Betriebe in Industrie und Handel längst erreicht. Im letzten Jahr sind allein im IHK-Bereich 60 000 Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben. Die Unternehmen wenden sich daher zum einen verstärkt schwächeren Bewerbern zu, zum anderen bieten sie vermehrt attraktive Angebote für Leistungsstarke. Hierzu zählen Zusatzqualifikationen, Auslandsaufenthalte schon während der Ausbildung oder duale Studiengänge. Die Quote der Abiturienten in IHK-Aubildungsberufen ist von 2007 bis 2011 von rund 26 auf 30 Prozent gestiegen.“

Leere statt Karriere

Einseitige Fixierung auf Abitur- und Akademikerquote belastet das Handwerk

In Deutschland blieben 2012 Zehntausende Lehrstellen und Ausbildungsplätze unbesetzt. Neben der demografischen Entwicklung ist eine fehlgeleitete Bildungspolitik mit die Ursache.

Es war nur eine Meldung, doch sie ließ aufhorchen. Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), bedauerte, dass im Handwerk noch 15 000 Ausbildungsstellen unbesetzt seien. Zudem machten so manche jungen Leute lieber den dritten Mann in einem Kiosk statt einer Lehre. In diesem Zusammenhang klang es, als wäre die Jugend von heute zu träge, um sich den Mühen einer Ausbildung zu unterziehen. Doch selbst, wenn es Einzelfälle geben möge, bei denen dies zutreffe, so sei dies nicht die Hauptursache für den Lehrlingsmangel im Handwerk, heißt es aus der Pressestelle des ZDH. Zudem stehe das Zitat Kentzlers im Zusammenhang mit einem türkischen Lehrling im Betrieb von Kentzlers Sohn. Kurz vor der Gesellenprüfung des jungen Mannes wollte seine Familie ihn aus der Ausbildung nehmen, damit er im Kiosk des Vaters zur Hand gehe. Nach einigen Gesprächen durfte der junge Mann die Ausbildung zum Klempner beenden und wurde sogar Bundesbester seines Jahrgangs im Leistungswettbewerb. Jetzt mache er seinen Meister – „und die türkischstämmige Familie ist natürlich stolz. Sie ist in ihrer Community, wo die Kultur der deutschen Ausbildung noch sehr unbekannt ist, ein echter Werbeträger für das Handwerk geworden.“

> Am Ende gibt es lauter Master, aber keine Meister

Dieses Beispiel zeigt, dass in einer Gesellschaft, in der Kinder ausländischer Herkunft eine immer größere Gruppe stellen, diese erst für die Vorzüge einer Lehre und Ausbildung gewonnen werden müssen. Offenbar sind die Feinheiten des deutschen Bildungssystems in diesen Milieus auch nach mehreren Jahrzehnten Aufenthalt in diesem Land nicht bekannt.

Ein weiterer Faktor, der die Zahl der für eine Lehre im Handwerk oder eine Ausbildung im kaufmännischen Bereich infrage kommenden jungen Leute reduziert, ist schlicht die demografische Entwicklung. Immer weniger Geburten pro Jahrgang sorgen dafür, dass die Zahl der Schulabgänger weiter rückläufig ist. Auch ist der Umstand bedenklich, dass viele die die Schule verlassen, nicht ausbildungsreif sind. Und selbst jene, die einen Abschluss haben, weisen oft Bildungsdefizite auf.

Diese Probleme sind nicht wirklich neu, schon seit Jahren versuchen Ausbildungsbetriebe darauf zu reagieren. Doch nun kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu, der den Betrieben den starken Nachwuchs abspenstig macht. Das Motto „Bildung als Chance“ wird inzwischen von der Politik so verstanden, dass ein Abitur und eine hohe Akademikerquote das Maß aller Dinge seien. Inzwischen macht bundesweit jeder dritte Schüler Abitur. Viele davon wollen studieren und tun es auch, was zu überfüllten Universitäten führt (siehe Kasten rechts). Doch diese Politik bewirkt einen Verdrängungseffekt. Wer sein Abitur hat, wird sich kaum auf dem Bau als Lehrling für rund 600 Euro die Finger schmutzig machen wollen, da er dafür keine zwölf Jahre zur Schule hätte gehen müssen.

Handwerkspräsident Kentzler ärgert der Umstand, dass berufliche Bildung nach den jetzigen Massstäben weniger wertgeschätzt wird als akademische. „Abiturienten müssen in der Berufsberatung die Chancen im handwerklichen Mittelstand kennenlernen. Die hohe Zahl der Studienabbrecher und in Zwischenprüfungen Gestrandeten an den Hochschulen ist ein Alarmsignal. Wie gehen wir als Gesellschaft hier mit den Garanten unserer Zukunft um? Diese jungen Leute gieren nach einem Erfolgserlebnis! Eine Ausbildung im Handwerk kann das schnell vermitteln.“

Und was hat Deutschland am Ende erreicht, wenn ein Drittel eines Jahrgangs einen Uni-Abschluss hat, für die die Wirtschaft aber gar nicht genügend Jobs hat, aber den kleinen Unternehmen dafür der begabte Nachwuchs fehlt, der den Meister macht, um die Führung der Betriebe zu übernehmen? *Rebecca Bellano*



Vom Meister lernen: Ausbilder und Lehrling bei der Wartung des Stromabnehmers des Einsystems-ICE 3 in der Fahrzeuginstandhaltung bei der Deutschen Bahn

Bild: imago

Universitäten in Finanznöten

Zwar gab es im Jahr 2011 die meisten Erstsemester, da das Auslaufen der Wehrpflicht und doppelte Abiturjahrgänge in den Ländern Bayern und Niedersachsen einen stark erhöhenden Effekt hatten, doch auch im Herbst 2012 begannen bundesweit 492 700 Erstsemester ihr Studium. Derzeit studieren demnach über 2,5 Millionen junge Menschen an deutschen Hochschulen, was ein Rekord ist. Und obwohl die doppelten Abiturjahrgänge der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen bereits 2012 die Schule verließen, wird sich die Zahl der Studenten weiter erhöhen. Grund hierfür ist auch der Umstand, dass viel mehr Studenten als gedacht nicht nach dem Bachelor-Abschluss

> Es gibt so viele Studenten wie nie

nach 2,5 bis drei Jahren die Universität wieder verlassen, sondern noch ihren Master (in etwa vergleichbar mit dem ehemaligen Magister oder Diplom) machen wollen, so dass sie gut zwei weitere Jahre an der Hoschule verbleiben. Auch machen immer mehr Schüler – wie von der Politik gewünscht – Abitur und wollen danach verständlicherweise zumeist auch studieren.

Da mehr Studenten auch steigende Kosten an den Hochschulen, aber auch für Wohnheimplätze oder ähnliches verursachen, gleichzeitig im Grunde alle Bundesländer aber die Studiengebühren wieder abgeschafft haben, fehlen die Gelder. Also fordern die Länder, dass der Bund mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich gibt. Doch die neue Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) ist keineswegs willens, die Rechnung der von den Ländern mitverursachten Mehrkosten zu übernehmen. Wanka ist Befürworterin von Studiengebühren und droht den Ländern jetzt mit harten Verhandlungen. *Bel*

Projekt zweite Chance

Junge Menschen ohne Ausbildung sollen in die Betriebe

Blickt man auf die deutschen Arbeitsmarktzahlen, so kann man – gerade im Vergleich mit dem europäischen Ausland – auf eine erfreuliche Entwicklung blicken. Die Zahl der Arbeitslosen liegt derzeit bei 3,1 Millionen und schwankt nur saisonal bedingt. Zwar wird immer wieder befürchtet, dass die Rezession in Rest-Europa auch nach Deutschland überschwappt, doch bisher ist davon nichts zu spüren.

Und so hat man sich bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg das Ziel gesetzt, dafür zu sorgen, dass der feste Kern jener Arbeitslosen, die bereits seit Längerem ohne Job sind und aufgrund mangelnder Qualifikation auch kaum Aussichten auf eine Stelle haben, verkleinert wird. Da sich auch bereits jetzt ein Fachkräftemangel in Deutschland abzeichnet, ist nun geplant, jene jungen Menschen ohne Ausbildung mit Hilfe von Betrieben zu qualifizieren. Denn erstens zeigen die vielen schulischen Weiterbildungsseminare von freien Bildungsträgern auf Kosten der Arbeitsagentur nicht den erwünschten Erfolg und zweitens haben die Unternehmen ein Eigeninteresse daran, Stellen nicht allzu lange unbesetzt zu lassen. Laut der Wirtschaftsprüfer Ernst & Young liegen die Kosten, die der deutschen Wirtschaft jährlich aus der Nichtbesetzung offener Stellen entstehen, bei rund 33 Milliarden Euro im Jahr. Gerade für die Branchen Handwerk, Pflege, Dienstleistungen sowie Hotel- und Gaststättengewerbe müsste es unter den Arbeitslosen ohne Ausbildung durchaus Kandidaten geben, die infrage kommen.

> Unternehmen sollen Blickwinkel erweitern

„In den Jobcentern und Arbeitsagenturen ist die Erstausbildung junger Erwachsener ein zentraler Handlungsschwerpunkt der nächsten Jahre“, so Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der BA. „Dafür brauche ich Partner in der Wirtschaft. Unternehmen suchen für die Erstausbildung natürlich in erster Linie Schulabgänger. Ich möchte sie ermutigen, ihren Blickwinkel oder ihre Rekrutierungsstrategie zu erweitern.“ Auch für einen 25-Jährigen mache zudem eine Lehre noch Sinn. Schließlich habe er noch viele Berufsjahre vor sich. Zudem begreifen manche Mittzwanziger erst spät, dass das Leben keine einzige Party ist und haben erst jetzt den Willen, eine Ausbildung durchzuziehen. Und so sollen in den nächsten drei Jahren 100 000 der 300 000 Arbeitslosen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren in ein Ausbildungsverhältnis gebracht werden. „Spätstarter gesucht“ nennt die BA das Projekt.

Hinzu kommen noch die alleinerziehenden Mütter ohne Ausbildung, die überwiegend bei den Arbeitslosenzahlen nicht berücksichtigt werden, da sie dem Arbeitsmarkt wegen der Kindererziehung nicht zur Verfügung stehen. 47 Prozent, sprich 117 000, aller jungen Mütter im Alter von 16 bis unter 25 Jahren haben keine Ausbildung. Dies soll sich ändern, indem Betriebe auch die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung anbieten, die eine 20- bis 30-Stunden-Woche vorsieht, so dass Ausbildung und Familie leichter zu vereinbaren sind. Da immer mehr Betriebe unter Nachwuchsmangel leiden, geht die BA davon aus, dass die Beteiligung an ihrer Qualifizierungsoffensive von Seiten der Unternehmen steigen wird. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1095**

Politik lässt Deutschland vergammeln

Die Investitionen des Staates sind negativ – Unter Industrienationen europaweit Schlusslicht

Was sich aktuell rund um die Rheinbrücke bei Leverkusen abspielt, kann als Vorgeschmack auf eine Entwicklung gelten, die in einigen Jahren ganz Deutschland erfassen wird.

Das 60 Jahre alte Bauwerk ist so sanierungsbedürftig, dass das Verkehrsministerium in Nordrhein-Westfalen keinen anderen Weg sah, als die Brücke Anfang Dezember für schwere Fahrzeuge zu sperren. Die rund 11000 Lkw, die bisher das Nadelöhr über den Rhein täglich genutzt haben, sind nun gezwungen, einen 20 Kilometer langen Umweg in Kauf zu nehmen, wenn Unternehmen wie Bayer oder Ford beliefert werden sollen. Die marode Brücke ist in Deutschland längst kein Einzelfall mehr: „Kein Land in Westeuropa hat seine Investitionen in die Straßeninfrastruktur im letzten Jahrzehnt so verringert wie Deutschland“, so der Befund von Stefan Gerwens, Geschäftsführer des Infrastrukturverbandes Pro Mobilität. Bei einer Untersuchung des Verbandes auf Grundlage von Zahlen der OECD brachte es Deutschland im Zeitraum von 2000 bis 2009 bei Straßenbauinvestitionen nur auf den vorletzten Platz. Mit 134 Euro pro Kopf und Jahr lag Deutschland gerade noch vor dem Tabellenletzten Großbritannien. Für erforderlich hält der Verband Pro Mobilität jährlich 18 Milliarden Euro für Erhalt und Ausbau an Deutschlands Straßennetz – nur rund zwölf Milliarden Euro werden aufgebracht.

Ähnlich sieht es bei den Schienenwegen aus. Bei den Investitionen ins Schienennetz ist Deutschland mit 53 Euro pro Kopf mittlerweile Schlusslicht in Europa. Der Spitzenreiter Schweiz gibt 308 Euro jährlich pro Einwohner aus. Bereits Ende 2012 hat eine von den Länderverkehrsministern gegründeten Kommission eine alarmierende Bilanz gezogen. Um den angefallenen Sanierungsstau bei den Verkehrswegen aufzulösen, würden schon jetzt 15 Jahre gebraucht. Der ernüchternde Befund kommt nicht von ungefähr. Der Investitionsstau an Deutschlands Infrastruktur hält mittlerweile seit über einem Jahrzehnt an. Noch alarmierender ist eine andere Tatsache. Auch im abgelaufenen Jahr 2012 waren nach Zahlen der EU-Kommission die staatlichen Nettoinvestitionen Deutschlands wieder negativ. Mit anderen Worten: Der deutsche Staat saniert und baut weniger neu, als vom Zahn der Zeit weggenagt wird. Die Substanz wird aufgezehrt.

Inzwischen ist Deutschland bei den Investitionen das Schlusslicht unter den Industrieländern. In Spanien und Großbritannien stieg nach Berechnungen des „Handelsblatts“ zwischen 2002 und 2012 das staatliche Anlagevermögen inflationsbereinigt um 200 Milliarden Euro, in Frankreich um 115 und

> Gute Infrastruktur war stets ein Pluspunkt des Standortes D

selbst in Italien um 55 Milliarden Euro. In Deutschland sank das staatliche Anlagevermögen dagegen um rund 30 Milliarden Euro.

Kaum Zufall dürfte es sein, dass der Beginn dieser Entwicklung in Deutschland – das Jahr 2002 – mit der Einführung des Euro zusammenfällt. Beim Versuch, den Musterknaben der Währungsunion zu geben, war das Ansetzen des Rotstifts bei Geldern für die Infrastruktur für die deutsche Politik oft das erste Mittel der Wahl. Während sich Konsolidierungsergebnisse bei den staatlichen Finanzen schnell einstellen, werden die Folgen erst langfristig spürbar. Nach einem Jahrzehnt beginnen sich allerdings die unterbliebenen Investitionen immer mehr bemerkbar zu machen. Für die Bürger bei den Schlagloch übersäten Straßen und für Deutschland insgesamt, indem Investoren die deutsche Infrastruktur zunehmend skeptischer sehen.



„Wir bauen für Sie“: Schilder wie dieses lösen bei Autofahrern selten Begeisterung aus. Doch wenn nicht oder zu wenig gebaut wird, sind irgendwann Brücken- und Straßensperrungen die Folge Bild: pa

Das Kontrastprogramm zur deutschen Entwicklung war im letzten Jahrzehnt in Südeuropa zu besichtigen. Infrastruktur, die in beachtlichem Maß am Bedarf vorbei errichtet wurde – von der EU bezuschusst, und letztendlich zu einem erheblichen Teil mit deutschen Steuergeldern bezahlt oder auf Pump gebaut. Noch offen ist die Frage, wessen Strategie am Ende erfolgreicher sein wird: Deutschlands Vorhaben, mit eigenem Vorbild den Rest der EU zu Sparsamkeit anzuhalten – auf die Gefahr hin, sich selbst dabei ins Abseits zu sparen –, oder das Kalkül, das einige südeuropäische Staaten durchaus im Hinterkopf haben könnten. Die hochmodernen Flughäfen, Autobahnen oder Bahnstrecken, die in diesen Ländern mit EU-Geldern und auf Pump gebaut wurden, baut niemand mehr ab. Bei der dadurch aufgehäuften Staatsverschuldung besteht wiederum mittlerweile berechtigt die Aussicht, dass am Ende ein Schuldenschnitt à la Griechenland steht oder Deutschland zur Kasse gebeten wird.

Zumindest in Frankreich scheint man begriffen zu haben, wie das Spiel läuft. Fast zeitgleich zur Mitteilung, dass Frankreich das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zunächst einmal auf das Jahr 2017 verschoben hat, kündigte die französische Regierung ein milliardenschweres Programm für den Ausbau des Breitband-Internetnetzes in Frankreich an. Im Gegensatz dazu ist die Begleitmusik zur Sperrung der Leverkusener Rheinbrücke für Lkw die Ankündigung von Finanzminister Wolfgang Schäuble, dass er nun bereits 2014 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen wolle. *Norman Hanert*



MELDUNGEN

Bürgerbewegung gründet Partei

Berlin – Noch ist nicht bekannt, an welchem Ort in Berlin die Bürgerbewegung „Wahlalternative 2013“ („Wa2013“) die neue Partei „Alternative für Deutschland“ gründen will, doch am 14. April soll es so weit sein. Der Ökonom Bernd Lukke, der Publizist Konrad Adam und der einstige Chef der hessischen Staatskanzlei Alexander Gauland wollen nun die eigene Partei ins Leben rufen, um ihre Kritik an der Euro-Politik der Regierung besser vertreten zu können. Eigentlich hatte die Bürgerbewegung, die inzwischen 10000 Unterstützer hat, unter ihnen viele Professoren und auch Wirtschaftsvertreter, mit den „Freien Wählern“ kooperieren wollen. Doch da es zu zahlreichen Unstimmigkeiten kam, entschied man sich nun für die Gründung einer eigenen Partei. *Bel*

Kunden zahlen für tote Kabel

Emden – In der Nordsee drohen weitere gigantische Fehlinvestitionen beim Aufbau des Windparknetzes vor der Küste. Zunächst waren zahlreiche Windräder aufgestellt worden, die an kein Kabel zum Abtransport des Stroms angeschlossen waren. Nachdem der Bundestag beschlossen hat, mögliche Ausfallrisiken für Kabelbetreiber auf die Stromkunden abzuwälzen, verlegen die Konzerne nun massenhaft Kabel, die möglicherweise nie benötigt werden. So verlegt die französische Alstom im Auftrag der niederländischen Firma Tennet vor Borkum Kabel mit einer Kapazität von 900 Megawatt, obwohl das dänische Windparkunternehmen Dong Energa 40 Kilometer vor der Insel Windräder mit einer Kapazität von lediglich 277 Megawatt errichtet. Ob es je mehr werden, steht in den Sternen. Bezahlen muss der deutsche Stromkunde das Kabelprojekt dennoch. *H.H.*

Das Denken lenken

Wohlfahrtsverbände wollen »soziale Unwörter« abschaffen

Im Wahlkampf und erst recht seit die FDP in einem aktuellen Regierungsbericht zur Armut wertende Äußerungen streichen ließ, kocht die politische Debatte um Armut in Deutschland hoch. Die seit 1991 tätige „Nationale Armutskonferenz“ (NAK), Ableger des Europäischen Armutsnetzwerks (European AntiPoverty Network) und Sammelbecken der deutschen „Sozialindustrie“, will nun auch Gespräche über Armut lenken. Ganze 23 Begriffe sollen laut einer aktuellen NAK-Forderung aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verschwinden.

Dass Armut in Deutschland trotz persönlicher Härten für einzelne ein sehr relativer Begriff ist, lässt sich nicht nur an aktuellen Zahlen zur tatsächlich eher stagnierenden Armut ablesen, sondern auch am jüngsten Lebensmittelskandal. CDU-Politiker Hartwig Fischer regte an, gesundheitlich unbedenkliche Nahrung mit nicht angegebenem Pferdefleisch nicht voreilig zu vernichten. Er erntete einen Proteststurm, der nur vom „Shitstorm“ gegen Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) übertroffen wird. Letzterer schlug die Verteilung an Bedürftige vor. Tafeln und Sozialverbände lehnten dies einhellig ab. Der Sprecher des Verbraucherschutzministeriums, Holger Eichele, bestätigte, zum Zeitpunkt der Vorschläge seien keine belastenden Medikamentenrückstände nachgewiesen gewesen. Die Hilfsidee war somit mit keinem gesundheitlichen Risiko verbunden.

Risiken sprachlicher Art in Bezug auf Armut hat sich nun die NAK in einer „Liste der sozialen Unwörter“ angenommen. Nach einer Umfrage unter ihren Mitgliedern, darunter Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Rotes Kreuz,

> George Orwells »Neusprech« lässt grüßen

Diakonie und Caritas, hat die Konferenz eine Liste von Unwörtern erstellt. „Bei einigen ist es indes überflüssig, zu erläutern, warum sie irreführend, diskriminierend oder schlichtweg semantischer Unsinn sind“, so das Papier. „Alleinerziehend“, „arbeitslos“, „Behindertentransport“ oder selbst der Ausdruck „bildungsferne Schichten“ sollen demnach nicht mehr ausgesprochen werden, denn „Sprache ist nicht neutral, Sprache bewertet“, so die Begründung von NAK-Sprecher Thomas Beyer. Dem Begriff „Illegale“ sei „tatsächlich nur die Losung entgegenzuhalten: Kein Mensch ist illegal“, so die Begründung. Alles in allem fühlten sich Beobachter aber an George Orwells „Neusprech“ erinnert.

Wie die Sozialbranche an der Wirklichkeit vorbeiargumentiert, zeigt auch das mit der NAK vernetzte „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“. Hier stellten viele NAK-Mitglieder ebenfalls Forderungen, so Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland. Sie fordert unter menschenwuerdiges-existenzminimum.org: „Asylsuchende und Geduldete leben mit Sachleistungen, Sammellagern und Minimalmedizin. Sie müssen den uneingeschränkten Zugang zu den Grundsicherungsleistungen nach SGB II und XII und zu regulärem Krankenversicherungsschutz erhalten.“ Dieser Ruf verlangt in letzter Konsequenz nach gedankenloser Ausdehnung deutscher Sozialstandards auf die Welt, auf jeden, der kommen will. „Armut ist politisch gewollt“, behauptet NAK-Sprecherin Michaela Hofmann.

Nun verordnet diese „Sozialindustrie“ sich selbst und anderen Sprachlosigkeit, weil sie sich mit tatsächlicher Armut nicht auseinandersetzen, sondern sie profitbringend verwalten will: „Gleichzeitig sind die Wohlfahrtsverbände aber natürlich auch sozialanwaltliche Akteure“, so die NAK über sich – eben! *SV*

MELDUNGEN

Wehrpflicht soll bleiben

Bern – Die Schweizer Initiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“ hat dieser Tage vom Bundesrat wie im Parlament eine Absage für ihr Ansinnen erhalten. Die traditionell militärisch neutrale Schweiz müsse an der Wehrpflicht festhalten, denn nur so stünden der Armee weiterhin genügend Ressourcen und ziviles Wissen zur Verfügung, so die bürgerliche Regierung. Verteidigungsminister Ueli Maurer wies darauf hin, dass bezüglich der Wehrgerechtigkeit 80 Prozent der Männer eines Jahrgangs Dienst in der Armee oder im Zivildienst hätten leisten müssen. Wann das Schweizer Volk über den Antrag der Initiative entscheiden soll, ist noch ungewiss. *Bel*

Schlappe für Cameron

Eastleigh – 28 Prozent aus dem Nichts erreichte die Kandidatin der EU-kritischen Partei Ukip von Nigel Farrage bei einer Nachwahl zum britischen Unterhaus im Wahlbezirk Eastleigh. Zwar konnte der Kandidat der Liberaldemokraten knapp 2000 Stimmen mehr auf sich vereinen und somit ging der Sitz im Unterhaus wieder an eine der traditionsreichen Parteien, doch für die Partei von Premier Cameron war die knappe Niederlage der Ukip-Kandidatin auch eine Niederlage der eigenen Tory-Kandidatin, die nur auf Platz drei landete. Schon jetzt fürchtet der konservative Flügel der Tories, dass die Ukip ihnen die Wähler abspenstig macht, da diese gezielter die EU kritisiert, einen schnellen EU-Austritt fordert und auch Kriminalität von Ausländern scharf anprangert. Premier Cameron hingegen schmiege sich zu sehr an seinen liberalen Regierungspartner an und verliere damit Anhänger. Die Ukip selbst ist überzeugt, vor allem Nicht-Wähler wieder für Politik zu begeistern. *Bel*

Widerstand gegen russisches Dubai

Ein Jahr vor den Olympischen Winterspielen in Sotschi protestieren Bürger gegen Bauboom

Als Sotschi 2007 zum Austragungsort der nächsten Olympischen Winterspiele gewählt wurde, war die allgemeine Freude groß. Rosige Pläne von einer der Küste vorgelagerten künstlichen Insel mit den Umrissen der Russischen Föderation, Marina und Badestrände inklusive, beflügelten die Vorfreude. Nach fünf Jahren Bauzeit ist die positive Stimmung einer wachsenden Skepsis der ortsansässigen Bevölkerung gewichen. Sie sehen sich zunehmend als Opfer rücksichtsloser Unternehmer und Politiker.

Fünf Jahre Baulärm, Dreck, löchrige Straßen sowie ständige Strom- und Gasausfälle zehren an den Nerven der Bewohner der Schwarzmeermetropole. Sotschi ist dabei, sich in ein russisches Dubai mit zahlreichen Wolkenkratzern und Fünf-Sterne-Hotels zu verwandeln. Das Stadtzentrum wurde bereits völlig umgebaut, allerdings handelt es sich bei den Wolkenkratzern nicht nur um Hotels, sondern um 20 bis 30 Stockwerke hohe Luxus-Appartementhäuser mit Schwimmbädern, Saunen und Fitness-Clubs.

Sahen viele Olympia bislang als Chance für die Stadt, deren Infrastruktur stark veraltet war, weicht der Optimismus immer mehr der Skepsis. Sotschi fehlen Sozialwohnungen, Straßen müssten erneuert, die Versorgung mit Wärme und Strom gesichert werden. Inzwischen glauben viele, dass die im Zuge der Olympiade gebaute Infrastruktur nicht für die Mittelklasse gedacht ist. Der Küstenstreifen wird mit Dutzenden Wolkenkratzern zubetoniert. Daneben werden zwar auch Sozialwohnungen beim Olympischen Dorf gebaut, die während der Spiele als Hotelzimmer genutzt und nachher an Menschen vergeben werden sollen, die schon seit Sowjetzeiten auf eine neue Wohnung warten. Voraussetzung ist allerdings, dass sie als freiwillige Helfer bei der Olympiade mitgewirkt haben oder Mitglied der Regierungspartei „Einiges Russland“ sind.



Großbaustelle Sotschi: Durch Pfusch am Bau stürzte vergangene Woche ein Neubau ab Bild: imago

Bislang war Sotschi eine Stadt der Sanatorien, die ihren Charme auch in der Postsowjet-Ära behalten hat. Die ersten Kurorte an der russischen Schwarzmeerküste waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden. Sie nannten sich „Riviera“. Diese Periode endete mit der Revolution von 1917. Sotschi wurde der Lieblings-Erholungsort von Stalin, später von Putin. In der Sowjetunion war es das Urlaubsparadies der arbeitenden Klasse. Sanatorien für jedermann wurden gebaut, die mit ihren Säulen, Statuen und luxuriösen Gärten wie altertümliche Tempel anmuteten. Noch bis 2007 war in Sotschi viel Betrieb. Die Inhaber kleiner Geschäfte und Pensionen erhofften sich von der Winterolympiade viel, weil sie dachten, dass sich die Verbesserung der Infrastruktur auch auf ihre Geschäfte positiv auswirken würde. Sie rechnen jetzt eher mit dem Gegenteil: Sie fürchten, dass ihr bisheriger Kundenstamm, der zuletzt aus Russen mit geringem Einkommen bestand, auch noch wegbricht. Die Mittelklasse haben sie ohnehin schon verloren. Die reist nach Europa oder um die ganze Welt. Jetzt fürchten Sanatorien um ihre Existenz, bieten kostenloses Internet, Mineral- und Schwefelbäder an, um Touristen anzulocken.

Kleinunternehmer rechnen nicht mehr mit Aufschwung

In den vergangenen Jahren sind die Übernachtungszahlen von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Niemand hat Lust, auf einer Baustelle seinen Urlaub zu verbringen. Im Augenblick gibt es auch kaum etwas, was die Gäste unternehmen könnten. Die ganze Region ist eine Baustelle. Kleine Cafés vom Typ „Pribreschnoje“ oder Restaurants wie das „Schaschlickhäuschen“ verschwinden nach und nach von der Bildfläche. Im Zentrum gibt es noch den Park „Riviera“, einige hundert Quadratmeter, die noch an das alte Sotschi erinnern. Hier befinden sich die Überreste der Pension „Kawkaskaja Riviera“, zu sowjetischer Zeit eines der angesagtesten Häuser der Stadt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion erlitt das Haus das gleiche Schicksal wie das einstige Vorzeigerestaurant Priboj in Cranz. Ein Geschäftsmann kaufte die Pension in den 90er Jahren, ließ sie aber ungenutzt. Zwei Brände zerstörten den Rest. Heute erinnern nur noch Ruinen an den einstigen Glanz.

Der Unmut der Bevölkerung entlädt sich inzwischen bei Demonstrationen und Mahnwachen. Am 3. März protestierten im Stadtteil Makarenko 150 Einwohner gegen den Bau eines Supermarktes der Kette „Magnit“. Sie wollen in die Planung einbezogen werden, richteten bereits Protestschreiben an Bürgermeister Pachomow und an Putin. Sie halten den Bau in einem reinen Wohnbezirk für gesetzeswidrig und wollen das Grundstück notfalls mit Körpereinsatz verteidigen. Der Widerstand richtet sich gegen die Beschäftigung von Migranten genauso wie gegen den Bau eines Kraftwerkes, das einzig für den Betrieb von Schnee- und Eismaschinen während der Winterspiele dienen soll. Die Aktivisten kritisieren, dass es genügend Energie gebe, die Ursache für die vielen Stromausfälle seien veraltete Leitungen. Der Bau eines weiteren Kraftwerks würde nur die Umwelt zerstören.

Es wächst die Furcht, dass Sotschi nach Olympia nicht mehr das ist, was es einmal war. "Eure Olympiade ist für uns die Pest" war auf einem Protestplakat zu lesen. Ärmere Russen, die Mittelschicht und Kleinunternehmer würden in einem russischen Dubai untergehen.

Die Bürger von Sotschi sehen sich von der Politik abgehängt. Nach Olympia werde sich ohnehin kein Politiker mehr für ihre Probleme interessieren, so die Befürchtung.

Manuela Rosenthal-Kappi

Druck auf Blogger

Anwalt Nawalnyj des Betrugs beschuldigt

Fünfmal wurde Rechtsanwalt Alexej Nawalnyj, Blogger und einer der Hauptaktivisten des Protests gegen die Wiederwahl Putins, vor den Kadi gezerrt. Bislang wurde er wegen Mangel an Beweisen immer freigesprochen. Diesmal könnte es jedoch ernst werden. Sollte das Gericht ihn schuldig sprechen, drohen ihm zehn Jahre Haft. Im Oktober letzten Jahres wurde Nawalnyj wegen Veruntreung angeklagt. Ihm wird vorgeworfen, zwischen April und August 2009 als Berater des Gouverneurs der Oblast Kirow den dort ansässigen staatlichen Holzbetrieb „Kirowles“ um umgerechnet 33 000 Euro geschädigt zu haben. Nun bezichtig die Behörde ihn zusätzlich der Hochstapelei. Nawalnyj soll damals den Anwaltstitel ohne entsprechende Qualifikation geführt haben. Das Gericht wird prüfen, ob er seinen Berufsabschluss legal erworben hat.

Außer Nawalnyj fehlte auch Sergej Udalzow, Aktivist beim „Marsch der Millionen“, bei der Februar-Demonstration. Er steht unter Hausarrest. Udalzow, der radikale linke Überzeugungen vertritt, hat unter anderem den „Tag des Zorns“ organisiert. Ihm drohen zehn Jahre Haft wegen Störung der öffentlichen Ordnung und der Organisation von Massenunruhen. Er soll für den Massenprotest 2009 in Königsberg verantwortlich sein.

Das Bestreben der Mächtigen, durch harte Strafen und neue bürokratische Hürden die Opposition in Schach zu halten, trägt Früchte: Seit geraumer Zeit fallen die monatlichen Aktionen der „Nichteinverstandenen“ spärlicher aus, die Oppositionsbewegung bricht inhaltlich auseinander. Die Februar-Aktion war weniger gegen den Staat mit Putin an der Spitze gerichtet als gegen die Tariferhöhung für kommunale Dienstleistungen, die Schutzlosigkeit geprellter Anleger und die Zerstörung des Bildungssystems. Bei ungemütlichem Wetter waren lediglich 3000 Menschen gekommen.

Opposition bricht auseinander

Nach einem neuen Vorstoß einiger Duma-Abgeordneter sollen die Organisatoren zahlen. Werden sie nach der gültigen Ordnung schon zur Kasse gebeten, wenn mehr Demonstranten als vorgesehen teilnehmen, sollen sie nun auch zahlen, wenn weniger Menschen als angekündigt kommen. Schließlich müssten die Behörden ja ihr Sicherheitspersonal bereithalten, so die Begründung. *MRK*

Demokratie in Gefahr

Französischer Ex-Minister warnt davor, dass Regierungen bald nur noch Marionetten seien

Jours de Pouvoir“ („Tage der Macht“) hat der ehemalige französische Landwirtschaftsminister Bruno Le Maire seinen Einblick hinter die Kulissen der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy genannt. Anders als der Buchtitel suggeriert, scheint sich während der Präsidentschaft Sarkozys zunehmend ein Gefühl der Ohnmacht breitgemacht zu haben. Kaschiert durch den Pomp des französischen Staatsapparats wurde der Öffentlichkeit das Bild eines kompetenten und machtvollen Präsidenten serviert – Sarkozy selbst sah sich allerdings zunehmend als Getriebener: „Unser Schicksal entgleitet uns, es liegt nun allein in den Händen der deutschen Kanzlerin und des Präsidenten der EZB“, gibt Le Maire die Stimmung wieder, die sich an der Spitze Frankreichs im Laufe der Euro-Krise breitgemacht hatte.

Hierbei plaudert Le Maire ein interessantes Detail aus: Im November 2011 war Sarkozy mit der konkreten Frage beschäftigt, wo sich Banknoten für die Wiedereinführung des französischen Francs beschaffen lassen, denn man befürchtete den Zusammenbruch des Euro. Gegenüber der Öffentlichkeit hatte Sarkozy allerdings genau diese Gefahr energisch bestritten. Die Täuschung der Öffentlichkeit ist nicht die einzige beklemmende Botschaft, die Le Maire im Rückblick auf seine dreijährige Amtszeit unter Sarkozy liefert. Der Ex-Minister fürchtet nichts anderes, als den kommenden Zusammenbruch der parlamentarischen Demokratie. „Die Regierung hält nicht mehr die Fäden des Kapitalismus in der Hand, höchstens noch einen oder zwei, und wenn sie nicht achtgibt, so ist sie morgen selbst die Marionette und der Kapitalismus die Hand. Der Tag wird kommen, an dem Unternehmen, ausländische Firmenchefs, Pensionsfonds und Investoren uns sagen, ‚Macht!‘, und wir gehorchen“, so die düstere Warnung Le Maires.

EU-Ratspräsident würde gern nationale Parlamente schwächen

Nicht gerade zur Entkräftung derartiger Befürchtungen trägt eine Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken-Fraktion bei, die nun bekannt geworden ist. Befragt nach Kontakten zu Vertretern von Banken und der Finanzbranche musste die Regierung eine erstaunlich hohe Anzahl von Gesprächen einräumen. Geht man von der Häufigkeit der Kontakte aus, dann scheint ausgerechnet die höchst umstrittene Investmentbank Goldman Sachs der wichtigste Ansprechpartner der Bundesregierung in der Bankenwelt zu sein. An Beschlüssen der Regierung seien die Banker „nicht beteiligt gewesen“, so der Versuch, die Bedeutung der Treffen – die auch mit Vertretern von Commerzbank und Deutscher Bank stattgefunden haben – herunterzuspielen. Erklärungsbedürftig bleibt die hohe Zahl von Treffen zu Goldman Sachs trotzdem. Nicht allzu lange ist es her, dass die Bank etwa in der Kritik stand, Griechenland bei seinen Tricksereien zur Verschleierung der Staatsverschuldung behilflich gewesen zu sein und damit den griechischen Euro-Beitritt erst möglich gemacht zu haben.

Heftige Kritik an den zahlreichen Kontakten der deutschen Regierung zu Bankenvertretern kommt von der Vorsitzenden von „Transparency International Deutschland“, Edda Müller: „Wir würden gern wissen, wie oft sich Spitzenvertreter der Bundesregierung mit Verbraucherschützern oder Financewatch getroffen haben“, so Müller im „Handelsblatt“. Offen bleibt einstweilen, worüber bei den zahlreichen Treffen von Regierungsvertretern mit den Bankern gesprochen wurde.

Kaum Zweifel über die Absichten sind allerdings beim jüngsten Vorstoß des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy möglich. In einem Positionspapier fordert Van Rompuy ganz offen, die nationalen Parlamente weiter zu entmachten. Sie würden nicht im Interesse der EU handeln und müssten deshalb in ihrer Bedeutung zurückgedrängt werden, so Van Rompuy. Beileibe nicht die erste Kampfansage an die Demokratie, die in den etablierten Medien kaum erwähnt wird. Bereits im vergangenen Jahr hat der inzwischen von den Wählern massiv abgestrafte Ex-Premier Italiens, Mario Monti, ebenfalls die Entmachtung nationaler Parlamente gefordert. Monti – ehemaliger EU-Kommissar, langjähriger Berater von Goldman Sachs und hochrangiger „Bilderberger“ – verstieg sich sogar zu der Forderung, die Regierungen hätten die Pflicht, die Parlamente zu „erziehen“. An derartigen Forderungen wird vor allem eines deutlich: In Brüssel scheint man keine Chance zu sehen, auf demokratischem Wege das Projekt „Europäische Integration“ zu erreichen. Der Versuch der Entmachtung von Parlamenten – bei kaum vorhandener eigener demokratischer Legitimation der EU – bedeutet allerdings de facto nichts anderes, als eine neue Form einer Diktatur. *N.H.*

Deutsche sollen noch mehr bluten

Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen

Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden.

Offizielle Zahlen über Deutschlands EU-Nettozahlungen an die EU liegen nicht vor, da sich die Bundesregierung scheut, derartige Gesamtbilanzen der Belastung Deutschlands zu veröffentlichen. Der Nettohaushalt der EU errechnet sich aus dem, was ein Land in die EU-Kasse einzahlt abzüglich dem, was es wieder herausbekommt.

Dass Deutschland Hauptnettozahler ist, war keine Neuigkeit. Indes überrascht das drastische Ausmaß, in welchem deutsche Zahlungen diejenigen anderer EU-Staaten übertreffen. Pro Kopf indes zahlten die Niederländer allerdings noch etwas mehr als ihre deutschen Nachbarn. Doch dies soll sich nach dem neuesten EU-Haushaltsentwurf ändern. Danach werden die Deutschen künftig auch pro Kopf mehr belastet als alle anderen. Holländer und Schweden folgen auf Platz zwei und drei.

Das ist jedoch erst der Anfang: Die Vorschläge des „Hamburger Weltwirtschaftsinstituts“ (HWWI), welche die *PAZ* in der vergangenen Woche vorgestellt hat („Testballon für Beutezug“), standen nach jüngsten Informationen des „Handelsblattes“ bereits auf der Tagesordnung eines Treffens des deutschen Finanzministers mit seinem französischen Kollegen.

Was vergangene Woche noch als kruder Testballon aufgefasst werden konnte, befindet sich also bereits im Stadium konkreter Verhandlungen: Zehn Prozent des verfügbaren Einkommens aller Beschäftigten eines Landes sollen nach dem Plan an die EU abgeführt werden, die das Geld dann streng nach Einwohnerzahl wieder umverteilt. Für Deutschland bedeutet dies eine Netto-Mehrbelastung von vermutlich 30 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kämen weitere zehn Milliarden netto für die vom HWWI vorgeschlagene gemeinsame EU-Arbeitslosenversicherung.

250 Milliarden Euro in 20 Jahren netto gezahlt

Allein dadurch würde sich der jährliche deutsche EU-Nettobeitrag von bislang rund zehn Milliarden Euro glatt verfünffachen. Und dabei handelt es sich bloß um Schätzungen, die im Bezug auf die deutschen Nettozahlungen in der Vergangenheit von der Wirklichkeit noch einmal übertroffen wurden.

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy ist aber selbst das noch nicht genug. Der Belgier schlägt vor, eine Art gemeinsamer Konjunktur-Hilfskasse einzuführen. In diese sollen Länder mit guter Wirtschaftslage einzahlen, damit Länder mit schwacher Konjunktur bezuschusst werden können. Dies würde nach gegenwärtigem Stand weitere, unabsehbare Nettobelastungen für die Deutschen mit sich bringen.

Neben der Konjunktur soll in die Berechnung von Bedürftigkeit oder Zahlungspflicht auch der Stand der Arbeitslosigkeit einbezogen werden, wünscht sich Van Rompuy. Hier würden Länder wie Spanien, die selbst bei sehr guter Konjunktur hohe Arbeitslosenzahlen ausgewiesen haben, dauerhaft bevorzugt. Gut abschneiden würden auch Staaten mit einer hohen Quote an Schwarzarbeit, denn unangemeldete Tätigkeiten tauchen in der offiziellen Beschäftigungsbilanz natürlich nicht auf.

Kaum zu überblicken sind die zukünftigen Sonderlasten, welche den Deutschen aus den Euro-Rettungsschirmen erwachsen. Dennoch kennen die Verantwortlichen auch hier offenbar keinerlei Maß mehr. Zwar war vertraglich vereinbart und den Deutschen von ihrer Regierung heilig versprochen worden, dass der Euro-Rettungsfonds ESM nicht zur Rettung von Banken, sprich zur Rettung der Vermögen ihrer milliardenschweren Eigentümer, missbraucht werden dürfe. Allein Staaten sollten daraus unterstützt werden dürfen.

Testballon kam schnell auf die Tagesordnung

Nun hat man offenbar eine Möglichkeit ersonnen, Vertrag und Versprechen zu brechen, ohne sich rechtlich anfechtbar zu machen. Der ESM soll „Tochtergesellschaften“ gründen dürfen, die Kredite aufnehmen sollen, mit welchen sie maroden Banken unter die Arme greifen. Da der ESM ein Institut der Staaten ist, haften die deutschen Steuerzahler damit direkt für an Pleitebanken vergebene Kredite.

Die ESM-Töchter könnten auch dafür eingespannt werden, „um überdies begleitende Investitionen des Privatsektors in rekapitalisierte Banken zu ermutigen“, heißt es im Entwurf. Mit anderen Worten: Investoren sollen „ermutigt“ werden, in hochrentierliche Bankpapiere (Aktien, Anleihen) maroder Institute zu investieren, denn: Die hohen Renditen gehören ihnen, das Risiko hingehen trägt der Steuerzahler,

Pünktlich zu den Verhandlungen über solche „Tochtergesellschaften“ am vergangenen Montag rief EU-Währungskommissar Olli Rehn die Deutschen zu „Solidarität mit Zypern“ auf. Gemeint ist damit, dass die deutschen Steuerzahler jene Banken retten sollen, die im Verdacht stehen, Schwarzgeld-Milliardären aus aller Welt, vor allem aus Russland, als „Geldwaschanlage“ zu dienen.

Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müsste die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der „Euro-Bonds“ in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlicher Deutschland zu. *Hans Heckel*



Mit leichter Hand: Deutsche Politiker geben offenbar gern das Geld ihrer Wähler an die EU — Bild: imago

KURZ NOTIERT

Grenzwertiger Investoren-Wettbewerb: In der Hoffnung, Gelder aus dem EU-Ausland ins Land zu locken, bewegen sich immer mehr südliche Euro-Länder an der Grenze der Legalität. Während Spanien, Portugal und Griechenland Immobilienkäufern ab einer gewissen Summe unbegrenztes Bleiberecht einräumen und somit Reisefreiheit innerhalb der gesamten EU ermöglichen, geht Athen laut dem Magazin „Focus“ sogar noch einen Schritt weiter. Wer mehr als 300 000 Euro für eine Immobilie ausgibt, erhält neben der Aufenthaltserlaubnis auch die Garantie, dass nicht nach Herkunft und Legalität des Geldes gefragt wird. Zumindest Portugal scheint jedoch bisher nicht einen Massenansturm auf sein Programm "Aufenthaltserlaubnis gegen Investition" zu erleben. Angeblich sollen in den letzten vier Monaten nur 60 Anträge von EU-Ausländern eingegangen sein. *Bel*

Niederlande in Nöten: Da die Wirtschaft der Niederlande in diesem Jahr um gut ein Prozent schrumpfen soll, stellt sich die Regierung in Den Haag darauf ein, dass sie trotz massivem Sparkurs das Defizitziel der Euro-Länder von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht einhalten wird. Man habe bereits Brüssel informiert, heißt es aus der holländischen Hauptstadt. Ratingagenturen drohen nun dem Land mit Herabstufung der Bonitätsnote. Die Niederlande gehören neben Deutschland, Finnland und Österreich zu den Rettungsankern innerhalb der Euro-Gemeinschaft. *Bel*

Gläubiger an Bankenrettung beteiligt: Die Entscheidung des niederländischen Finanzministers Jeroen Dijsselbloem, einige Gläubiger der viertgrößten holländischen Bank SNS Real an der Rettung der Bank zu beteiligen, indem er nachrangige Anleihen für wertlos erklärte, sorgt für Verunsicherung bei Investoren. Da Dijsselbloem auch Chef der Euro-Gruppe in der EU ist, fürchten einige, er könnte das, was er niederländischen Anlegern zumutet, auch Geldgebern zypriotischer Pleite-Banken zumuten. *Bel*

Sonderbehandlung für Rom

Das heimliche Rettungspaket für Italien – Draghi nahm den Druck

Ein überraschendes Ergebnis hat die erstmalige Offenlegung von Details der Anleihekäufe durch die Europäische Zentralbank (EZB) zutage gefördert. Mit Stand 31. Dezember 2012 hatte die EZB italienische Staatsanleihen im Wert von 99 Milliarden Euro angekauft. Die enorme Summe wirft gleich mehrere Fragen auf. Zum einen entfiel damit fast der Hälfte der Ausgaben der EZB für Staatsanleihekäufe – immerhin fast 209 Milliarden Euro – auf das Heimatland von EZB-Chef Mario Draghi, auf Italien. Zum anderen mussten die anderen Profiteure des Aufkaufprogramms – Griechenland, Irland, Portugal und Spanien – im Gegenzug zur Staatsfinanzierung durch die EZB bestimmte Auflagen für Einsparungen und Reformen akzeptieren. Italien, der größte Profiteur des Programms, allerdings nicht.

Kritiker, die nach der weitgehenden Entmachtung der Bundesbankvertreter in der EZB eine Italienisierung der Zentralbank unter Draghi befürchtet haben, scheinen damit Recht behalten zu haben. Dass die EZB Staatsanleihen in die eigenen Bücher genommen hat, bedeutet nicht nur, dass für Deutschland erneut das Haftungsrisiko gestiegen ist, wenn die Anleihen eines Tages nicht mehr bedient werden. Mit dem Ausgang der italienischen Parlamentswahlen ist inzwischen sogar die Wahrscheinlichkeit gewachsen, dass die Staatsfinanzierung per EZB-Notenpresse sogar noch ausgeweitet wird. Italien droht eine monatelange politische Lähmung.

Neuwahl ist derzeit gar nicht möglich

Der Hintergrund: Der Sozialist Pier Luigi Bersani kann nur eine stabile Regierung zimmern, wenn er eine Koalition mit Berlusconi oder aber mit dem Euro-Skeptiker Beppe Grillo eingeht. Beides gilt nahezu als Ding der Unmöglichkeit. Einen Ausweg aus der Patt-Situation, die durch die Wahlen entstanden ist, sucht inzwischen Staatspräsident Giorgio Napolitano. Er strebt eine Regierung an, in der weder Bersani noch Berlusconi vertreten sind, was de facto eine Neuauflage eines Technokraten-Kabinetts à la Mario Monti wäre. Im Gespräch diesmal: der linke Ex-Premier Giuliano Amato und der Bürgermeister von Florenz, Matteo Renzi, eventuell unter Duldung von Berlusconi, der dafür das Amt des Staatspräsidenten erhält – samt juristischer Immunität für ihn.

Scheitert der Versuch einer Regierungsbildung, dann droht ein monatelanger politischer Stillstand in Italien. Staatspräsident Napolitano scheidet im Mai aus seinem Amt aus. In den letzten sechs Monaten seiner Amtszeit ist es ihm per Gesetz untersagt, das Parlament aufzulösen und damit den Weg für Neuwahlen freizumachen. Mit anderen Worten: Bevor es überhaupt Neuwahlen geben kann, müsste im italienischen Parlament das Kunststück gelingen, sich erst einmal auf einen neuen Staatspräsidenten zu einigen. Selbst wenn Napolitanos Nachfolger im Mai sein Amt antreten würde, so würden nach Auflösung des Parlamentes weitere vier Monate bis zu Neuwahlen vergehen. Profiteuer eines solchen Szenarios wäre vermutlich der Euro-Skeptiker und Korruptions-Bekämpfer Beppe Grillo. Von den meisten italienischen Medien weitgehend totgeschwiegen, wurde seine Bewegung „Fünf Sterne“ auf Anhieb stärkste Partei bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer. *N.H.*

Milliarden im Feuer

Peking versucht, die Schuldenberge seiner Kommunen zu beziffern

Die Zentralregierung der Volksrepublik China ist besorgt. Der Schuldenberg der nach Tausenden zählenden Gebietskörperschaften wie Lokalregierungen und Kommunen hat sich 2012 dramatisch erhöht und soll umgerechnet 9,8 Billionen Euro betragen. Die dafür benutzten Finanzierungsquellen stellen eine wenig durchleuchtete Grauzone dar und bergen ein Risikopotenzial für das gesamte Bankensystem des Landes in sich. Zudem könnte die Regierung in Peking gefordert sein, mit Mitteln aus dem zentralen Haushalt stützend einzugreifen.

Deswegen startete die 1994 gegründete chinesische Ratingagentur Dagong Global Credit jetzt den Versuch, die Bonitätssituation zu durchleuchten. Rund 6500 kreditfinanzierte Vehikel, mit denen die Kommunen arbeiten, müssen dabei durchleuchtet werden. Oft genug, so Guan Jianzhong, Chef von Dagong, werden laufende Schuldendienste durch neue Kreditaufnahmen gedeckt – ein Schneeballsystem, das fatal an Vorgänge in Europa erinnert. Erste Schlüsse raten zu einer Beschränkung der Kreditaufnahmen von Banken und Schattenbanken sowie zu einer erhöhten Risikovorsorge.

Die von staatlichen Mitteln unabhängige, einst von der chinesischen Zentralbank initiierte Agentur hat inzwischen beispielsweise die Kreditwürdigkeit der USA auf „AA“ zurückgestuft und versucht, international an Bedeutung zu gewinnen. Denn ihre Führung ist überzeugt, dass die westlichen Branchenführer Moody's, Standard & Poors sowie Fitch nicht sauber arbeiten.

Bis jetzt wurden Kreditausfälle durch Neukredite überdeckt

Angeheizt wurde der Infrastrukturboom zur Belebung der chinesischen Wirtschaft nach der internationalen Finanzkrise. Allerdings sind noch keine Kreditausfälle bekannt geworden, was nach Ansicht von Dagong daran liegt, dass die Deckung durch Neukredite die wahre Situation verschleiert. Auch die Unübersichtlichkeit bei der Begebung von Anleihen durch die Zweckgesellschaften verschleiert das Bild. Bei der Wertpapierabwicklungs- und Verwahrungsstelle China Central Depository & Clearing Co. wurden 1012 Emissionen über 520 Milliarden Euro registriert – eine Zunahme um satte 150 Prozent gegen-über dem Vorjahr.

Bei den sichersten Adressen, den Provinz- und Stadtregierungen von Guandong, Zhejiang, Schanghai und Shenzen, stand jeweils das Finanzministerium als Garant im Hintergrund. Inzwischen haben 50 Lokalregierungen ihre Kooperation mit der Ratingagentur zugestimmt.

Die Gliederung der Verwaltungen ist komplex. So entfallen auf Gemeindeebene 40 500 Verwaltungsbehörden, dazu kommt die sogenannte Dorfebene aus Einwohnergemeinschaften in ländlichen Gebieten. Die Kreisebenen umfassen 2850 Verwaltungseinheiten, die Bezirksebene 333 und die Provinzebene 34. Nicht enthalten sind Sonderzonen wie Macao und Hongkong sowie die Autonomen Gebiete, etwa Tibet und die Innere Mongolei. Regierungsunmittelbare Städte wie Peking und Shanghai unterstehen direkt der Zentralregierung. Es finden jedoch Umgestaltungen statt, um den Wirrwarr übersichtlicher zu machen. So wurden ganze Provinzen aufgelöst und deren Gebiete anderen zugeschlagen. *J. Feyerabend*

Positives Signal

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Erstmals hat sich im Königsberger Gebiet ein Gouverneur in laufende Bauprojekte eingemischt, bei denen deutsches Erbe vernichtet wird. Der Baustopp für den Kindergarten in Pillau auf einem deutschen Friedhof klärt zwar noch nicht die Frage, was mit den noch in der Erde lagernden Gebeinen passieren soll. Ein Teil wurde bereits geborgen und soll beigesetzt werden. Ob Nikolaj Zukanow den Bau weiterer Kindergärten im Gebiet gestoppt hat, um zu kaschieren, dass er mit der Entscheidung bezüglich Pillau auf das Medienecho, den der Vorfall über die Exklave hinaus ausgelöst hat, reagiert, weiß man nicht. Dass Zukanow ein positives Signal für all diejenigen gesetzt hat, die sich für den Erhalt der spärlich erhaltenen Reste deutschen Erbes einsetzen, ist nicht zu leugnen. Es zeigt auch, dass sich etwas bewegt im Königsberger Gebiet. Nicht nur Museumsleiter, Heimatforscher und Geschichtsinteressierte beschäftigen sich intensiv mit der deutschen Vergangenheit, auch Politiker nähern sich der Thematik unvoreingenommener als früher, wie auch die Umbenennungsdebatte um Königsberg beweist.

Eine Alternative?

Von Rebecca Bellano

Am 22. September dürfen die Deutschen von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen, ihre Volksvertreter zu wählen. Aber will man den Leserbriefen und Online-Kommentaren, die die *PAZ* erreichen, Glauben schenken, dann sorgt dieses Datum nicht für Freude. Auch die Verfasserin dieser Zeilen sieht nicht ein, der FDP erneut ihre Stimme zu geben. Zu sehr hat die Partei enttäuscht. Für einen Moment sah es so aus, als würden die „Freien Wähler" eine Alternative bieten, doch deren Pressemitteilungen vermitteln nicht den Eindruck, als handele es sich um eine Partei, die über das Regionale hinaus reif für eine Regierungsverantwortung sei und ein ansprechendes Konzept für die Bundesebene habe.

Diese Erkenntnis hat nun offenbar auch die Euro-skeptische Bürgerbewegung „Wahlalternative 2013" gewonnen, die anfangs auf die „Freien Wähler" gesetzt hatte. Nach einer furiosen Gründung im September 2012, massiver Kritik am Euro-Kurs von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen sowie der Klage, dass die Demokratie erodiere, da der Bundestag den Willen des Volkes nicht repräsentiere, wurde es erst einmal still um die „Wahlalternative". Mehrere Presseanfragen der *PAZ* blieben unbeantwortet. Doch nun kehrt Leben zurück und die Nachricht, dass man eine eigene Partei gründen wolle. Ob die „Alternative für Deutschland" etwas taugt, wird sich frühestens nach Gründung Mitte April erahnen lassen. Derzeit gibt es noch kein Programm und Euro-Kritik alleine ist für eine Partei, die in den Bundestag will, zu wenig. Wählerpotenzial ist jedenfalls vorhanden, zu sehr haben die bürgerlichen Parteien in letzter Zeit ihre Anhänger enttäuscht.

Warum »rechts« böse ist

Von Hans Heckel

Was ist eigentlich „rechts", was „links". Die Koordniaten geraten durcheinander. Schon 2011 bekannte der Ex-Chefredakteur der konservativen britischen Tageszeitung „The Telegraph", Charles Moore: Ich beginne darüber nachzudenken, dass die Linke recht haben könnte." Moore war einer der journalistischen Weggefährten von Margaret Thatcher, als sie in der 80er Jahren England vom Joch tiefroter Gewerkschaften befreite.

Freiheit, Marktwirtschaft, Unternehmertum – das waren die Leitsterne, unter denen auch Moore damals marschierte. Und er würde es, wie er bekennt, immer noch tun. Doch all seine guten und richtigen Ideale seien „gekidnappt" worden von der internationalen Finanzoligarchie, von einem kleinen Netzwerk global operierender, milliardenschwerer Räuber. Moore nennt den Medienmogul Rupert Murdoch als Beispiel jener Gestalten, die er früher für Verbündete im Kampf für die Freiheit gehalten habe. Murdoch kidnappe den Begriff der Freiheit nur, um sich zu bereichern und die Freiheit letztlich zu zerstören.

> Ideen werden gekidnappt oder diffamiert

„Gekidnappt" ist das richtige Wort. Doch greift Moore zu kurz. Nicht nur die „rechten" Ideen von Freiheit und Marktwirtschaft wurden im Zuge des „größten Raubzugs der Geschichte" von skrupellosen Gestalten entführt, die unter falscher Fahne ihr schmutziges Geschäft betreiben. Sie haben es sogar geschafft, die sozialistische Idee der „Solidarität" zum Zwecke ihrer maßlosen Bereicherung einzuspannen. Den Deutschen wird eingeredet, sie müssten „Solidarität" üben mit ihren europäischen Nachbarn. Doch nichts von dem deutschen Geld kommt bei den Leidenden an. Die Finanzindustrie lenkt es in ihre Schatullen. Das Etikett „Solidarität" ist hier nur schäbiges Blendwerk. Ähnlich erging es dem Umweltschutz. Wo einst Idealisten um die Natur kämpften, treiben heute „Öko-Energie"-Konzerne gigantische Summen ein, missbrauchen das grüne Banner für ihr Milliardengeschäft mit dem sogenannten „Klimaschutz".

Ideen indes, die partout nicht zu kidnappen sind, die werden als „rechts" ausgesondert und für böse erklärt: Volkssouveränität, nationale Identität oder Selbstbestimmung etwa. Damit lässt sich kein Geschäft machen, also wird es frontal bekämpft statt hinterrücks in Dienst genommen.

Selbst Beppe Grillo, der zweifelsfrei linke italienische Polit-Neuling, wurde als „faschistisch", „rassistisch" und „antisemitisch" beschimpft. Warum? Weil er die Italiener aus dem Zangengriff der Kidnapper befreien und ihre Souveränität als selbstbestimmte Nation wiederherstellen will. Damit hat er sich die von Moore gegeißelten Großräuber zum Feind gemacht. Als „rechtsaußen" gilt heute, wer der Wahrheit näher gekommen ist, als es den Finanzmagnaten lieb sein kann.



Hauptsache, der Euro rollt weiter: Die Pleite eines Euro-Staates hätte noch vor zwei, drei Jahren Investoren weltweit geschädigt. Inzwischen wurde das Thema zur alleinigen Angelegenheit von IWF, Euro-Staaten und EZB und somit der europäischen Steuerzahler. Die deutsche „Solidarität" rettete also nicht die Griechen oder Portugiesen, sondern deren Gläubiger

Bild: pa

Gastbeitrag



Diktatur der Post-Demokratie

Von Hinrich E. Bues

Nahezu einhellig empört, verärgert oder gar entsetzt äußerten sich vor einigen Wochen Politiker und Medien gleichermaßen über den britischen Premier David Cameron. Was hatte er verbrochen? Der Regierungschef hatte eine Volksabstimmung über den Verbleib in der Europäischen Union (EU) für sein Land angekündigt, zwar erst in drei oder vier Jahren, aber das reichte für einen europaweiten Aufschrei.

Cameron hatte rundherum erklärt, dass in seinem Land sehr viele Bürger über das „undemokratische" Gebaren der EU befremdet seien, die immer mehr Kompetenzen an sich ziehen würde. Die Briten wollten weniger Zentralismus aus Brüssel und dafür mehr nationale Souveränität. Ist diese Forderung, die da aus dem Mutterland der westlichen Demokratien erschallte, völlig illegitim? Immerhin funktioniert die britische Demokratie seit über 300 Jahren – und damit wesentlich länger als die Demokratien in Frankreich, allen europäischen Ländern oder den USA. Im englischen Unterhaus, dem Parlament, sitzen sich die Parlamentarier immer noch auf engstem Raum, auf grünen Ledersitzen in alter Formation, dicht gegenüber. Manchmal erreicht die Spucke eines Redners sogar die gegenüberliegende Sitzbank, so heftig wird debattiert, was im Deutschen Bundestag, schon auf Grund der räumlichen Entfernungen, kaum möglich wäre.

Wie ist die Demokratie nach Deutschland gekommen? Man darf vielleicht daran erinnern, dass diese Regierungsform nicht wirklich vom „Deutschen Volk", das in großen Lettern über dem Reichstagsgebäude prangt, nicht unbedingt gewünscht oder gewählt worden ist. 1919 wurde die Weimarer Republik und 1948/49 die Bundesrepublik und die „Deutsche Demokratische Republik" installiert. Dazwischen lag ein zwölfjähriges Interregnum einer Regierung, die vor jetzt 80 Jahren am 30. Januar 1933 nicht durch eine „Machtergreifung", sondern durch demokratische Wahlen ans Ruder gekommen war. Erst durch sogenannte „Ermächtigungsgesetze", wenige Wochen und Monate nach der legitimen Wahl, erfolgte dann die Aushöhlung der demokratischen Institutionen durch die NSDAP. Die vorher, vielfach mehr schlecht als recht, arbeitenden demokratischen Parteien, das Parlament, die Rechtsprechung und die Presse wurden ihrer Unabhängigkeit und Mitsprachemöglichkeiten systematisch beraubt. Kann so etwas nie wieder passieren? Oder stehen wir heute bereits wieder mitten in einem Prozess der Machtergreifung durch Brüsseler Bürokraten, die zudem teilweise noch nicht einmal voll demokratisch legitimiert sind?

> Die gegenwärtige Machtergreifung erfolgt weitgehend lautlos

Die Forderung von EU-Kommission und vielen europäischen Politiken nach einem „mehr an Europa" deuten darauf hin. Der Politologe Colin Crouch nennt das sich hier abzeichnende System eine „Post-Demokratie". Damit meint er ein Verwaltungssystem, in dem direkte Bürgerbeteiligung gar nicht mehr erwünscht ist, sondern nur noch eine „institutionelle Exzellenz" herrscht. Die Idee der Herrschaft des Volkes wird hierbei abgelöst von der Idee der Herrschaft des Allgemeinwohls und bestimmter Institutionen. Verwaltungsgremien und Experten organisieren ein vermeintliches Allgemeinwohl, wo die Güter eines Landes – oder eben von ganz Europa – nach dem Gesichtspunkt einer „objektiv" angenommenen Gerechtigkeit verteilt werden sollen.

Als Symptome einer solchen post-demokratischen Konstruktion gelten nach Crouch der Verfall politischer Kommunikation durch Machtkonzentration in den Medien und ein möglichst ausgeklügeltes System von Institutionen, das den Bürger von der Macht fernhalten soll. Auch ein möglichst undurchschaubares Wirtschaftssystem, das bestimmte Entscheidungen immer wieder als „alternativlos" erscheinen lässt, dient dem Ziel, eine Bürgerbeteiligung von vornherein auszuschließen. Solch eine Post-Demokratie sieht von außen vielleicht noch aus wie eine einwandfrei funktionierende Demokratie, es brennen keine Parlamente oder werden auch keine Konzentrationslager für politische Gegner errichtet; es geht heute viel geschmeidiger zu.

Periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – all das funktioniert scheinbar wie geölt. Nur der Prozess der politischen Legitimation stimmt nicht mehr mit den konkreten politischen Entscheidungen überein. Crouch nennt Wahlen in der Post-Demokratie daher „Wahlspiele". Denn hinter dem Rükken der demokratisch gewählten Volksvertreter werden taktische Entscheidungen getroffen, die sich dem Einfluss von Lobbygruppen und/oder mächtigen Männern und Frauen verdanken, die im Hintergrund ihre Fäden ziehen.

Sobald aber der Ruf nach einer Volksabstimmung auftaucht, fühlen sich diese Gruppen und Personen in ihrer Machtausübung gestört, sie reagieren „empört" und geschickt ziehen sie auf allen medialen Kanälen, die bereits unter ihrer Kontrolle sind, die Register. Wer diese Zusammenhänge beachtet, reibt sich dann nicht mehr die Augen, wenn Cameron in fast allen Medien diskreditiert wird.

> Die Eliten der EU ermächtigen sich überwiegend selbst

Ins Nachdenken kommen müssten eigentlich alle, wenn erklärt wird, dass die Forderung nach einer Volksabstimmung etwas total Unanständiges sei. Unser Nachbarland Schweiz müsste demnach aus total unanständigen Menschen bestehen, weil die Bürger dort doch ständig über kleinere oder größere Fragen abstimmen dürfen. Auch ein Land wie Norwegen, das sich per Volksabstimmung gegen den Euro und die Mitgliedschaft in der EU entschieden hat, müsste aus solchen, politisch gesehen, unanständigen Leuten bestehen. Schade nur, dass die von Eurokraten ständig prophezeiten Unheilsszenarien in diesen Ländern nicht eintreten und sogar vermehrt Deutsche dorthin auswandern. Und wie soll man erst die Schotten betrachten, die tatsächlich im Jahr 2014 über die Unabhängigkeit von England und dann eventuell sogar über einen Beitritt in die EU abstimmen wollen?

Im Gegensatz zu einer Diktatur, wie sie jetzt beispielsweise in Ägypten (wieder) eingeführt wird, gibt sich das System der Post-Demokraten eleganter. Anstatt den Bürgern ihre Ohnmacht direkt vor Augen zu führen, macht man sie zu Zuschauern auf der politischen Bühne. Die Feudalisierung der Europa-Politik ist dabei das krasseste Beispiel für die Abkapselung des Systems von seinen eigentlichen Protagonisten. Auf europäischer Ebene spielt sich eine Eliteveranstaltung ab, die statt auf Transparenz und Erklärungsbereitschaft auf kaltschnäuzige Selbstermächtigung setzt. Gerade die Idee des modernen Europas aber müsste auf Durchsichtigkeit, Deutungsbereitschaft und Verantwortung gebaut sein, wenn die immer wieder erhobene Forderung nach Abgabe der Souveränität von Nationalstaaten für die Bürger plausibel sein soll. Sonst erscheint die Drohung mit dem übergeordneten politischen oder wirtschaftlichen Allgemeinwohl irgendwann nur noch als hohl.

Wie lange aber wird sich der Bürger mit der Zuschauerrolle bei diesem hochsubventionierten Theaterstück namens EU zufrieden geben? Wer nicht hinter die Kulissen schauen oder die Schauspieler oder den Regisseur abwählen darf, wird unzufrieden bleiben. Eine kleine Minderheit in Europa wird sich immer daran erinnern, dass einmal vom „mündigen Bürger" die Rede war und „Freiheit" am Beginn demokratischer Bewegungen stand.

Walkürenritt durch die Museen

Eine ganze Flut von Ausstellungen bricht im Wagnerjahr über die Fans des Opernkomponisten herein

Graupa, Dresden, Eisenach, München, Nürnberg und Bayreuth machen mobil. Allerorten finden Ausstellungen zum 200. Geburtstag von Richard Wagner statt. Den Startschuss liefert am 13. März die Geburtsstadt des Komponisten, Leipzig.

„Richard Wagner ist ohne Zweifel eine der bedeutsamsten und folgenreichsten Erscheinungen der europäischen Kulturgeschichte.“ So urteilt treffend Sven Friedrich, der Direktor des Bayreuther Richard-Wagner-Museums. Anschaulich machen das zahlreiche Ausstellungen, die anlässlich des 200. Geburtstags von Wagner in Sachsen, Thüringen und Bayern veranstaltet werden.

Geboren wurde er am 22. Mai 1813 in Leipzig. In Dresden wurde er zum Königlichen Hofkapellmeister ernannt. Sehr zum Ärger seiner Gattin Minna (1809–1866) verlor Wagner diese lukrative Anstellung jedoch in Folge seiner Beteiligung an der bürgerlichen Revolution in Sachsen, die 1849 scheiterte. Er floh ins Exil nach Zürich. Wagners Exil- und Wanderjahre führten ihn schließlich nach Wien.

Der gern in Samt und Seide gekleidete, feierlustige und teuer wohnende Dirigent, Komponist, Tabakschnupfer, Hundehalter und Schürzenjäger lebte weit über seine Verhältnisse und häufte einen riesigen Schuldenberg an. Wagners Retter war König Ludwig II. von Bayern. Er beglich die Schulden seines Idols und wurde dessen größter Förderer. Die Errichtung des Bayreuther Festspielhauses stellte der König mit einem Kredit sicher. Zudem trug er mit einem Geldgeschenk zum Bau von Wagners Haus bei, der es auf den Namen „Wahnfried“ taufte. Das Haus, in dem Wagner mit seiner zweiten Gattin Cosima (1837–1930) und den gemeinsamen drei Kindern wohnte, beherbergt heute das Richard-Wagner-Museum. In dessen Garten liegt der 1883 in Venedig gestorbene Hausherr begraben.

Wagners Leben und Werk bieten reichlich Stoff für Ausstellungen. Und so wird am 21. Mai in der Alten Nikolaischule von Leipzig die Dauerausstellung „Der junge Richard Wagner“ eröffnet, die einen Tag später für die Öffentlichkeit zugänglich ist.



Bild Stadtgeschichtliches Museum Leipzig

Wagner beim Dirigieren: Karikatur von Leslie Ward

Bereits vom 13. März an wird im Stadtgeschichtlichen Museum die Sonderschau „Wagnerlust & Wagnerlast“ alle Schaffensstationen Wagners vorstellen. Für seine Opern ließ er besondere Musikinstrumente wie die Meistersinger-Harfe, Trommel-Maschinen und gestimmte Ambosse bauen. Sie sind in der Sonderausstellung „Musikinstrumente für Richard Wagner“ zu sehen und hören, die am 17. Mai im Leipziger Museum für Musikinstrumente eröffnet wird. Das Stadtmuseum Dresden präsentiert ab 27. April „Richard Wagner in Dresden – Mythos und Geschichte“.

Nahe Dresden liegt Graupa, wo Wagner 1846 die Kompositionsskizze zur Oper „Lohengrin“ verfasste. Graupas neueste Attraktion ist das im Jagdschloss untergebrachte neue Richard-Wagner-Museum, das im Januar eröffnet wurde. Die Dauerausstellung widmet sich unter dem Motto „Keine Angst vor Wagner! Oper ist ein Erlebnis“ den besonderen Qualitäten seines musikdramatischen Schaffens. Der gängigen Oper als Nummernrevue mit Pausen zwischen Sprechtexten, Arien, Duetten, Chorgesang, Rezitativen und instrumentalen Zwischenspielen setzte Wagner eine revolutionäre neue Idee entgegen: „Das Bühnenwerk als symphonisches Ganzes, als durchkomponiertes Drama, als unendliche Melodie“, wie es Wagner-Biograf Walter Hansen formuliert.

Nach Bayreuth besitzt Eisenach mit weit über 20 000 Objekten die weltweit zweitgrößte Sammlung zu Leben und Werk Wagners. Deren Glanzstücke werden vom 18. Mai an im Stadtschloss gezeigt. In der über Eisenach gelegenen Wartburg beginnt am 18. Mai eine Sonderschau, die sich mit der Oper „Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg“ befasst. Am 15. März wird in der Bayerischen Staatsbibliothek München die Sonderschau „Wagner und München 1864 bis 1865“ eröffnet, in deren Mittelpunkt die Uraufführung von „Tristan und Isolde“ (1865) steht.

Das Deutsche Theatermuseum München wartet vom 17. Mai an mit der Schau „Der Ring des Nibelungen in München“ auf. Nürnberg befasst sich mit den „Meistersingern“. Schon seit Januar läuft im Stadtmuseum Fembohaus die Sonderschau „Hans Sachs, Richard Wagner und der Nürnberger Meistergesang“. Die von Wagner mit größter Sorgfalt angefertigte, über 400 Seiten starke Partitur der Meistersinger ist bis Juni im Germanischen Nationalmuseum zu sehen. Im DB Museum heißt es ab 15. Mai „Götterdämmerung“. Unter diesem Titel wird die Wanderausstellungsversion der Bayerischen Landesausstellung 2011 über König Ludwig II. gezeigt, in der die Beziehung zwischen Wagner und seinem Obermäzen eine gewichtige Rolle spielt. Bayreuths Richard Wagner Museum wird bis nächstes Jahr saniert und erweitert. Zwar ist deshalb die Wagner-Sammlung unzugänglich, aber ab 25. Juli wird im Rohbau die von Nürnberg nach Bayreuth weitergewanderte „Götterdämmerung“ zu sehen sein.

Veit-Mario Thiede

Literatur und Ausstellungen

Walter Hansen, „Richard Wagner. Biografie“, dtv, 11,90 Euro. **Sven Friedrich**, „Richard Wagner. Deutung und Wirkung“, Königshausen & Neumann, 14,80 Euro. **Martin Schneider**, „Wissende des Unbewussten. Romantische Anthropologie und Ästhetik im Werk Richard Wagners“, De Gruyter, 99,95 Euro.

Leipzig – „Wagnerlust & Wagnerlast“, Stadtgeschichtliches Museum, 13. März bis 26. Mai. „Mythos Wagner“, Klinger Forum, 21. April bis 7. Juli. „Weltenschöpfer – Wagner, Max Klinger, Karl May“, Museum der Bildenden Künste, 16. Mai bis 15. September. „Musikinstrumente für Richard Wagner“, Museum für Musikinstrumente, 17. Mai bis 31. Januar 2014. „Der junge Richard Wagner 1813 bis 1834“, Alte Nikolaischule, Dauerausstellung ab 22. Mai.

Dresden – „Richard Wagner in Dresden – Mythos und Gechichte“, Stadtmuseum, 27. April bis 25. August.

Pirna-Graupa – Neues Wagner-Museum im Jagdschloss.

Eisenach – „Wagneriana“, Stadtschloss, 18. Mai bis 3. November. „Wie der Tannhäuser zum Sängerkrieg kam“, Wartburg, 18. Mai bis 31. März 2014.

München – „Wagner und München 1864 bis 1865“, Bayerische Staatsbibliothek, 15. März bis 28. Mai. „Der Ring des Nibelungen in München“, Theatermuseum, 17. Mai bis 20. Oktober.

Nürnberg – „Hans Sachs, Richard Wagner und der Nürnberger Meistergesang“, Stadtmuseum Fembohaus, läuft bis 23 Juni. „Wagner – Nürnberg – Meistersinger“, Germanisches Nationalmuseum, läuft bis 2. Juni. „Götterdämmerung“, Deutsche Bahn Museum, 17. Mai bis 7. Juli.

Bayreuth – „Götterdämmerung“, Richard Wagner Museum, 25. Juli bis 29. September.

Taugenichts aus Ostpreußen

Wem Gott will rechte Gunst erweisen, den schickt er in die weite Welt.“ Das berühmte Gedicht aus Eichendorffs Erzählung „Aus dem Leben eines Taugenichts“ war auch das Lebensprogramm des Romantikers, der vor 225 Jahren, am 10. März 1788, im oberschlesischen Lubowitz geboren wurde. Die „weite Welt“ – in seinem Fall war es Ostpreußen. Nachdem er drei Jahre in Danzig tätig war, lebte er nämlich von 1824 bis 1831 in Königsberg. Und dort entstanden auch viele seiner bekanntesten Werke wie jener „Taugenichts“ von 1826.

Nach Teilnahme an den Befreiungskriegen absolvierte Joseph von Eichendorff eine juristische Ausbildung. Preußischer Staatsdiener wollte er werden. Auf Empfehlung eines Gönners wurde er rechte Hand Theodor von Schöns, des Oberpräsidenten von West- und Ostpreußen. Zuständig für katholische Schul- und Kirchenangelegenheiten, konnte Eichendorff als „Dichterbeamter“ jede Menge dichten. 1830 erschien sein Trauerspiel „Der letzte Held von Marienburg“, in dem er das Schicksal von Heinrich von Plauen schildert, dem letzten Hochmeister des deutschen Ritterordens, der diesen gegen die Polen verteidigte, dann aber durch Intrigen seines Amtes enthoben und wegen Hochverrats angeklagt wurde. *tws*

Nur 30 Jahre nach Koestler

Die *PAZ* ist ihrer Zeit manchmal um zehn Jahre voraus. In der Ausgabe Nr. 9 brachten wir über Arthur Koestler einen Artikel, der eigentlich erst im Jahr 2023 hätte erscheinen sollen. Wir gedachten des 40. Todestags des Autors. Da er am 3. März 1983 gestorben ist, ist es in diesem Jahr natürlich erst 30 Jahre her. *PAZ*

Biss zum Abwinken

»Hai-Alarm am Müggelsee« – Leander Haußmanns (»Sonnenallee«) Satirefilm über Berliner Kommunalpolitik kommt in die Kinos

Auch wenn im Schwielowsee vor ein paar Jahren ein Krokodil gesichtet und aus dem Schlachtensee schon ein großer Wels gezogen wurde, dürfte der „Hai-Alarm am Müggelsee“ eher Freude auslösen. Denn der Film, der ein „Alarm“-Genre einläuten soll und der am 14. März in die Kinos kommt, stammt aus den Händen von Sven Regener und Leander Haußmann. Ihre betont billig angelegte Satire auf staubige Kleinkommunalpolitik beginnt recht trocken.

„Wat is denn ditte?“, wundert sich der Bademeister (Michael Gwisdek). Die rechte Hand, die er gerade in den Müggelsee steckte, ist ab. Seine Umgebung reagiert weniger entspannt. Offenbar kursiert eine Bestie im Binnengewässer. Der Bürgermeister (Henry Hübchen) beruft eine Sitzung nach der anderen ein. Endlose Debatten sollen den Vorfall „städtemarketingtechnisch“ angehen. Zunächst verschweigt man die Gefahr und versucht, die Strandgäste „positiv“ von Baden abzuhalten, etwa mit Freibier. Dem niedlichen Treiben bereiten ein Hai-Experte (Uwe Dag Berlin) und ein Immobilien-Snob (Benno Fürmann) den Garaus. Auch der Bürgermeister erkennt, dass Angst und Panik seine Wiederwahl sichern und ruft den „Hai-Alarm“ aus. „Wutbürger“ formieren sich zu Einheiten, der Ort rückt in den Medienfokus. Der Hai steht Friedrichshagen so gut, dass auch der Ortsteil Wannsee einen Hai-Alarm für sich ausruft. Das lassen die Friedrichshagener natürlich nicht zu.



Aufgebrachte „Wutbürger“: Demonstration für mehr Haifisch Bild: xVerleih

In ihrer ersten gemeinsamen Regiearbeit spielen Haußmann sowie Musiker und Autor Regener („Herr Lehmann“) alles durch, was ihnen Spaß bereitet. Sie treten nicht nur in Nebenrollen als städtische Taucher, Polizisten, Punker oder Pantomimen auf, sie liefern auch die musikalische Untermalung, Haußmann auf der Mundharmonika, Regener auf der Gitarre. Die Schwimmer im Strandbad formieren sie zum Tanztheater und auf der Pressekonferenz muss der Bürgermeister Lieder einstudieren. Auch die Requisiten unterstreichen das freie Improvisieren. Eine Zimmerpalme auf einem Floß steht für Hawaii, eine grüne Kinderzeichnung für die Green Card, Wasser aus dem Eimer für eine Riesenwelle. Das alles würde auch gut auf eine Bühne passen und hätte dort wohl mehr Wucht entwickelt.

Der routinierte Klamauk droht auf der Leinwand behäbig zu werden. Teilweise agieren die Darsteller so hölzern und künstlich wie Synchronsprecher. Ihr Kasperletheater wirkt auf Dauer etwas vermottet. Billy Wilder sagte einmal über Komödien, auch sie benötigten ein ernstes Ausgangsmotiv um zu funktionieren. Eine echte Bedrohung existiert weniger durch den Hai als durch ergebnislose Diskussionen. Die abgebissene Hand des Bademeisters wächst sogar nach. Überraschend wirkt bald nichts mehr.

Dennoch überträgt sich die Spielfreude des Teams auf die Zuschauer. Henry Hübchen spielt seine Rolle in allen verrückten Facetten wunderbar. Vor 30 Jahren wurde er auf diesem Gewässer mehrmals Surfmeister der DDR. Jetzt paddelt er einmal mit dem Brett auf den See hinaus. Hübchen verzichtete, wie auch Michael Gwisdek und Tom Schilling, auf sein Honorar. Befragt zu den Erfolgsaussichten des Films äußerte er: „Ich brauche keinen Erfolg, weil ich ja nix gekostet habe. Das ist mir schnurzpiep.“

Auch Lindenopern-Intendant Jürgen Flimm, der mit Volksbühnen-Intendant Frank Castorf in jeweiligen Gastrollen das Geschehen in einem griechischen Restaurant kommentiert, sieht das Ganze gelassen: „So eine Art von Unterhaltung gefällt mir. Man sieht ja, was für zwei Granaten das sind.“ Eine der zwei Granaten, Leander Haußmann, erlebte trotz seiner wilden Regie-Einfälle noch eine Überraschung. In einer improvisierten, von einer Fahrrad-Rickscha aus gedrehten Einstellung rennt Hübchen mit seinen Beratern quer durch Friedrichshagen und klaut nebenbei Restaurantgästen das Brot vom Tisch. Niemand protestierte. „Kein Mensch interessiert sich mehr für die Filmaufnahmen überall. Offenbar gehören sie jetzt zum Stadtleben.“ *Dorothee Tackmann*

Drei Fragen an Sven Regener

PAZ: *War Steven Spielbergs Film „Der Weiße Hai“ für Sie eine Inspiration?*

Sven Regener: Diesen Film fand ich schon immer toll. Friedrichshagen ist Santa Monica mit anderen Mitteln. Wir haben das Entsetzen auf eine kommunalpolitische Ebene gehoben. Wenn das gut läuft, machen wir natürlich Teil Zwei und Drei.

PAZ: *In einer der Kommunalsitzungen wird eine Kamera mit Axt, Säge und Schweißbrenner attackiert. Warum?*

Regener: Als wir die erste Aufnahme dieser Szene im Team vorführten, fragten die: Was soll der Mist? Daraufhin haben wir die Szene noch mehr ausgebaut, als reine Provokation. Interessant war, dass sich keiner aufregte, als die Gitarre ins Lagerfeuer flog. Das ist so deutsch!

PAZ: *Bereitete Ihnen der Regie-Dilettantismus Freude?*

Regener: Der Trash-Faktor war Absicht. Am einfachsten war die Regieführung in Polizeiuniform. Schwieriger war es im Tauchanzug. Man steht dann im Wurstwasser.

Wer zieht den Schwarzen Peter?

Vier Jahre nach dem Einsturz des Stadtarchivs in Köln harrt die Schuldfrage noch immer der Klärung

Am 3. März 2009, um 13.58 Uhr, stürzte das Archiv der Stadt Köln in der Severinstraße ein. Wenn auch die Frage der Schuld noch ungeklärt ist, so weiß man vier Jahre nach dem Unglück doch wenigstens Näheres über die Größe des angerichteten Schadens und die Höhe der verursachten Kosten.

Das größte Kommunalarchiv Deutschlands mit unschätzbar wertvollem Archivgut ging im wahrsten Sinne des Wortes „den Bach hinunter“, verschwand im Grundwasser eines riesigen Kraterlochs. Wertvolle Dokumente aus über 1000 Jahren Stadtgeschichte, unter anderem Urkunden, Siegel, Noten und Privatarchive, lagen zwischen Gebäudeschutt bis in einer Tiefe von rund 30 Metern. Was nicht versank ragte als Schuttberg acht Meter in die Höhe.

Um aus der Tiefe zu retten, was noch zu retten war, wurde eine „Bergungsbaugrube“ für 13 Millionen Euro errichtet. Taucher der Feuerwehr und andere Spezialkräfte holten bis August 2011 Archivreste aus der Tiefe. Nach zweieinhalb Jahren erklärte die Stadt Köln dann die Bergung offiziell für beendet. Von den verschütteten 30 Regalkilometern konnten rund 95 Prozent geborgen werden. „Die restlichen fünf Prozent“, so Inge Schürmann vom Presseamt der Stadt Köln, „gelten als verloren.“ Vom geretteten Archivgut sind 35 Prozent „schwerst beschädigt“, 50 Prozent weisen schwere und mittlere Schäden auf, 15 Prozent sind leicht beschädigt.

Aber wohin mit den geretteten Archivalien? Wohin mit knapp 29 Regalkilometern Material? Das teilweise durchnässte, zerrissene, verschmutzte und zerbrochene Archivgut wurde bundesweit auf 20 „Asylarchive“, von Schleswig bis Freiburg im Breisgau, verteilt. Dort versuchen nun Restauratoren und andere Fachleute, die Materialien zu identifizieren und wiederherzustellen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Kritiker Reinhard Matz bemerkt bissig: „Das Historische Archiv der Stadt Köln ist auf unbestimmte Zeit nur sehr eingeschränkt zu nutzen. Drei Jahre nach dem Einsturz ist erst zirka ein Prozent aller Bestände wieder einzusehen.“ In der Tat wird sich die Wiederherstellung bis 2040 hinziehen. Die Stadt suchte und sucht immer noch dringend ausgebildete Restauratoren.

Die Mitarbeiter des Stadtarchivs zogen – bis zur Fertigstellung eines Neubaus – in ein nahe gelegenes Gebäude. 2017 soll dann das neue Stadtarchivgebäude in der Nähe der Universität eingeweiht werden. Fast schon beschwörend äußerte sich die Archivdirektorin Bettina Schmidt-Czaia bei der Neubau-Planung: „Wir werden alles tun, um eine weitere Katastrophe zu verhindern. Beim Neubau werden daher keine Kompromisse im Bezug auf Sicherheitsbestimmungen geschlossen.“ Diese Kompromisslosigkeit schlägt sich natürlich in den Kosten für den Neubau nieder: Von rund 100 Millionen Euro ist die Rede.

Ein im Jahr 2010 neu geschaffenes Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum (RDZ) im Stadtteil Köln-Porz erfasst, digitalisiert und archiviert alles aus den „Asylarchiven“ zurückkommende Archivgut.

Inge Schürmann vom Presseamt der Stadt Köln: „Die Kosten für die Restaurierung werden auf 300 bis 400 Millionen Euro geschätzt.“



Wer soll für die Kosten letztlich aufkommen? Baustelle Stadtarchiv Bild: Schmidtke

Die Kosten galoppieren davon: 100 Millionen für das neue Archivgebäude, fast 400 Millionen für die Restaurierung des Archivmaterials, Schadenersatzzahlungen für Betroffene und die „ruhende“ Stadtbahnstrecke verursachen enorme Kosten. Der Einsturz wird mit Sicherheit die Milliardensumme übersteigen. Fast schon „Peanuts“: Das dem Stadtarchiv gegenüberliegende Friedrich-Wilhelm-Gymnasium galt als einsturzgefährdet und musste für rund zweieinhalb Jahre evakuiert werden. Kosten allein der Auslagerung: 2,2 Millionen Euro. Für 26 Millionen Euro wurden die Gebäude des Gymnasiums komplett saniert. Schüler und Lehrer sind mittlerweile in ihre „alte“ Schule zurückgekehrt.

Nach der Bergung der Archivreste begann die Suche nach den Ursachen des Einsturzes. Das Alter des Archivgebäudes – Baujahr 1971 – konnte nicht der Grund sein. Schnell und eindeutig wurde der unter dem Archiv vorangetriebene U-Bahn-Tunnelbau der sogenannten „Nord-Süd-Stadtbahn“ ausgemacht. Diese rund vier Kilometer lange unterirdische Strecke soll die bestehende U-Bahn-Haltestelle Dom/Hauptbahnhof mit den südlichen Kölner Stadtteilen verbinden. Zeitgewinn der U-Bahn gegenüber den derzeit auf der Strecke fahrenden Bussen: acht Minuten.

Aktionskünstler Reinhard Matz: „Für acht Minuten künftiger Zeitersparnis wurden Menschenleben, Nachbarschaften und über tausend Jahre Geschichtsschreibung riskiert, beschädigt und verloren.“

Auch die Kunsthistorikerin und ehemalige Kölner Stadtkonservatorin Hiltrud Kier meint, „dass der Bau dieser U-Bahn-Linie absolut unnötig war und die dadurch in Nord-Süd-Richtung aufgebrochene und unterhöhlte Altstadt von Köln insgesamt schwer beeinträchtigt hat. Dies betrifft insbesondere die wichtigen historischen Bauten: das Rathaus, die Kirchen St. Maria im Kapitol, St. Georg, St. Johann Baptist und St. Severin.“

Das sieht die Pressesprecherin der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) Gudrun Meyer ganz anders: „Die acht Minuten Zeitersparnis waren nicht ausschlaggebend für die beschlossene Streckenführung der Nord-Süd-Stadtbahn. Diese sollte vielmehr eine bereits bestehende, völlig überlastete U-Bahn-Strecke entlasten.“

> Schadenssumme von über einer Milliarde Euro

Die angestrebte Entlastung ist durch den Einsturz des Stadtarchivs allerdings erst mal auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Verschiedene Prognosen gehen zurzeit davon aus, dass die „Nord-Süd-Stadtbahn“ wohl erst zwischen 2018 und 2023 ihre Fahrt aufnehmen kann. Denn zunächst muss die Schuldfrage geklärt werden.

Klar ist, dass bei der Schadensumme von über einer Milliarde Euro keiner der am U-Bahn-Bau Beteiligten den Schwarzen Peter ziehen will. Bauherr (KVB) und Bauunternehmen (Arbeitsgemeinschaft der Bauunternehmen für die Nord-Süd-U-Bahn, Arge) sehen die Schuld für die Katastrophe jeweils beim anderen. Die KVB wirft der Arge Schlamperei beim Bau der unterirdischen Mauern der U-Bahn-Röhre vor. Die Arge hält dem Bauherrn mangelhafte Bauaufsicht vor. Das Kölner Landgericht hat daher einen Gutachter beauftragt, die bis in 40 Meter Tiefe reichenden Wände zu überprüfen. Dafür muss nun ein „Besichtigungsschacht“ errichtet werden. Der mit fünf mal zwölf Metern dimensionierte Bau soll Ende 2013 fertiggestellt sein und 17 Millionen Euro kosten. Das Gutachten ist für frühestens Juli 2014 eingeplant. Erste Terminverzögerungen gab es bei den Bohrungen für die Pfähle des Besichtigungsschachtes. Die Tertiärschicht im Erdreich widerstand dem Bohrer. „Sicheres Bauen und Beweissicherung gehen vor Termineinhaltung“, sagt KVB-Vorstand Jörn Schwarze.

Derweil laufen die Restaurierungsarbeiten auf Hochtouren. Sieben der 20 Asylarchive haben ihre Arbeiten abgeschlossen und das bearbeitete Material dem Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum (RDZ) in Köln-Porz übergeben.

Die Frage welche Archivalien unwiederbringlich verloren gegangen sind, lässt sich derzeit nicht beantworten, meint Claudia Tiggemann-Klein, Sprecherin des Stadt-Archivs. „Erst wenn alle verschütt gegangenen Archivalien erfasst wurden, wissen wir, was fehlt.“

Der 3. März 2009, der Tag, an dem das Stadt-Archiv Köln einstürzte: „Es war der Tag, an dem unsere Stadt ihr kollektives Gedächtnis verloren zu haben schien. Wir erinnern uns daran, wie unsere Stadt in wenigen Minuten ihre eigenen Erinnerungen in Trümmern liegen sah. Wir sind uns alle bewusst, dass dieser Tag eine Katastrophe für unsere kulturelle Identität war, eine Katastrophe, die weit über die Grenzen der Stadt und unseres Bundeslandes hinausreicht“, so Jürgen Roters, Kölns Oberbürgermeister.

Siegfried Schmidtke

Von Briten gelernt

Er gründete den »Bulldog«-Hersteller

In Bayern, der Pfalz, Oberhessen sowie in Teilen Badens und Schwabens wird das Wort „Bulldog“ bis zum heutigen Tage als Synonym für Traktor verwandt. Dabei ist der „Bulldog“ nur einer von vielen Ackerschleppern, machte seinen Hersteller, die Heinrich Lanz AG aber landesweit bekannt. Benannt wurde das mittlerweile im US-amerikanischen Unternehmen Deere & Company, dem Weltmarktführer im Bereich Landtechnik, aufgegangene Unternehmen nach seinem gleichnamigen Gründer.

Der Großvater hatte einen Getreidehandel gegründet, der Vater spezialisierte sich auf den Transport von sowie Handel mit landwirtschaftlichen Gütern. Heinrich Lanz selber blieb Handel und Landwirtschaft grundsätzlich treu, spezialisierte sich jedoch auf die Industrialisierung und die damit einhergehende Technisierung und Automatisierung der Landwirtschaft. Als ein Mann, der vor 175 Jahren, am 9. März 1838, in Friedrichshafen am Bodensee zur Welt kam, war er mit dieser Spezialisierung der rechte Mann zur rechten Zeit, trug er das Seinige zur Industrialisierung Deutschlands auch auf dem Lande bei.

Wie bei so vielen deutschen Industriellen des 19. Jahrhunderts begann seine unternehmerische Tätigkeit mit dem Import und der Reparatur von technischen Produkten – in seinem Falle landwirtschaftlichen Geräten – aus Großbritannien, dem Mutterland der Industrialisierung, bevor als nächster Schritt er selber zum Produzenten derartiger Geräte wurde. 1867 begann die Eigenfertigung mit Futterschneide-, Hand- und Göpeldreschmaschinen. 1870 gliederte er den von ihm geleiteten technischen Teil des Familienunternehmens aus, die Geburtsstunde der Heinrich Lanz AG.

Heinrich Lanz

Schließlich produzierte Heinrich Lanz auch Großgerät, das er anfänglich noch weiterhin von den Briten importiert hatte. Zu seiner Spezialität wurden sogenannte Lokomobile. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert baute weltweit keiner größere dieser Dampfmaschinenanlagen in geschlossener Bauform. Über 3000 Mitarbeiter zählte sein Unternehmen, als Heinrich Lanz am 1. Februar 1905 verschied.

Manuel Ruoff

Adenauer flog mit ihr nach Moskau

Die »Constellation« machte mit ihrer Druckkabine zivile Langstreckenflüge populär

Sie zählen zu den elegantesten Flugzeugen der Luftfahrtgeschichte. Bis heute sind „Constellations“ und „Super Constellations“ aus dem Hause Lockheed Publikumsmagneten auf großen Flugschauen.

Sie sind leicht zu unterscheiden: Die „Super Constellation“ oder „Super Connie“ ist länger als ihre gedrungene ältere Schwester, die „Constellation“. Erkennbar sind beide an den drei senkrechten Leitwerksflossen. Was typisch für die ganze Familie ist, geht auf simplen Pragmatismus zurück. Als die Konstruktion des Flugzeugs begann, gab es keine Hangars, durch deren Tore der neue Airliner mit einer einzelnen, senkrechten Leitwerksflosse gepasst hätte. Also dachten sich die Entwickler den Kniff mit den drei niedrigeren Flossen aus. Erste Studien bei Lockheed gehen auf das Jahr 1938 zurück. Die erste „Constellation“ flog 1943.

Das Flugzeug war 28 Meter lang und hatte eine Spannweite von 37 Metern. Mit vier 2500-PS-Sternmotoren beförderte sie 44 bis 54 Passagiere bis zu 4800 Kilometer weit. Sie war 555 Kilometer schnell – und damit war das von Fliegern und Fluggästen „Connie“ genannte Passagierflugzeug das schnellste seiner Zeit.

Finanziert vom flugbegeisterten Milliardär Howard Hughes, sollte die Lockheed L-049 ursprünglich auf dem Streckennetz von Hughes' Fluglinie Trans World Airlines (TWA) zum Einsatz kommen. 1940 bestellte die Fluglinie ihre ersten Flugzeuge. Aber fürs Erste verhinderte der Zweite Weltkrieg ihren Einsatz. Die „Constellations“ wurden noch in der Fertigung als C-69 zum Militär eingezogen. Die US-amerikanische Luftwaffe hatte eigentlich über 300 Maschinen bestellt, weil die C-69 weitaus bessere Leistungsdaten aufwies als das Konkurrenzmodell der Firma Douglas, die DC-4. Aber während die DC-4 kaum Schwierigkeiten machte, steckte die C-69 voller Kinderkrankheiten. Außerdem benutzte sie den gleichen Motor wie die Vorrang genießende B-29, was das Fertigungstempo zusätzlich verlangsamte. So waren bis Kriegsende im August 1945 nur elf Flugzeuge abgeliefert, und die US-Luftwaffe annullierte die restlichen Bestellungen wenig später.



In den Farben der Lufthansa: „Super Constellation“ Bild: Archiv

Erst nach dem Krieg kamen die „Connies“ in den Liniendienst. Die Leistungsfähigkeit der Maschine hatten Howard Hughes und TWA-Präsident Jack Frye bereits 1944 bewiesen, als sie in einer L-049 in sechs Stunden vom kalifornischen Burbank nach Washington, D.C. flogen. Anfang 1946 startete die erste kommerzielle „Connie“ für Pan American Airlines. Weitere große Fluglinien wie TWA, BOAC und KLM folgten. Für die meisten Passagiere der damaligen Zeit war ein Flug in der L-049 ihr erster Flug in einem Flugzeug mit Druckkabine. Es sollten noch einige Jahre vergehen, bis sich diese Neuerung aus dem Krieg allgemein in der Zivilluftfahrt durchsetzte. Mit neuen Motoren, verbesserten Propellern und Zusatztanks an den Flächenspitzen entstanden erst die L-649, dann die L-749.

Nicht nur die Fluggesellschaften kauften das Flugzeug. Auch die Luftwaffe und die Marine der USA nutzten es als Transporter. Die „Super Constellation“ entstand, indem Lockheed den Rumpf um 5,6 Meter verlängerte und stärkere 3200-PS-Motoren einbaute. Sie flog mit bis zu 77 Passagieren 6486 Kilometer weit. In der Luftfahrt war sie die „Super Connie“. Sie flog erstmals im Juli 1951. Dann folgte die weiter verbesserte „Starliner“. Bis 1958 lieferte Lockheed über 800 Flugzeuge aller Modelle an Airlines und Luftwaffen weltweit.

Aus der Geschichte der Lufthansa sind sie nicht wegzudenken. Mitte 1955 unternahm die traditionsreiche Fluglinie mit vier „Super Connies“ ihre ersten Transatlantikflüge nach dem Krieg. Der erste planmäßige Flug einer DLH-„Super Connie“ überhaupt brachte den damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer zu Verhandlungen nach Moskau. Später flogen acht dieser grazilen Airliner mit dem Kranich am Leitwerk. Eine von ihnen steht heute am Münchner Franz-Joseph-Strauß-Flughafen. Außerdem restauriert die Lufthansa eine in den USA stehende „Starliner“, um sie ähnlich wie die Ju 52 als Traditionsflugzeug zu nutzen.

Friedrich List

Vom Tapferkeitsorden zum Staatssymbol

Vor 200 Jahren stiftete Preußens König Friedrich Wilhelm III. das Eiserne Kreuz – Noch heute Traditionsgut deutscher Streitkräfte

Es ist die wohl bekannteste Kriegsauszeichnung der Weltgeschichte, vielmehr aber ein Symbol der Freiheit und der ritterlichen Pflichterfüllung. Vor 200 Jahren wurde das Eiserne Kreuz als Tapferkeitsauszeichnung gestiftet.



Das Eiserne Kreuz: Karl Friedrich Schinkels Entwurfszeichnung und das Ergebnis Bild: Buchcover

Das Eiserne Kreuz, bis in die heutige Zeit Sinnbild preußisch-deutschen Soldatentums, wurde am 10. März 1813 vom preußischen König Friedrich Wilhelm III. als Kriegsauszeichnung für in den Befreiungskriegen erwiesene Tapferkeit gestiftet. Dieses unter starker persönlicher Beteiligung des Königs entstandene Ehrenzeichen spiegelte in deutlicher Weise den Geist der Befreiungskriege wider. Offizier und Mann gleichermaßen konnten hiermit für hohe Leistungen direkt vom König ausgezeichnet werden. Das Eiserne Kreuz, allgemein mit EK abgekürzt, verzichtete auf jeden materiellen Wert und stellte in edler, schlichter Form aus einfachem Metall ein Symbol ritterlicher Pflichterfüllung dar. Es konnte in zwei Klassen und als Großkreuz erworben werden. Das Letztgenannte wurde als Halsorden getragen und konnte nur für eine gewonnene Schlacht, Wegnahme einer feindlichen Festung oder langanhaltende erfolgreiche Verteidigung einer eigenen Festung verliehen werden. Hinzu kam später noch das Eiserne Kreuz auf einem goldenen Strahlenstern, der insgesamt nur zweimal, 1813 an Generalfeldmarschall Gebhard von Blücher und 1918 an Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, verliehen wurde.

Die künstlerische Ausführung des Eisernen Kreuzes stammt von dem berühmten Baumeister Karl Friedrich Schinkel. Als Symbol des harten und langen Befreiungskampfes und der entbehrungsreichen „eisernen Zeit“, die Preußen damals durchmachte, war die Auszeichnung betont schlicht gehalten. Ihre zweite Klasse besteht aus einem schwarzen Eisenkern, der in einen silbernen Rahmen gefasst ist. Zur Kenntlichmachung der I. Klasse wurde ursprünglich zusätzlich ein Kreuz aus dem Ordensband der II. Klasse auf der Brust getragen, das später durch ein Steckkreuz in der Gestaltung des Kreuzes der zweiten Klasse ersetzt wurde. Dadurch unterschied sich das Eiserne Kreuz deutlich von den aufwendig gestalteten Auszeichnungen der damaligen Zeit. Mit der äußerlichen Anlehnung an das Kreuz des Deutschen Ritterordens wurde symbolisch der Kreuzzuggedanke des Mittelalters auf den Kampf gegen die französische Fremdherrschaft übertragen. Der bedeutendste Unterschied zu anderen Auszeichnungen lag in der Tatsache, dass das Eiserne Kreuz auch von Unteroffizieren und einfachen Soldaten erworben werden konnte, während die übrigen Kriegsauszeichnungen ausschließlich Offizieren vorbehalten blieben. Somit hatte der preußische König eine Auszeichnung gestiftet, die bestehende gesellschaftliche Klassenunterschiede bewusst negierte und zum Ausdruck des Wehrwillens und des Befreiungskampfes des ganzen preußischen Volkes wurde. Während der Befreiungskriege wurden 16 100 EK II. Klasse, 668 EK I. Klasse und fünf Großkreuze verliehen.

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 sowie im Ersten und im Zweiten Weltkrieg wurde das Eiserne Kreuz in der überlieferten Form und Trageweise als Tapferkeitsauszeichnung erneuert, im Zweiten Weltkrieg allerdings – nunmehr als Reichsorden – um die Stufen des Ritterkreuzes erweitert und mit einem Hakenkreuz anstatt der Initialen des Monarchen versehen. Die tiefe symbolische Bedeutung, die das Eiserne Kreuz als Zeichen des Aufstandes gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung im Bewusstsein Preußens erlangt hatte, verbot seine Neustiftung in den lediglich als Kabinettskriege angesehenen Kriegen von 1864 und 1866 gegen Dänemark und Österreich. Denn da keine „erklärte Gefahr für das Vaterland“ vorlag, wurde diesen keine existenzielle Bedeutung beigemessen. Mit seiner Neustiftung 1870 konnte das Eiserne Kreuz erstmals auch an Soldaten der mit Preußen verbündeten deutschen Staaten verliehen werden. Damit schloss es symbolisch das einigende Band um die für die Einheit Deutschlands kämpfenden Staaten. Zugleich symbolisierte seine Neustiftung den nationalen Existenzkampf Deutschlands. Mit 43 242 verliehenen EK II, 1319 EK I und acht Großkreuzen blieb das Eiserne Kreuz eine selten verliehene Tapferkeitsauszeichnung.

Ab 1867 zierte das Eiserne Kreuz nacheinander die Kriegsflaggen des Norddeutschen Bundes, des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und schließlich des „Dritten Reiches“ sowie Standarten, Stander und Feldzeichen. Mit der Einführung von Fahrzeugen und Luftfahrzeugen als Kriegsmittel zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde, analog zur Uniformierung der Soldaten, eine völkerrechtlich verbindliche Kennzeichnung des Großgerätes notwendig und das Eiserne Kreuz als Nationalitätskennzeichen ausgewählt. Diese Tradition wurde auch von der Wehrmacht fortgeführt, die die Form des Kreuzes allerdings geringfügig von einem Tatzenkreuz mit geschwungenen Armen zu einem Balkenkreuz mit geraden Armen abänderte und somit eine einfacher anzufertigende stilisierte Darstellung der ursprünglichen Form bevorzugte.

Im September 1956 bestimmte Bundespräsident Theodor Heuß das Eiserne Kreuz in der ursprünglichen Form als Tatzenkreuz zum Nationalitätskennzeichen für die Land- und Luftfahrzeuge der Bundeswehr. Er entschied sich bewusst für dieses Zeichen als Symbol deutschen Wehrwillens, der soldatischen Ehre und des Freiheitskampfes. Im Laufe der Jahre ist es zum Kennzeichen der Bundeswehr schlechthin geworden, das intern wie auch in der Außendarstellung vielfältige Verwendung findet.

Die von der marxistisch-leninistischen Ideologie geprägte Geschichtswissenschaft in der DDR erkannte den positiven Charakter des Kreuzes nur für die Zeit der Befreiungskriege an, für die sie es als Symbol der Volkserhebung gegen die Fremdherrschaft ansah. Im Licht der marxistischen Geschichtsinterpretation wurde es jedoch mit seiner ersten Erneuerung 1870 zum Zeichen der Unehre und Unterdrückung und in den beiden Weltkriegen zum Symbol für bösartigen Militarismus und brutal geführte Eroberungskriege. Diese Wertung ist allerdings ungerechtfertigt, denn das Eiserne Kreuz ist, trotz gelegentlichen Missbrauchs, kein politisches, sondern stets ein rein militärisches Symbol geblieben. Es wurde zu keiner Zeit für politische Leistungen oder für in der Etappe oder der Heimat erwiesene Kriegsverdienste, sondern, von einigen in der Anzahl verschwindend geringen Ausnahmen abgesehen, ausschließlich für vor dem Feind erwiesene Tapferkeit verliehen. Es hat daher nie seine Bedeutung als die klassische deutsche Frontauszeichnung verloren. Daran konnte auch die Verleihungspraxis in den beiden Weltkriegen, die geradezu inflationäre Züge annahm und zu einer millionenfachen Verleihung führte (im Ersten Weltkrieg 5,2 Millionen EK II und 218 000 EK I, im Zweiten Weltkrieg 2,3 Millionen EK II und 300 000 EK I), nichts ändern.

Die politischen Vorzeichen, unter denen die jeweiligen Kriege geführt wurden, können bei objektiver Betrachtung den Wert des Eisernen Kreuzes als achtenswerte Tapferkeitsauszeichnung nicht schmälern. Aus diesem Grunde ist das Tragen des Eisernen Kreuzes nach den Bestimmungen des Ordensgesetzes von 1956 ohne nationalsozialistische Kennzeichen erlaubt. Dies soll verdeutlichen, dass die Auszeichnung für soldatische Verdienste um das Vaterland, nicht jedoch um ein Regime verliehen wurde. Auch wenn heute kein Träger des Eisernen Kreuzes mehr in der Bundeswehr dient, begegnet es den Soldaten noch täglich. *Jan Heitmann*

Ausstellung mit Begleitband

Das Wehrgeschichtliche Museum Rastatt widmet dem Eisernen Kreuz eine Ausstellung, zu der ein äußerst aufwendig gestalteter Begleitband erschienen ist. Darin schildert der Historiker und Journalist Guntram Schulze-Wegener die Geschichte des Ordens und die Entwicklung seiner verschiedenen Formen, Ausführungen, Herstellungsverfahren und der Verleihungspraxis. Zugleich geht er auf die Verwendung des Eisernen Kreuzes als Symbol deutscher Wehrhaftigkeit und patriotischer Gesinnung ein, die zu seiner Verwendung auf Standarten, Fahnen, Schmuckteilen und Gebrauchsgegenständen sowie in der Erinnerungs- und Gedenkkultur führte. Beleuchtet wird auch seine Rolle in der Bundeswehr und insbesondere in deren Traditionspflege. Die Schilderung der historischen Zusammenhänge in den einzelnen Verleihungsepochen und die Einordnung des Eisernen Kreuzes in den jeweiligen historischen Kontext runden die ordensgeschichtliche Darstellung ab. Der Band ist reich und durchgehend farbig illustriert, was die informative Lektüre auch optisch zu einem Vergnügen macht. *J.H.*

Guntram Schulze-Wegener: „Das Eiserne Kreuz in der deutschen Geschichte“, Ares Verlag, 174 Seiten, 29,90 Euro

Tapfer und ritterlich

Vor 90 Jahren starb der »Emden«-Kommandant

Nur zwei Monate Kreuzerkrieg machten einen Offizier der Kaiserlichen Marine vor knapp 100 Jahren so berühmt, dass ihm und seinem Schiff sogar in unseren Tagen noch ein Kinofilm gewidmet wird. Im In- und Ausland als tapferer und ritterlicher Soldat verehrt, starb Karl von Müller, legendärer Kommandant des Kleinen Kreuzers „Emden“, vor 90 Jahren in Braunschweig. Der Sohn eines Offiziers, am 16. Juni 1873 in Hannover geboren, absolvierte die preußische Hauptkadettenanstalt Lichterfelde und trat 1891 in die Marine ein. Im Mai 1913 wurde er Kommandant der „Emden“, die zum Ostasiengeschwader gehörte. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte er Handelskrieg im Indischen Ozean. Innerhalb von zwei Monaten brachte er 23 Schiffe auf und versenkte einen russischen Kreuzer sowie ein französisches Torpedoboot, wobei kaum Menschen zu Schaden kamen, was ihm bei Freund und Feind hohe Anerkennung einbrachte. Erst am 9. November 1914 zog er im Gefecht mit dem australischen Kreuzer „Sydney“ den Kürzeren, wobei von Müller mit dem größten Teil seiner Besatzung in Gefangenschaft geriet.

Fregattenkapitän von Müller verbrachte fast den ganzen Krieg in britischer Kriegsgefangenschaft in Singapur, dann auf Malta und in England, von wo er in Internierung nach Holland kam. Mitte 1918 repatriiert, wurde er zum Kapitän zur See befördert, dekoriert und vielfach geehrt. Doch noch größer war die seltene Ehre, zum Familiennamen den vererbbaren Zusatz „-Emden“ führen zu dürfen, wozu alle Überlebenden des Schiffes berechtigt waren. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs nahm er Anfang 1919 seinen Abschied. Später gehörte er für die Deutschnationale Volkspartei dem Braunschweigischen Landtag an. Durch und durch pflichtbewusst, nahm er im Februar 1923 trotz einer fiebrigen Erkältung an einer Landtagssitzung teil, wodurch sich sein Zustand bedrohlich verschlechterte. Am 11. März erlag er einer Lungen- und Rippenfellentzündung. *J.H.*

Pionier des Genossenschaftswesens

Preußens Bürgermeister Friedrich Wilhelm Raiffeisen setzte auf gesellschaftliche Selbsthilfe

Friedrich Wilhelm Raiffeisen erlangte die größte Bekanntheit als Namensgeber der Raiffeisen-Bankengruppe. Diese basiert auf einer Idee der Selbsthilfe, die Raiffeisen gegen die Verarmung der Bauern einsetzte. Im März dieses Jahres gibt es gleich zwei Tage, an denen man Friedrich Wilhelm Raiffeisen gedenkt. Am 11. März ist sein 125. Todestag, am 30. März sein 195. Geburtstag. Doch auch wenn der Tag seines Todes kommenden Montag bereits eineinviertel Jahrhunderte zurückliegt, ist sein Werk bis heute unvergessen.

Im Jahre 1818 wurde Raiffeisen in Hamm an der Sieg, Kreis Altenkirchen, Regierungsbezirk Coblenz als siebtes von neun Kindern des Landesbürgermeisters Gottfried Friedrich Raiffeisen und seiner Ehefrau Amalie Lanzendörfer geboren. Nach einer Offizierslaufbahn in der preußischen Armee, die er nach acht Jahren wegen eines Augenleidens beenden musste, wurde Raiffeisen erst Kreissekretär in Mayen und 1845 Bürgermeister von Weyerbusch.

Im Winter 1846/47, der nach Missernten eine Hungersnot mit sich zog, gründete Raiffeisen den „Verein für Selbstbeschaffung von Brot und Früchten“, kurz „Brotverein“, und schuf somit die Idee der Genossenschaften. Arme und wohlhabende Bürger wurden gleichermaßen aufgefordert, der Verbindung zur gemeinschaftlichen Selbsthilfe beizutreten. Doch sorgte Raiffeisen, der ab 1848 Bürgermeister von Flammersfeld mit seinen 33 Ortschaften war, nicht nur für die Deckung der Grundbedürfnisse des Volkes, sondern setzte sich auch für den Bau einer großen Verbindungsstraße ein, die heute Teil der B 256 ist. Außerdem sorgte er für die Errichtung von Bildungsstätten. Da Raiffeisen durch seine Werke als Wohltäter bekannt war, erfreute er sich einer breiten Beliebtheit.

Bild: Archiv

Friedrich Wilhelm Raiffeisen

Mit der Gründung des „Flammersfelder Hülfsvereins zur Unterstützung unbemittelter Landwirte“ und des „Heddesdorfer Darlehnskassen-Vereins“ ging er einen Schritt weiter im Ausbau der Genossenschaften. Nun wurde den Landwirten nicht nur mit Nahrungsmittelkrediten, sondern auch mit günstig verliehenem Geld und der Errichtung von Sparkonten ausgeholfen.

Da sich sein Augenleiden mit den Jahren verschlimmerte, wurde Raiffeisen mit 47 Jahren pensioniert. Im Ruhestand plante er noch den Aufbau einer Versicherung nach seinem Genossenschaftsprinzip, dessen Erfolg er jedoch nicht mehr erleben sollte.

Sein Buch „die Darlehnskassenvereine“ enthält Gedanken, Erfahrungen und Konzepte zum Aufbau von Genossenschaften, auf denen heutige Genossenschaften basieren. In Gedenken an den Erfinder der organisierten gemeinschaftlichen Selbsthilfe ist Friedrich Wilhelm Raiffeisen der Namensgeber des Bankstellennetzes „Raiffeisen-Bankengruppe“. Nicht nur der Name, sondern vor allen Dingen die Idee der Selbstverwaltung und des Gemeinwohls wurden übernommen, indem die Kunden gleichzeitig die Mitunternehmer der Raiffeisen-Bankengruppe sind. *Melinda Heitmann*

Russland schiebt wieder den Riegel vor

Zu: „Russland hat seine Archive geöffnet“ (Nr. 6)

Seit 1997 versuche ich, aktiv das Schicksal eines Familienmitgliedes aufzuklären, über welches nur eine einzige Information des Roten Kreuzes aus den 80er Jahren vorlag: „1946 in Russland verstorben“.

Im erwähnten Jahr 1997 habe ich mich in dieser Absicht auch an den in Ihrem Beitrag aufgeführten Verein „Liga für Russisch-Deutsche Freundschaft“ gewandt. Nach einer Bearbeitungsgebühr von 40 D-Mark war der Suchantrag schnell ausgefüllt und abgeschickt. Nach zwei Monaten erfolgte die Mitteilung, dass die Sucharbeit Erfolg hatte und eine mehrseitige Archivakte gefunden sei. Für die Übersendung einer Kopie dieser Archivakte war eine Bearbeitungsgebühr von 590 D-Mark zu entrichten. Nachdem das Geld von mir überwiesen wurde, erfolgte die Übersendung der Kopie nach drei Monaten. Mithilfe dieser ersten Informationen versuche ich nun seit mittlerweile 15 Jahren, das Schicksal des Familienmitgliedes aufzuklären und die genaue Grablage herauszufinden.

In den 15 Jahren habe ich zu diesem Zweck alle Behörden in Deutschland und Russland, welche dafür infrage kommen, angeschrieben, um nähere Informationen über den Lagerkomplex Narva 7393 in Estland zu erhalten. Leider erhielt ich außer einigen allgemeinen Informationen keinerlei weiterführende Hinweise.

Ich habe nun versucht, auf privatem Wege an nähere Informationen über den Lagerkomplex Narva zu gelangen. Ich habe ehemalige Insassen des Lagerkomplexes ausfindig machen können, aber keiner konnte mir mitteilen, wo die zahlreichen Toten hingeschafft wurden. Ein Lager des Komplexes wurde von den Insassen als Todeslager bezeichnet.

Im Zuge meiner Nachforschungen habe ich Reisen nach Narva in Estland sowie nach Iwangorod und Kinkissepp in Russland unternommen, um vor Ort Informationen sammeln zu können. Der Stadtverwaltung in Narva war die Existenz eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers bis dato völlig unbekannt. Von einer von mir mitgebrachten Skizze eines Teils des Lagerkomplexes, welche ein ehemaliger Insasse angefertigt hatte, wurde vom Tourismusbüro eine Kopie für seine Unterlagen angefertigt. In den von mir aufgesuchten Orten in Estland und Russland waren bei den heutigen Einwohnern keinerlei Informationen über ehemalige Lager, geschweige denn über Grabstätten, vorhanden. Und dies soll wohl auch so bleiben.

Die Aussage in Ihrer Überschrift „Russland hat seine Archive geöffnet“ deckt sich nicht mit meinen Erfahrungen, welche ich in den letzten Jahren gemacht habe. Die Öffnung der Archive, welche durch Gorbatschow erst möglich gemacht und die von Präsident Jelzin weitergeführt wurde, ist nach meinen Erfahrungen vorbei. Es war mir in den vergangenen Jahren trotz intensiver Bemühungen bei den Behörden nicht gelungen, an Unterlagen zu gelangen, welche einen tiefen Einblick in das Lagerleben und die Lage der Grabstätten geben. Mir ist bekannt, dass Unterlagen existieren, diese werden aber verleugnet, Anfragen laufen ins Leere. Dass persönliche Gegenstände aus den Archiven den Familienmitgliedern übergeben worden sind, so wie Sie schreiben, kann ich leider auch nicht bestätigen.

Dies wie auch Ihre Aussage zum „freundschaftlichen Miteinander bei der Zusammenarbeit“ mag eventuell für prestigeträchtige Einzelprojekte, Stichwort Wolgograd, zutreffend sein. Von einer vergleichbaren Archivnutzung zum Thema, wie dies zum Beispiel Ausländern hier in Deutschland möglich ist, kann überhaupt keine Rede sein. **Timo Ech, Braunschweig**

FDP geht unter

Zu: „Ist die FDP noch notwendig?“ (Nr. 7)

Wilhelm von Gottberg hat beleuchtet und alles gefunden, was der FDP während dieser Wahlperiode geschadet hat. Allerdings führt ein Vergleich mit der Amtszeit der Großen Koalition zu einer auffälligen Parallele: dem Endzustand der SPD. Frau Merkel braucht nur wenige Wochen, einen Koalitionspartner völlig an den Rand zu drängen, um ihn danach völlig abgewirtschaftet in den Wahlkampf zu entlassen.

Dennoch hat die FDP, die wir mehr denn je benötigen, gleich zwei Möglichkeiten. Das Schlimme ist nur: Sie sieht sie nicht. Durch diese Tür zieht die Frage, ob wir die FDP brauchen, leider wieder ein. Warum sucht die FDP ihre Wähler nicht unter den 40 Prozent der Nicht-Wähler, diesem riesigen Reservoir, nach dem niemand fragt? Warum revitalisiert sich die FDP nicht aus ihrer eigenen Geistesgeschichte? Lässt sie sich lieber von der Hydra der „correctness“ in den Untergang ziehen? Es ist zu befürchten. **Gudrun Schlüter, Münster**

Der Bürger-Chip

Zu: „Die Rache der ‚Bilderberger‘“ (Nr. 6)

In Planung ist auch die komplett bargeldlose Zahlung nach der nächsten Finanzkrise. Vermutlich wird es noch in diesem Jahr der Fall sein: Die EU-Pleite!

Es wird dann ein Chip in der Hand oder an der Kopfhaut implantiert, auf der alle persönlichen Daten wie Konto, Krankenkasse und so weiter gespeichert sind. Es wird noch nicht mal möglich sein, eine Busfahrkarte ohne Chip zu kaufen. Es wird uns Bürgern als das Nonplusultra verkauft, da angeblich damit die Schwarzarbeit und auch die Schwarzkonten vermieden werden.

Rainer Brüderle hat sich ganz einfach mit den Falschen angelegt, mit den „Bilderbergern“, der Elite des Geldes. **Christine Licht, Hamburg**

Hinter Stacheldraht: Russisches Archivmaterial über Kriegsgefangene erlitt ein ähnliches Schicksal wie die deutschen Häftlinge. Alles und jeder wurde bis zuletzt unter Verschluss gehalten Bild: pa

Möderischer Dank

Zu: „Das Malmö-Desaster“ (Nr. 5)

Vor vielen, vielen Jahren, da lebten am baltischen Meer fleißige und tolerante Menschen. Sie betrieben Ackerbau und Viehzucht, waren Jäger und Fischer, betrieben Handel bis in den Orient.

Gastfreundlich waren diese Menschen, und weil es in diesem Land etwas besonders Wertvolles gab, den Bernstein, kamen auch zu ihnen Menschen unterschiedlichster Nationen. Man war diesen Gästen gegenüber freundlich und tolerant. Ein jeder konnte seiner Religion nachgehen, sogar eigene heilige Orte errichten.

Weil sie eine fremde Religion aber nicht annehmen mochten, wurde sie als „Dank“ für ihre Toleranz und Freundlichkeit von den Gästen erschlagen. Geschichte wiederholt sich. **Joachim Krüger, Berlin**

Scharfer Text

Zu: „Bemerkenswert dämlich“ (Nr. 8)

Danke für den sehr guten Artikel. Ich konnte mich zwischen Staunen, Fluchen und Schmunzeln nicht entscheiden, welches abwechselnd erfolgte. Genau so sollte ein Artikel geschrieben sein: informativ, sarkastisch, treffend auf den Punkt gebracht, genau und scharf wie eine Peperoni. Danke! **Daniel Brandt, Hamburg**

Unterm Halbmond

Zu: „Kreml bekämpft illegale Migration“ (Nr. 8)

Da sind die Russen aber selbst schuld. Anstatt die Wolgarepublik wieder herzustellen beziehungsweise Nord-Ostpreußen für deutsche Rücksiedlung freizugeben, werden weite Teile Russlands wieder reislamisiert.

Russland müsste die Grenzen für Deutsche und Westeuropäer öffnen, ganz egal, was die Bundesrepublik Deutschland oder die EU dazu sagen. Auch in Russland wird es erst wieder Fortschritt geben, wenn die oligarchistische Herrschaft verschwunden ist. Bis dahin kann es aber bereits zu spät und es zu einem Abfall Kasans beziehungsweise Sibiriens gekommen sein. **Jörn Gebert, Frankfurt/Main**

Die Meister der Falschheit

Zu: „Blattschuss“ (Nr. 6)

Die Bevölkerung muss sich endlich einmal damit abfinden, dass bei Politikern andere Maßstäbe anzulegen sind, was unter anderem Ehrgefühl, Moralempfinden, Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit betrifft. Das ist aber nicht neu! Der Philosoph Nicola Machiavelli hat schon im 16. Jahrhundert gelehrt, wie man es zu einem erfolgreichen Politiker bringt: „In der Verstellung und Falschheit muss er ein Meister sein.“

Die Wissenden hierzulande wissen das auch, denn sonst hätte eine Umfrage des Hamburger „Gewis“-Befragungs-Instituts nicht folgendes ergeben: Etwa 89 Prozent der Deutschen halten Ihre Volksvertreter für Lügner! Danach kamen selbst die vielgeschmähten Gebrauchtwagenhändler mit einem Vertrauenswert von 47 Prozent besser weg. Und die Zeitschrift „Readers Digest“ teilte mit, dass Feuerwehrleuten, Krankenschwestern und Piloten nach einer Umfrage von den Deutschen das meiste Vertrauen entgegengebracht wird. Wohingegen auf den letzten Plätzen Gewerkschaftler, Finanzberater und Politiker landen. Bei diesen Gruppen sollte man die Beurteilungslatte nicht zu hoch legen.

Selbst In Amerika gilt der Spruch: „Woran erkennt man, dass ein Politiker lügt?“ Antwort: „Er sagt etwas.“ Sollte ein Politik-Anfänger sich als integrer Mensch „outen“, dann kommt er nicht weit. Er bleibt von den „höheren Weihen“ ausgeschlossen und verbleibt als braver Grabenkämpfer und Blitzableiter für die Institution förderhin erhalten. Abgesehen von den vorerwähnten Eignungskriterien, beziehungsweise Amtsunfähigkeitsbeweisen, möchte ich noch einmal die festgelegten Aufgaben des deutschen Bundestages kurz erwähnen. „Die wichtigste Aufgabe des Deutschen Bundestages ist es, den Willen der Wähler nicht nur zu vertreten, sondern nach parlamentarischen Möglichkeiten auch nach innen und außen zu repräsentieren.“

Übrigens: Kennt jemand einen Politiker, der diese Aufgaben zufriedenstellend erfüllt und nicht die Ansicht eines Abgeordneten teilt? Dieter Wiefelspütz (SPD) weiß, was das Volk von den Politikern unterscheidet: „Das Volk kann sich irren.“ **Bert Jordan, Landstuhl**

Neue Sozialjobs

Zu: „Städte flehen um Hilfe“ (Nr. 8)

Die Sozialindustrie führt schon wahre Freudentänze auf. Da müssen doch wieder ein paar Millionen unkündbare Jobs drin sein. Eine neue Integrationswelle, mit Formularen in zig neuen Fremd- und insbesondere Zeichensprachen müssen entworfen werden. Riesige Heere von beamteten Schleusern und Anwälten müssen diesen Menschen erklären, wie sie ihre „Ansprüche“ durchsetzen können.

Ein echter „Jobmotor“ ist somit im Entstehen. Damit ist mindestens so viel Geld zu verdienen wie mit dem Ökologismus und seinen Windmühlchen. **Mathias Dumke, Wedel**

Erlaubtes Plagiat

Zu: „Jungbündnis marschiert!“ (Nr. 7)

Lieber Herr Heckel, Sie plagiieren Woche für Woche mit Ihren Rückblicken meine Gedanken – nur können Sie diese wesentlich eleganter zu Papier beziehungsweise in die Tasten bringen, als es mir je gelänge. Aber nun bitte nicht zurücktreten, sondern eifrig weiterschreiben, der Titel des besten Kommentators ist Ihnen sicher! **Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg**

Er gehe in Frieden

Zu: „Halt und Linie gegeben“ (Nr. 7)

Kardinal Joseph Ratzinger gehe in Frieden. Benedikt der XVI. war seine Berufung nicht. Dennoch hat er seine Pflicht erfüllt. Seiner geliebten bayerischen Heimat darf er sich nun im Ruhestand wohl eher verbunden fühlen. **Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg**

Amtshaftung ade?

Zu: „Bemerkenswert dämlich“ (Nr. 8)

Wie ich hörte, soll der Präsident eines Landgerichts in den (Vor-)Ruhestand gegangen sein, als er „von ganz oben“ angewiesen wurde, auf die Richterschaft derart einzuwirken, dass multikulturelle Täter lediglich am unteren Rand des Strafmaßes zu verurteilen sind. Also Verwarnung, Bewährung statt richtigem Knast!

Zum Gang vor das Arbeitsgericht fehlte dem Mann leider der Mut, wohl wegen seiner zukünftigen Besoldung im Ruhestand ohne Abstriche. Die Gewerkschaften sollten ihre Mitglieder im Öffentlichen Dienst darüber aufklären, dass sie persönlich für ihr Tun und Lassen regresspflichtig sind, weil die Amtshaftung in dieser Staatssimulation schon lange aufgehoben wurde. Was die meisten aber nicht wissen. **Hans Riedel, Hamburg**

Die Öko-Schlinge zieht sich immer enger zu

Zu „Blattschuss“ (Nr. 6)

Bei seiner Jagd nach politischen Missständen und sich anbahnenden Skandalen hat Hans Heckel wieder einmal einen Volltreffer gelandet. Es zeigt sich immer deutlicher, welch verheerende Folgen die Devise „Umwertung aller Werte“ der 68er Sozialrevolutionäre zeitigt. Zuerst wurden alle Werte auf einen Wert, das Geld, reduziert. Doch auch dieser Wert wurde hemmungslos entwertet und ist heute praktisch nichts mehr wert.

Dennoch ist die Gier nach Geld sättigungslos, wie der Griff nach dem „Wasser“ zeigt. Unter dem Deckmantel „Privatisierung“ geht es bei dem EU-Vorstoß in Wahrheit um das Ausbeutungsrecht am Grundrecht „Leben“. Alles Leben ist essenziell auf Wasser angewiesen. Wasser ist daher unverzichtbar. Dies gilt auch für das Molekül Kohlenstoffdioxid (CO_2), ohne das es keine Photosynthese gäbe. Es würden keine grünen Pflanzen wachsen und keine Nahrung für Tier und Mensch geben. Die Erde wäre wieder öd und leer. Mit dem CO_2 wäre dann auch der Störfaktor Mensch beseitigt.

Ist schon die öffentliche Wasserversorgung ein kostspieliger Faktor, weil über das Gut Wasser sich aufblähende Verwaltungsapparate finanziell unterhalten werden, so wären globale „Konzerne“ noch weitaus ausbeuterischer, nach anfänglich lockenden Preisnachlässen.

Wächst hier kein bürgerlicher Widerstand, dann folgt der nächste Schritt. Nach dem Kampf um das Wasser folgt der Kampf um die Luft. Sie glauben mir nicht? Hier der Beweis: In einem Artikel in den Auslandsinformationen 4/11 der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) „Von der Klimaökonomie zur Green Economy“ schreibt Christian Hübner als KAS-Umwelt-Experte: „Aus Sicht der Ökonomie ist der Klimawandel auch ein Problem nicht geklärter Eigentumsrechte an der Atmosphäre.“ Das soll wohl heißen, dass der „Klimawandel“ dann gestoppt werden kann, wenn die Atmosphäre in der Hand von einigen Finanzoligarchen ist und ihrer Kontrolle unterliegt.

Sollte die totale Kommerzialisierung der Luft gelingen, dann sind die bisher geschmiedeten „CO_2-Fußabdrücke“ völlig harmlos. Denn dann müssten wir permanent um bezahlbare Luft kämpfen. Und dann müssten wir nicht nur die angebliche Verschmutzung der Luft beim Ausatmen des CO_2 als „Umweltgift“ teuer bezahlen, obgleich die Pflanzen auf das CO_2 angewiesen sind. Auch das Einatmen wäre kostenpflichtig, denn mit jedem Atemzug entziehen wir der Luft kostbaren Sauerstoff.

So könnte man die Schlinge in einer total vom ökonomischen Denken geprägten Welt langsam immer enger ziehen, um auf diese Weise nicht nur Geld aus dem Nichts zu schöpfen, sondern zugleich die „Bevölkerungsexplosion“ zu stoppen und die Weltbevölkerung auf ein öko-verträgliches Maß zu reduzieren. Und das wäre dann das grün-schwarze Ende der Schöpfung.

Nein, nicht das Klima, nicht das Wasser oder die Luft sind das Problem, das Problem ist der Mensch, der machtgierige und herrschsüchtige Mensch. Das Problem ist die „Politik“, die dies alles begünstigt und umsetzt. Das Problem sind die Politiker, die ihr Eigenwohl über das Wohl des Souveräns, des Volkes, stellen. Wir sind heute wieder in Zeiten, wo Mut und Zivilcourage gefordert sind, wo es gilt, den Anfängen zu wehren. **Wolfgang Thüne, Oppenheim**

Grüne Heuchler

Zu: „Ausbeuterei bei den Grünen“ (Nr. 6)

Das ist typisch für die Grünen. Den Leuten sagen, was sie tun sollen, und selber machen sie das Gegenteil. Rezzo Schlauch lässt grüßen als größter Benzinverschwender mit seinem Oldtimer. **Hans Klement, Melsungen**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt



Nr. 10 – 9. März 2013

MELDUNGEN

Schulschiff statt Fregatte

Königsberg – Auch die russische Kriegsmarine muss sparen. So liegt in der Königsberger Jantar-Werft – früher Schichau – schon seit mehreren Jahren ein Torso. Eigentlich war 1997 beabsichtigt gewesen, den Neubau unter der Bezeichnung „Projekt 12441 Grom“ als Typschiff einer neuen, auf der bewährten „Krivak“-Klasse basierenden Fregattenklasse in Fahrt zu bringen. Allerdings stellte der Staat die Zahlungen und die Werft daraufhin den Weiterbau ein. 2002 gab es erste Überlegungen, den Torso als Schulschiff zu vollenden. Mittlerweile ist durch die Ausmusterung zahlreicher älterer Schulschiffe in der russischen Marine ein akuter Bedarf an neuen Einheiten dieser Schiffsgattung entstanden. Bereits 2014 soll der Neubau deshalb unter dem russischen Traditionsnamen „Borodino“ als Schulschiff auf Fahrt gehen. Zuvor, so hieß es aus Werftkreisen, seien „nur noch letzte Finanzierungsfragen zu klären“. Westliche Beobachter hegen hinsichtlich der pünktlichen Ausführung dieser Pläne Zweifel. *H.L.*

Polen zählen Elche

Allenstein – In zehn Oberförsterei-Bezirken des Raumes südliches Ostpreußen werden die Elche gezählt. Die Zählung im vergangenen Jahr ergab etwa 3000 Tiere. Die meisten wurden mit 30 Exemplaren auf 1000 Hektar in den südlich von Ortelsburg gelegenen Bezirk Myszyniec ausgemacht. *PAZ*

Preußische Herrscher im Königstor

Ausstellung informiert umfangreich über Hohenzollern und Romanows sowie deren Beziehungen

Im kunsthistorischen Zentrum Königstor ist eine Ausstellung mit dem Titel „Was können Könige“ eröffnet worden, die den neun preußischen Königen gewidmet ist. Sie will an den Jahrestag der Wiedererrichtung des Tors am 9. Februar 2005 erinnern. Das Königstor wurde damals zum Symbol für die 750-Jahrfeier der Stadt restauriert, denn hier fanden die Eröffnungsfeierlichkeiten unter Teilnahme zahlreicher gebürtiger Königsberger und Gäste aus aller Welt statt.



Gespannte Zuhörer: Beim „königlichen Spaziergang“ erfuhren die Besucher Einzelheiten über preußische Geschichte *Bild: J.T.*

Die chronologisch aufgebaute Ausstellung „Was können Könige“ wurde von Mitarbeitern des Ozeanmuseums mit Unterstützung durch Heimatforscher vor Ort und Vitalij Maslow, Dozent an der Kant-Universität, zusammengestellt. Schritt für Schritt sollten die Besucher die preußischen Könige kennenlernen, beginnend mit Friedrich I. und mit dem Deutschen Kaiser Wilhelm II. endend. Die Exponate erzählen nicht nur etwas über die Geschichte der preußischen Könige, sondern auch über die komplizierte Beziehung zwischen Russland und Preußen, die von blutigen Kriegen genauso erfüllt ist wie von engen Bündnissen und partnerschaftlichen Beziehungen sowie den Wechselbeziehungen der herrschenden Dynastien der vergangenen 200 Jahre.

In der Atmosphäre eines mittelalterlichen Festes wurden zahlreiche Münzen, Medaillen, Fotografien, Gravuren sowie Porträts der Monarchen und Staatsdiener gezeigt. Über 100 Exponate hatte man aus dem Fundus des Ozeanmuseums hergebracht. Außerdem haben Heimatforscher Gegenstände aus privaten Sammlungen zur Verfügung gestellt. Unter den seltenen Funden befinden sich eine Karte von Preußen aus dem Jahr 1716 wie auch Bücher, in denen Briefe von Königen lagen.

Wer wollte, konnte an einem „königlichen Spaziergang“ teilnehmen, doch davor erwartete ihn ein interaktives Programm. Jeder hatte die Möglichkeit, sich als Kenner der Geschichte seiner Stadt und der Könige zu fühlen. Die Gäste nahmen an einem Wettbewerb teil, bei dem sie Fragen beantworten mussten, teilweise über allgemein bekannte

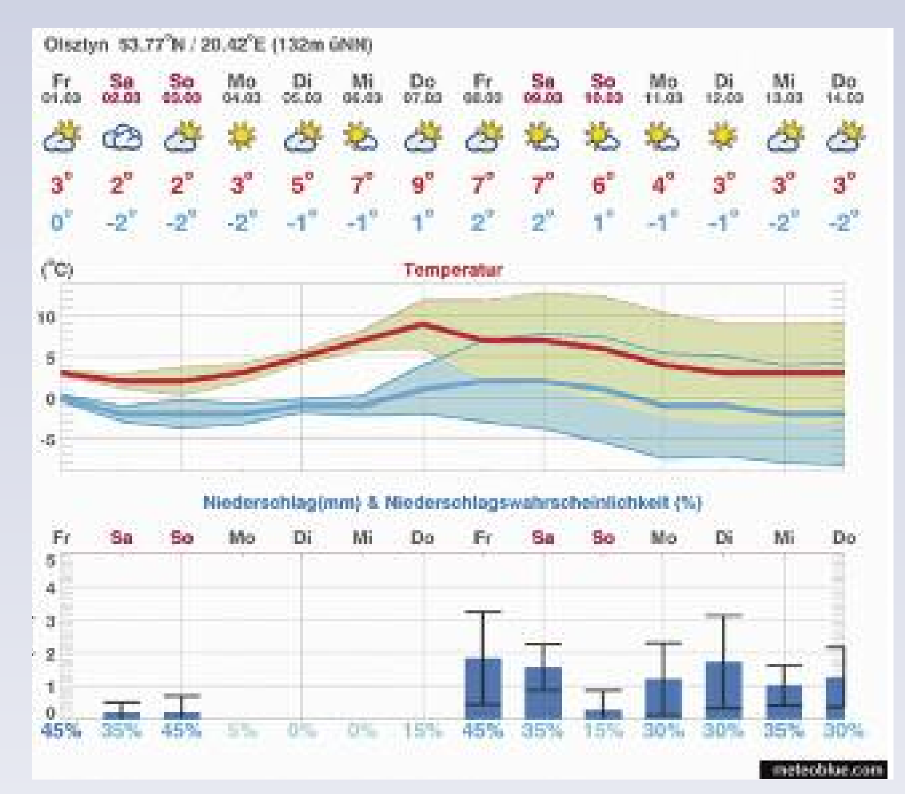
Großes Interesse an historischen Fakten

historische Ereignisse, teilweise aber auch über weniger bekannte Fakten der preußischen Geschichte.

Ursprünglich trug das Tor einen anderen Namen, es war das Gumbinner Tor. Seinen heutigen Namen erhielt es im Jahre 1811. Im Zuge der Befestigung der Stadt wurden die alten Stadttore entfernt und durch neue ersetzt, die bis heute erhalten sind. Ihr Bau war 1850 abgeschlossen. Während des Zweiten Weltkrieges wurden einige von ihnen beschädigt. 1960 wurden die Stadttore inventarisiert und stehen seitdem offiziell als historische Denkmale unter dem besonderen Schutz der Stadt. Aber sie wurden nicht restauriert und begannen allmählich zu verfallen. Die Tore wurden teilweise als Lager, Buchhandlungen oder Cafés genutzt. Erst in den Jahren 2004 und 2005 erhielten die Stadttore ihr altes Aussehen im Zuge umfangreicher Restaurierungsarbeiten zurück. Die Figuren Friedrichs I., Herzog Albrechts und König Ottokars wurden wieder angebracht und erhielten ihre Köpfe zurück. *Jurij Tschernyschew*

Das Wetter in Ostpreußen

Der Frühling naht. Das macht sich auch bei den Wettervorhersagen für die kommende Woche bemerkbar. Die Temperaturen steigen, die Sonne lugt immer öfter hinter den Wolken hervor. Von der Memel bis zur Passarge zeigen sich Sonnenstrahlen, wenn auch die Temperaturen noch winterlich anmuten. Hier die Vorhersage im Einzelnen:



Allenstein: Sonnabend, 9. März, 2 bis 7 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 35 Prozent, Sonntag, 10. März, 1 bis 6 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 15 Prozent, Montag, 11. März, -1 bis 4 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 30 Prozent, Dienstag, 12. März, -1 bis 3 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 35 Prozent, Donnerstag, 14. März, -2 bis 3 Grad Celsius, Regenwahrscheinlichkeit 30 Prozent.

Braunsberg: Sonnabend, 9. März, 2 bis 7 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 30 Prozent, Sonntag, 10. März, 1 bis 6 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 15 Prozent, Montag, 11. März, 0 bis 4 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent, Dienstag, 12. März, -1 bis 3 Grad Celsius, sonnig, Regenwahrscheinlichkeit 35 Prozent, Mittwoch, 13. März, -2 bis 3 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 35 Prozent, Donnerstag, 14. März, -1 bis 4 Grad Celsius, Regenwahrscheinlichkeit 30 Prozent.

Königsberg: Sonnabend, 9. März, -1 bis 5 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 35 Prozent, Sonntag, 10. März, -1 bis 4 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 15 Prozent, Montag, 11. März, -3 bis 3 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent, Dienstag, 12. März, -3 bis 2 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 35 Prozent, Mittwoch, 13. März, -3 bis 2 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, -3 bis 2 Grad Celsius, Regenwahrscheinlichkeit 30 Prozent, Donnerstag, 14. März, -3 bis 3 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent.

Memel: Sonnabend, 9. März, -1 bis 4 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 30 Prozent, Sonntag, 10. März, -1 bis 3 Grad Celsius, Regenwahrscheinlichkeit 15 Prozent, Montag, 11. März, -2 bis 2 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent, Dienstag, 12. März, -3 bis 1 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Regenwahrscheinlichkeit 35 Prozent, Mittwoch, 13. März, -3 bis 1 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent, Donnerstag, 14. März, -3 bis 2 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Regenwahrscheinlichkeit 25 Prozent. *MRK*

Baustopp in Pillau

Gouverneur Zukanow lässt Pläne prüfen

Nikolaj Zukanow, der Gouverneur des Königsberger Gebiets, will die Verträge für den Bau des Kindergartens in Pillau annullieren lassen. Ob der Schock und der Medienrummel über den geplanten Kindergartenbau auf einem Friedhofsgelände ausschlaggebend waren für die Einmischung des Gouverneurs, ist ungewiss. Fakt ist, dass sich erstmals ein Gouverneur um eine solche Angelegenheit kümmert. Während eines Arbeitsbesuchs in Zimmerbude ließ er den Weiterbau einer Reihe von Kindergartenprojekten im Königsberger Gebiet stoppen. Er ordnete eine Überprüfung der Bauanträge und -genehmigungen an.

Als Grund nannte der Gouverneur zu hoch veranschlagte Kosten. Zukanow hatte Zweifel daran, dass die Baupläne die vorgeschriebene Überprüfungsphase der Behörden überhaupt durchlaufen hatten. Mehrfach seien Preisunterschiede bei Ausschreibung und anschließender Ausführung in Höhe von 30 Prozent vorgekommen. Zukanow vermutet, dass die Stadtverwaltungen absichtlich den Bau von Kindergärten an Orten vorsehen, an denen keine Infrastruktur vorhanden ist, mit dem Ziel, die Erschließungskosten aus dem Gebietshaushalt abzugreifen, denn dieser ist an dem Bau neuer Kindergärten zu 70 Prozent beteiligt. Darüber hinaus legten die Städte zunächst Pläne für ganz normale Zweckbauten vor, um dann später Kindergärten mit allem Komfort, Schwimmbädern, Fitnessgeräten und Trainingssälen inklusive zu präsentieren, was zur Verteuerung der Bauvorhaben führt.

Falsche Verträge und zu hohe Kosten

Dem will Zukanow einen Riegel vorschieben. Es sei nicht einzusehen, dass ein Kindergarten mit Schwimmbad in Königsberg für gut fünf Millionen Euro gebaut werden könne, ein gleichwertiger in Pillau aber fast sieben Millionen Euro koste. Zukanow versprach, dass trotz vorläufigen Baustopps neue Kindergartenplätze auch in diesem Jahr zur Verfügung gestellt würden. *M. Rosenthal-Kappi*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

immer wieder nehme ich meine Geburtstagspost zur Hand und freue mich über die herzlichen Worte, die den grauen Spätwintertag erhellen. Und wundere mich über die so unterschiedlichen Formulierungen, mit denen die Gratulanten unsere Redaktionsarbeit anerkennen und auch unterstützen wollen. So schreibt Frau **Christel Glindemann**: „Danke für alle Wochenenden mit Ihnen!“ Solche Worte machen froh, aber auch nachdenklich. Das bedeutet, dass man vielen Leserinnen und Lesern so vertraut geworden ist, dass sie einen als verlässlichen Gast empfinden, der ihnen im Gespräch die Heimat zurückbringt und mit ihnen Fragen erörtert, die sonst nicht an sie herangetreten wären. Um mit Frau Glindemann zu sprechen: „Womit sie ons Landslied möt de Erinnerung manchmoal tom Griene, meistens aber tom Freie bringe!“ Ach ja, „Lache on Griene en eenem Sack“ – das alte Sprichwort hat noch immer seine Gültigkeit, gerade in unserer Ostpreußischen Familie. Sagen wir aber lieber „Krepsch“ – und greifen gleich tief hinein, denn da hat sich wieder so allerhand angesammelt, was zwischen den großen Suchwünschen, die ja viel Platz in unserer Kolumne benötigen, leicht versusst werden kann. Und da werden wir fündig – und wie! Unser Leser **Peter Timnik** aus Westerrönfeld fand während eines Ferienaufenthaltes in Dänemark in einem Antiquitätengeschäft einen alten Rettungsring, der ihm sofort ins Auge fiel, denn groß und deutlich stand da zu lesen „Frisches Haff“. Herr Timnik ist Ostpreuße, *1941 in Sensburg, und ist augenblicklich dabei, den Spuren seiner Familie nachzugehen und sie aufzuzeichnen. Da er als Drei- oder Vierjähriger seine Heimat verlassen musste, hat er keine Erinnerungen mehr an das Frische Haff, aber aus den Erzählungen seiner Eltern weiß er, dass die Familie dort öfters Urlaub gemacht hat, vielleicht in Kahlberg auf der Frischen Nehrung, dem bekanntesten Badeort. Herr Timnik erwarb sofort den Rettungsring und möchte nun seine Herkunft und Geschichte ergründen. Er meint, dass eventuell Fischer vom Haff mit dem Boot nach Dänemark geflüchtet sind, aber die Geschichte könnte auch noch weiter in die Vergangenheit zurückführen. Gerade im vergangenen Jahr haben wir uns öfters mit der Geschichte der Fischer vom Frischen Haff beschäftigt, die bereits Anfang des vorigen Jahrhunderts an die Westküste Schleswig-Holsteins segelten, um dort in der Krabbenfischerei eine neue Existenz zu finden, aber auch an die Ostseeküste, wie Zuschriften bewiesen. Die Bezeichnung BX 706 auf dem Rettungsring dürfte zu einer Klärung führen, von welchem Boot der Ring stammt, wo es beheimatet war und wie das Schicksal seiner Besitzer verlief. Das dürfte wieder eine interessante Geschichte werden, die nicht nur Herrn Timnik, sondern auch andere Leser beschäftigen wird. Wir sind gespannt! (Peter Timnik, Eichenhof 5 in 24784 Westerrönnfeld, Telefon 04331/80288.)



Von welchem Boot stammt dieser Rettungsring? Bild: privat

Zum Frischen Haff führen auch die Erinnerungen eines Lesers aus Clausthal-Zellerfeld, die er seinen Glückwünschen beifügte, einem „Jungspund“, wie er sich nennt – in Relation zu meinem Alter. Immerhin wurde er noch 1931 in Ostpreußen geboren – 1937 in Treczaken/Treufelde –, und so war der Junge sieben Jahre alt, als die Familie auf die Flucht ging. Besonders in Erinnerung geblieben sind ihm die Fahrt mit dem Pferdewagen über das zugefrorene Frische Haff, die endlosen Kolonnen und die Bomben werfenden, aus allen Rohren auf die Flüchtlinge schießenden sowjetischen Flugzeuge. Anlässlich eines Vortrages, den er im Jahr 1983 an der Universität Danzig hielt, spürte er das Verlangen, noch einmal den Spuren von damals nachzugehen. So machte er einen Abstecher zur Frischen Nehrung und versuchte die Stelle zu finden, wo sein Treck damals auf dem Haff-Eis dem sicheren Verderben entkam. An diesem Septembertag war das Haff sehr bewegt, große Wellen brachen sich am Strand, so dass man das andere Ufer kaum sehen konnte. „Es ist kaum vorstellbar, dass dieses Gewässer damals zugefroren sein sollte. Und doch war es so. Viele Flüchtende kamen bei dieser Tragödie um, aber viele schafften es, auch wir!“ Vielen Dank, lieber Herr Prof. Dr. F., für diese kurze Schilderung einer Wiederkehr, die zeigt, dass es für uns alle, die flüchten mussten, kein Vergessen gibt.

Auch für Frau **Herta Fehner** aus Bückeburg nicht, die als junges Mädchen von 15 Jahren das Kriegsende in Königsberg erleben und mit ihrer Mutter in den Trümmern der zerstörten Stadt hausen musste und, als die Mutter in ein Krankenhaus kam, in ein Heim nach Rothenstein eingewiesen wurde. Als sie mich anrief, um mir mitzuteilen, dass sie etwas „zu melden“ habe, stiegen diese Erinnerungen immer wieder auf – es wurde ein langes Gespräch, und ich hatte das Gefühl, dass es Frau Fehner gut tat, mit mir darüber reden zu können. Der eigentliche Zweck ihres Anrufes hing auch mit jenen schweren Nachkriegsjahren zusammen. Immer dem Hunger ausgesetzt, durchsuchten Mutter und Tochter die Trümmer nach etwas Essbarem und fanden dabei ein silbernes Essbesteck: Messer, Gabel, Löffel, Relikte einer vergangenen Tafelkultur, die einer Familie **Rupprecht** zuzuordnen war, denn dieser Name war auf jedem Bestecketeil eingraviert. Sie nahmen es mit, um es vor der Vernichtung zu retten, weil sie insgeheim hofften, die rechtmäßigen Besitzer zu finden. Das war natürlich unmöglich, und so haben sie es durch all die schweren Zeiten bis heute bewahrt. Doch Frau Fehner würde sich freuen, wenn sich die Königsberger Rupprechts melden würden, die sich an ihr Tafelsilber mit Gravur erinnern, damit es wieder in die richtigen Hände kommt. Wobei man berücksichtigen muss, dass das Besteck in den Wirren jener Zeit auch von außerhalb nach Königsberg gelangen konnte. Den Fundort selber konnten Mutter und Tochter nicht mehr bestimmen, es war eben „irgendwo in den Trümmern“. (Herta Fehner, Im Höppenfeld 18 in 31675 Bückeburg, Telefon 05722/611.)

Jedes Ding hat seine Zeit – auch das kleine Fotoalbum, das wir vor drei Jahren von Herrn **Hartmut Schickowsky** aus Hamburg zugesandt bekamen und das damals nicht zugeordnet werden konnte. Es stammte aus dem Nachlass einer Ostpreußin, der Schwester **Margarete Anna Herta Bubel** aus Pronitten, die im August 2004 in Alter von 86 Jahren in Soltau verstarb. Es enthielt viele Fotos aus ihrem Familienkreis und Arbeitsbereich. Man soll ja die Hoffnung nicht aufgeben, und deshalb habe ich es gut verwahrt, und siehe da: Jetzt meldete sich eine Leserin, deren Tante aus Probitten stammte und deren Tochter nun das Album bekommen soll. Hier hat sich der Wunsch nach dem „In-die-richtigen-Hände-kommen“ erfüllt, wenn auch spät. Schneller dürfte es mit der Fotomappe gehen, die uns aus dem Leserkreis zugesandt wurde und die sicher sofort Interessenten finden wird. Es handelt sich um eines jener Mäppchen mit „Ansichten in echter Photographie“, die in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts sehr beliebt waren, da nicht jeder einen Fotoapparat besaß, die Fotos aber wie Eigenaufnahmen wirkten. Die Mäppchen wurden an besonders stark besuchten Stätten als Andenken verkauft, so auch am Reichsehrenmal Tannenberg bei Hohenstein. Eine alte Ostpreußin – Jahrgang 1909 – hat solch ein Tannenberg-Mäppchen ein Leben lang bewahrt, und als sie verstarb, fand ihre Enkelin es in ihrem Nachlass. Diese meinte, dass wir für dieses Andenken eine bessere Verwendung hätten als sie, womit sie absolut Recht hat, denn die Aufnahmen sind für museale Einrichtungen interessant, aber auch für Heimatforscher und Sammler, zumal sie sehr gut erhalten sind. Das Mäppchen enthält acht Innen- und Außenaufnahmen, die neben bekannten Motiven – so vom Hindenburgstandbild oder von den Sarkophagen des Ehepaares – auch seltene zeigen wie vom Tor zum Fahnenturm oder den Blick von der Balustrade in den Ehrenhof. Die kleine Mappe erschien im Verlag **Emil Grüneberger**, Inhaber **Bruno Lipowski** in Hohenstein. Es dürfte im Sinn der Übersenderin sein, dass wir diesen kleinen „Fund“ an unsere Leserschaft weiterreichen. Was wir hiermit tun. Wer möchte es haben? Und auch für den Brief des Fischerdichters **Michael Kairies** aus Schwarzort ist nun die Zeit gekommen, dass er seinen richtigen Platz findet – ja, Geduld muss man haben, und die hat seine Urenkelin bewiesen. Vielleicht hatte sie auch die Hoffnung aufgegeben, ihn zu erhalten, denn inzwischen war er in andere Hände gewandert – und ist nun wieder aufgetaucht. Es ist schon lange her, als uns dieser Brief des Schwarzorter Fischers zugesandt wurde mit der Auflage, ihn seinen Nachkommen zu übergeben. Michael Kairies hatte ihn im November 1942 geschrieben, und er gewährt einen Einblick in das harte Leben eines Nehrungsfischers. Der Schwarzorter schreibt, dass der Winter erstmals recht vorzeitig eingekehrt sei und die Fischerei zum Erliegen gebracht habe. Deshalb sei an eine ertragreiche Fischerei während des Winters nicht zu denken, und die nächste Fangperiode beginne erst im Mai. Aber das ist nicht der Hauptgrund seines Schreibens an einen Herrn **Hörning**, sondern seine geistigen Produkte, denn Michael Karies war in Schwarzort für seine Gedichte bekannt, die er auch vor Kurgästen vortrug. Anscheinend wollte Herr Hörning diese einem größeren Kreis bekannt machen und den Fischer anregen, weitere Poeme zu verfassen, denn Kairies hatte, wie er schreibt, seine geistigen Arbeiten auf diesem Gebiet seit längerer Zeit aus mancherlei Gründen eingestellt und es würde ihm schwer fallen, damit wieder auf das Neue zu beginnen. „Da Sie sich aber solche große Bemühungen auferlegt haben, um mich auch fernerhin mit Rat und Tat zu unterstützen, so will ich den eingeschlagenen Weg auch weiterhin zu beschreiten versuchen und auch alle Misshelligkeiten, die mir störend im Weg standen, zu beseitigen bemüht sein.“ Herr Hörning schien also so etwas wie ein Mentor von Michael Kairies zu sein – vielleicht weiß seine Enkelin darüber mehr zu sagen, wenn der Brief, den sie nun erhält, Erinnerungen in ihr weckt. Ihre Tochter, die sich vor drei Jahren mit der Bitte um Überlassung des Briefes an uns wandte, war jedenfalls sehr überrascht und erfreut, als ich ihr mitteilte, dass dies nun endlich erfolgen würde. Und ich bin froh, dass auch dieser Fund endlich in die richtigen Hände gekommen ist.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Das Zugunglück bei Grünhagen, über das wir in Folge 3/13 berichteten, hat einige Leserinnen und Leser veranlasst, sich an den Autor **Heinz Timmreck** zu wenden und ihm ihre Berichte zur Flucht zu übersenden. Außerdem erhielt er mehrere Anrufe, über die er sich sehr gefreut hat. Da er plant, ein weiteres Buch mit Berichten zur Flucht mit der Bahn zu erstellen, sind alle Zuschriften für ihn sehr wichtig. Bei anderen Lesern wirft die Dokumentation neue Fragen auf. So möchte ein Anfragender wissen, wann der letzte Zug vom Königsberger Nordbahnhof nach Pillau fuhr. Da er als Kind mit seiner Familie Ende Januar 1945 aus Königsberg flüchtete, meinte er, dass es der 28. Januar gewesen sei. Auf diese Frage werden wir in den nächsten Folgen noch näher eingehen.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Dem Nachbarn in den Kochtopf geguckt

Gerichte und Geschichten aus dem kulinarischen Hohenhorst

Wenn man zu einer „Reise durch das kulinarische Hohenhorst“ aufgefordert wird – wie der Titel eines neuen Kochbuches verheißt –, dann fragt man sich zuerst, wo denn diese Hochburg der Esskultur überhaupt liegt, die eine Reise wert sein soll. Inzwischen ist ja die Zahl dieser lukullischen Tempel aufgrund der die Medien überflutenden Genusswelle so angewachsen, dass man selbst als Autorin einiger Kochbücher den Überblick verlieren kann. Und dann stellt man fest, dass dieses Hohenhorst kein Treffpunkt kulinarisch ambitionierter Prominenz ist, sondern eine an der östlichen Peripherie der Stadt Hamburg gelegene Siedlung, die nach dem Krieg auf der grünen Wiese entstand. Heute zählt Hamburg-Hohenhorst 11500 Bewohner mit einem erfreulich hohen Anteil an Kindern, Jugendlichen und Senioren, ein sehr homogener Stadtteil, wie man aus den vielen gemeinsamen Aktivitäten der Hohenhorster entnehmen kann. In ihnen spiegelt sich auch die Vielzahl der Kulturen jener Bewohner wider, die aus Krisengebieten flüchteten oder aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Auch wenn der Exodus schon mehr als 60 Jahre zurückliegt wie bei der aus Arys stammenden **Margot Gehrmann**, die als Neunjährige aus ihrer masurischen Heimat fliehen musste und seit 1968 in Hohenhorst lebt. Ihr ist vor allem dieses von **Jörg Meyer** und **Michael Schulze** herausgegebene Kochbuch mit seinem bunt zusammen gewürfelten Kulinarium zu verdanken, das neben den in der Region beheimateten auch viele Spezialrezepte aus den Heimatländern der heutigen Hohenhorster enthält. Sie lassen sich gerne in den Kochtopf gucken und geben ihre Lieblingsrezepte gerne weiter. Samt den Geschichten, die sich um die jeweiligen Speisen ranken und die das Buch besonders lesens- und liebenswert machen. „Gerichte und Geschichten“ könnte man es auch betiteln – und zu beiden haben Margot Gehrmann und andere Ostpreußinnen erheblich beigetragen. Einige ihrer Rezepte zeigen deutlich, dass sie noch aus einer Zeit stammen, als die Regale noch nicht so prall gefüllt waren. Da ist die „Schnelle Kartoffelsuppe“, die weder viel Zeit noch Zutaten benötigt, oder die „Sauerkrautsuppe“, wie man sie wahrscheinlich nur in Ostpreußen kannte, allerdings auch auf Sparflamme gekocht. Sie trägt im Buch den Zusatz „Tante Anna“, denn von Margots Patentante stammte dies Rezept. Obgleich deren Schwestern, zu denen auch Frau Gehrmanns Mutter gehörte, einhellig der Meinung waren, dass **Anna** nicht kochen könne, hatte sie es zur Chefköchin in einem norddeutschen Hotel gebracht. Diese kleinen Anekdoten bilden die eigentliche Würze, und wenn sie noch mit heimatlichen Ausdrücken wie „Spirgel“ oder „Schmand“ versehen sind, munden sie uns schon beim Lesen. Dem Standardrezept ihrer Familie widmet Margot Gehrmann besonders viel Platz, denn es handelt sich um „Piroggen“, jene Hefeteigtaschen, die man mit allen nur möglichen Resten füllen kann und ob salzig oder süß – immer mundeten. „Warm schmecken Piroggen am besten“, erklärt die Autorin, „falls Gelegenheit war, habe ich sie heimlich vom Blech genascht, und meine Mutter hat dann immer denselben Satz gesagt: Komm' mir nachher nicht mit Bauchschmerzen!“ Die hat später die ganze Familie bekommen, als ein Schwein geschlachtet wurde und die nur halbgeräucherten Würste schnell verbraucht werden mussten. Da kamen Piroggen mit Mettfüllung so oft auf den Tisch, dass die Familie dann einhellig beschloss: Nie wieder Piroggen!“ Aber daran dürfte sich Frau Gehrmann nicht gehalten haben, denn sie schwärmt ja noch heute von den Hefetaschen. Unter den weiteren Rezepten, die sie dem Buch beisteuert, greife ich noch das für mein Leibgericht heraus: Sauerampfersuppe. Hier allerdings mit Kartoffeln gekocht als „Sauerampfertopf“, aber die hart gekochten Eier dürfen nicht fehlen. Die Autorin schickt die Hohenhorster gleich auf die Weide: „Sauerampfer findet man auch hier, so auf der Wiese hinter der Grunewaldstrasse!“ Zum Beweis gibt es ein Foto von dem Sauerampfer in Hohenhorst, aber da ist er schon reichlich ins Kraut geschossen – Sauerampfer muss vor der Blüte gepflückt werden! Bald zeigen sich die sattgrünen, lanzenförmigen Blätter, und wenn die erste Sauerampfersuppe auf den Tisch kommt, dann ist der Frühling da! Es ist ein preiswertes Gericht wie die meisten der hier in dem Buch aufgeführten Rezepte. Man spürt, dass sie aus dem Alltag der Menschen kommen, für den kleinen Geldbeutel bestimmt sind und leicht hergestellt werden können. Und dass man dabei weltweit über den Tellerrand schauen kann, beweisen die Rezepte anderer Hohenhorster: Patat Oorlog, Hop Sing, Kadi Chawal oder Quabuli, eine afghanische Spezialität. An ostpreußischen Rezepten seien noch die für „Königsberger Marzipankartoffeln“, beigesteuert von **Christa Schmidt**, und „Rote-Bete-Suppe“ erwähnt, das **Mira Kreska**, Gründerin des Deutschen Vereins „Rosch“ im masurischen Johannisburg und heute noch dort lebend, übermittelt hat. („Reise durch das kulinarische Hohenhorst“, Roßbändiger Verlag J. Meyer, Twistringen/Delme, ISBN 978-3-943975-00-0, gebunden, 196 Seiten, 7,96 Euro.) *R.G.*



ZUM 103. GEBURTSTAG

Pultke, Gerda, geb. **Böhm**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 14. März

ZUM 101. GEBURTSTAG

Romeike, Pauline, geb. **Riewe**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 17. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bloch, Martha, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, 17. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bremm, Elfriede, geb. **Daginnus**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 13. März

Wenzek, Käte, geb. **Wichmann**, aus Lyck, Danziger Str. 7, am 15. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lamottke, Ella, geb. **Adam**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 14. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Murach, Ida, geb. **Olomski**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 11. März

Saborowski, Frieda, geb. **Bobel**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blaukat, Ursula, geb. **Zantop**, aus Radnicken, Kreis Samland, am 14. März

Bury, Erna, geb. **Nikolaus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 12. März

Czaplinski, Kurt, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 13. März

Gawlista, Ottilie, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 15. März

Rahmel, Meta, geb. **Sulimma**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 17. März

Wohlgemuth, Ernst, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 1. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bautze, Erna, geb. **Grund**, aus Wehlau, Kreis Heiligenbeil, am 11. März

Enskat, Herbert, aus Ebenrode, am 12. März

Hartmann, Eva, geb. **Gleich**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 16. März

Hölzner, Frieda, geb. **Duddeck**, aus Lyck, Bismarckstraße 1, am 16. März

Jarsetz, Dora, geb. **Kerstrupp**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. März

Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Schulz, Liesbeth, geb. **Kamutzki**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. März

Treppner, Margarete, geb. **Rieck**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 17. März

Wielgoß, Hans-Edwin, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 13. März

Willumeit, Erna, geb. **Wesslowski**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, und aus Tapiau, Memellandstraße, Kreis Wehlau, am 14. März

Ziemer, Margarete, geb. **Pawellek**, aus Geißlingen, Kreis Ortelsburg, am 13. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Babace, Heinz, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 15. März

Dietze, Siegfried, aus Wehlau, Petersdorfer Straße 11, am 16. März

Hülse, Fritz, aus Arissau, Kreis Samland, am 15. März

Huslage, Wilhelmine, geb. **Czymek**, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 11. März

Litzner, Gertrud, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 17. März

Maring, Willi, früher **Majewski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März

Nadrowski, Marie, geb. **Frassa**, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 15. März

Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. März

Reiber, Lisbeth, geb. **Lindenau**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 12. März

Schlieben, Gisela, Gräfin von, geb. **Schlieben**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 16. März

Schönfeld, Lieselotte, geb. **Pietzka**, verwitwete **Murawski**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 12. März

Wieking, Helene, geb. **Robatzek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 17. März

Weidelich, Elisabeth, geb. **Mankau**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Gisela, aus Lyck, am 17. März

Andrick, Paul, aus Neidenburg, am 14. März

Bogs, Erika, geb. **Pfeiffer**, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 14. März

Budnick, Hilde, geb. **Pucks**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 15. März

Donsbach, Charlotte, geb. **Pietsch**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. März

Eckert, Elli, geb. **Wendland**, aus Tapiau, Birkenweg 6, Kreis Wehlau, am 15. März

Elmer, Margarete, geb. **Koenen**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 13. März

Gasenzer, Max, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 13. März

Gaudl, Anneliese, geb. **Kling**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. März

Holst, Brunhild, geb. **Lindenblatt**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 12. März

Kögler, Edith, geb. **Rosenfeld**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 14. März

Olschewski, Willi, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März

Otto, Hildegard, geb. **Schwesig**, aus Wehlau, Neustadt 28, am 16. März

Ragoss, Susanne, geb. **Goetzke**, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 14. März

Rikeit, Helene, geb. **Motzkus**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 12. März

Schultz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bierkandt, Ruth, geb. **Wehowski**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. März

Bitzer, Heinz, aus Wokellen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. März

Borrosch, Ilse, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 11. März

Budzinski, Harry, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. März

Burghardt, Gerda, geb. **Schiffmann**, aus Heiligenbeil, Bauriedl-Weg 5, am 5. März

Eichentopf, Magda, geb. **Grunert**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 15. März

Fischer, Gretel, geb. **Neumann**, aus Allenburg, Kirchenstraße, Kreis Wehlau, am 17. März

Gronnenberg, Liesbeth, geb. **Fluch/Keifges**, aus Seligen, Kreis Lyck, am 12. März

Haertel, Gertrud, geb. **Wittke**, aus Wissowatten, Kreis Lötzen, am 17. März

Hänsel, Lieselotte, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 11. März

Icke, Hildegard, geb. **Kullack**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 17. März

Kautz, Helmut, aus Belgard, Pommern, am 17. März

Knop, Renate, geb. **Döpner**, aus Heiligenbeil, Wiener Ring 55, am 1. März

Lork, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Meyer, Waltraud, geb. **Ollech**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, 17. März

Perschke, Hildegard, geb. **Kostrewa**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Robitzki, Erna, geb. **Lütje**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 16. März

Röding, Anita, geb. **Klapp**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März

Schumann, Helmut, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 12. März

Szech, Kurt, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 14. März

Speer, Ruth, geb. **Fiks**, aus Neidenburg, am 13. März

Strupat, Erwin, aus Brücken, Kreis Ebenrode, am 17. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baasch, Irma, geb. **Szallies**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 12. März

Basilowski, Werner, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 17. März

Baufeld, Ida, geb. **Recketat**, aus Puspern, Kreis Gumbinnen, am 4. März

Brandt, Waltraud, geb. **Worff**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Braun, Gerd, aus Wehlau, Augker Straße 1, am 17. März

Brüll, Ursula, geb. **Roeckner**, aus Neidenburg, am 14. März

Burkatzki, Werner, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 14. März

Czinczoll, Waldraud, Grünwalde, OT Freihufen, am 13. März

Dünow, Erika, geb. **Stange**, aus Grünwald, am 13. März

Fuhrmann, Erwin, aus Wosegau, Kreis Samland, am 13. März

Hennies, Ursel, geb. **Czymoch**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 15. März

Howe, Henriette, geb. **Rimbach**, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, am 12. März

Huhmann, Bruno, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 11. März

Kalweit, Klaus, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 128, am 17. März

Keller, Dorothea, geb. **Heyduck**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. März

Kugehl, Günter, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 13. März

Kuttlow, Ilse, geb. **Wittmann,** aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. März

Mahnel, Elli, geb. **Pusch**, aus Bisznen, Kreis Ebenrode, am 6. Januar

Naumann, Lisbeth, geb. **Schettnlat**, aus Schloßberg, am 6. März

Orzessek, Willy, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. März

Peterson, Wiltrud, geb. **Schöttler**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 17. März

Piwek, Maria, geb. **Piwek**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 14. März

Rieske, Rudolf, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. März

Sach, Hiltraut, geb. **Fröhlich**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 11. März

Streng, Isabel, geb. **Wächter**, aus Ortelsburg, am 17. März

Strunk, Hertha, geb. **Katzmarzik**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Syska, Erwin, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Tiede, Helga, geb. **Kröhnert**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 11. März

Ullmann, Edelgard, geb. **Blaseio**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. März

Waldhof, Gerhard, aus Lyck, am 13. März

Weidlich, Dr. Johannes, aus Ortelsburg, am 14. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bruckmeier, Waltraut, geb. **Narock**, aus Arissau, Kreis Samland, am 17. März

Doering, Klaus, aus Treuburg, Lindenallee, am 11. März

Frank, Grete, geb. **Dublasky**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 15. März

Franke, Annelore, geb. **Hering**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 15. März

Grau, Horst, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 15. März

Grünheid, Renate, geb. **Reich**, aus Wehlau, Wasserwerkstraße, am 11. März

Harnisch, Gerhard, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. März

Höpfner, Horst, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 8. März

Imm, Anni, geb. **Bendrich**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 14. März

Paschkewitz, Bruno, aus Eimental, Kreis Ebenrode, am 17. März

Peper, Gertrud, geb. **Cerwinski**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 15. März



Masuch, Siegfried, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Ilse, geb. **Bechmann**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 16. März

Sonderausstellung „Die bunte Welt der Eisenbahn im kleinen Maßstab" bis 30. März:

Im Feuerwehrmuseum Schleswig-Holstein wird in einer Sonderausstellung der Traum eines jeden Kindes und jung gebliebenen Erwachsenen wahr. Zu sehen sind dort unter anderem bislang selten gezeigte Lokomotiven und außergewöhnliche Waggons der Marke Märklin in verschiedenen Maßstäben mit einem Schwerpunkt auf dem Maßstab 1:87.

Feuerwehrmuseum Schleswig-Holstein Friedrichsgaber Weg 290 22846 Norderstedt. Mittwoch bis Sonnabend: 15 bis 18 Uhr, Sonntag: 11 bis 18 Uhr. Telefon (040) 525 6742, E-Mail: feuerwehrmuseum@wtnet.de.

TERMINE DER LO

Jahr 2013

9./10. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.
19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.
5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 9. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 125 Jahren: Der erste deutsche Kaiser, Wilhelm I., ist gestorben.
SONNABEND, 9. März, 17.40 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1975: Der Fall Saigons.
SONNABEND, 9. März, 20.15 Uhr, Vox: Die Macht der Lüge.
SONNTAG, 10. März, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 10. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 225 Jahren: Der Schriftsteller Joseph von Eichendorff wurde geboren.
SONNTAG, 10. März, 17 Uhr, ARD: Neue Waffen gegen den Krebs.
SONNTAG, 10. März, 20.15 Uhr, 3sat: Ameisen – Die heimliche Weltmacht.
SONNTAG, 10. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 10 Jahren: Der Internationale Strafgerichthof in Den Haag wird eröffnet.
MONTAG, 11. März, 11.50 Uhr, 3sat: Wittenberg – auf Luthers Spuren.
MONTAG, 11. März, 21 Uhr, NDR: Die Tricks der Pharmaindustrie.
MONTAG, 11. März, 21.05 Uhr, N-TV: Die Tschernobyl-Katastrophe.
MONTAG, 11. März, WDR: Sanfte Medizin und satte Gewinne.
MONTAG, 11. März, 22.45 Uhr, ARD: Pleiten, Pech und Peinlichkeiten. Bauskandale.
DIENSTAG, 12. März, 10 Uhr, Arte: Lenin – Drama eines Diktators.
DIENSTAG, 12. März, 19.20 Uhr, 3sat: Menschenrecht Asyl.
DIENSTAG, 12. März, 20.15 Uhr, ZDF: Was kostet ein Kind?
DIENSTAG, 12. März, 20.15 Uhr, Arte: Die Akte Alu. Über unbekannte Nebenwirkungen des Metalls.
DIENSTAG, 12. März, 22.05 Uhr, Arte: Syrien: Ein Land vor dem Kollaps.
DIENSTAG, 12. März, 22.40 Uhr, 3sat: Tod nach Abschiebung – Wadim.
MITTWOCH, 13. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 75 Jahren: Adolf Hitler proklamiert den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich.
MITTWOCH, 13. März, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitreisen. Computersprache und Griechenliebe. Aus dem Nachlass des Kulturhistorikers Friedrich Kittler.
MITTWOCH, 13. März, 20.45 Uhr, MDR: Der Alkohol, meine Eltern und ich. Kindheit zwischen Suff und Sorgen.
MITTWOCH, 13. März, 21.15 Uhr, N24: Rowdys, Rambos, Raser – Der Krieg auf Russlands Straßen.
DONNERSTAG, 14. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 10 Jahren: Bundeskanzler Gerhard Schröder stellt die Agenda 2010 vor.
DONNERSTAG, 14. März, 14 Uhr, 3sat: Die Rückkehr der Seeadler. Neue Hoffnung am Stettiner Haff.
DONNERSTAG, 14. März, 20.15 Uhr, 3sat: Elektrisch radeln.
DONNERSTAG, 14. März, 22.15 Uhr, Arte: Im Koma und doch bei Bewusstsein?
DONNERSTAG, 14. März, 22.15 Uhr, Arte: Vorsicht Operation.
FREITAG, 15. März, 19.15 Uhr, Deutschlandfunk: Dossier. Der Mythos von der Künstlerkolonie Worpswede.
FREITAG, 15. März, 20.15 Uhr, 3sat: Ausgeschlachtet. Wenn Körperteile zum Marktartikel werden.
FREITAG, 15. März, 20.15 Uhr, RBB: Die schönsten Brandenburger Landschaften.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. März, 11 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: **6. Ostdeutscher Ostermarkt.**

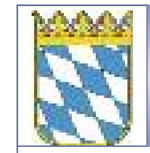
Buchen – Mittwoch, 24. Juli bis Sonnabend, 3. August: **11-tägige Fahrt der Gruppe nach Nord- und Süd-Ostpreußen, Westpreußen und Hinterpommern.** Die wichtigsten Stationen sind: Königsberg, Kurische Nehrung, Insterburg, Trakehnen, Masuren mit Treuburg, Allenstein, das Ermland mit Frauenburg, Danzig, Marienburg, die Kaschubei, Hinterpommern mit Schloss Krangen und Varzin, das Schloss von Bismarck. Ein Reise-Programm mit allen Einzelheiten ist bei der 1. Vorsitzenden Rosemarie Sieglinde Winkler, Telefon (06281) 8137 zu erfragen.

Ludwigsburg – Dienstag, 19. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 16. März, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Frauengruppe und Schabbern. – Sonntag, 24. März, 14.30 Uhr, Auferstehungskirche Böfingen: Heimatgottesdienst.

Weinheim an der Bergstraße – Mittwoch, 13. März, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Ein Nachmittag über das Land und seine Menschen in Ostpreußen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 22. März, 19 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen „Pommersche Kartoffelsupp". Anschließend Lichtbildervortrag „Rügen und Hiddensee" von Edith Richter.

Ansbach – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Orangerie: „Von einem Gutshof in Ostpreußen nach Ansbach". Erinnerungen an eine Kindheit in der Rominter Heide. Bericht von Dora Schmottermeyer, Ansbach.

Bamberg – Mittwoch, 20. März, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Jahreshauptversammlung.

Erlangen – Donnerstag, 14. März, 16.45 Uhr, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35, Raum 20: Filmvorführung. Gezeigt wird ein Film von Helmut Klingenberg aus dem Jahr 2012. Wenig bekannte Schlösser und Burgen wie Rastenburg, Festung Boyen, Rößel, Finkensteiner Schloss bei Rosenberg, Schloss Rhein und Lyck, Arys, Ortelsburg, Deutsch-Eylau, Schönberg, Elbing, Tolkemit und die Haff-Küste.

Ingolstadt – Sonntag, 17. März, 14.30 Uhr, Bonschab, Münchner Straße 8: Treffen der Gruppe.

Kitzingen – Freitag, 15. März, 14.30 Uhr, Gaststätte Deutscher Kaiser: Aktuelle sozialpolitische Themen. Referent: Gustav Patz.

Landshut – Dienstag, 19. März, 14 Uhr, Insel: **Jahreshauptversammlung und Kassenprüfung.**

München – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, Raum 202/204, München (zu erreichen mit der S-Bahn, Haltestelle: Rosenheimer Platz): Abstimmungsgedenken gemeinsam mit dem „Tag der Selbstbestimmung" (BdV).

Starnberg – Donnerstag, 14. März, 13 Uhr, Bayerischer Hof, König-Ludwig-Zimmer: **Vorstandssitzung.** 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstands. Anschließend gemeinsames Fischessen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



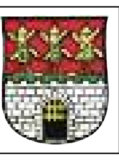

Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 10. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Professor Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995. – Freitag, 5. April, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Rastenburg – Sonntag, 10. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 1888.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. März, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Kurze Referate über und aus Ostpreußen. Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Pillkallen / Schlossberg – Dienstag, 19. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Fasching. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



Lyck – Sonnabend, 6. April, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.




Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 6. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Wehlau – Sonntag, 7. April, 15 Uhr, Gasthaus Linden-Garten, Alt Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



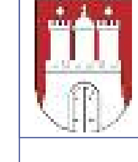
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremen – Donnerstag, 21. März, ab 15 Uhr, Hotel zur Post: **Mitgliederversammlung.** Die Tagesordnung wurde bereits per Rundschreiben übersandt. Zum Abschluss wird Ehrenmitglied Dr. Christian Tietze davon erzählen, wie er durch die Prägung seines Vaters, des ehemaligen Dompredigers Gerhard Tietze, zur Landsmannschaft Westpreußen gefunden hat. Nach einleitenden Worten über die Heimatstadt Kulm, in der sein Vater bereits Pastor war, wird er über die Begegnung mit der zunächst fremden Bremischen Evangelischen Kirche berichten. Bereits in den ersten Jahren nach dem Krieg sammelte sein Vater hier die Kulmer Landsleute, wurde deren Heimatkreisvertreter und führte in den Räumen der Domgemeinde „Kulmer Tage" mit mehr als 1000 Besuchern durch. Heimatverbundenheit und staatsbürgerliche Verantwortung haben das Leben seines Vaters geleitet. Wie dieses Engagement das Familienleben beeinflusste und wie die daraus erwachsene Prägung dazu führte, dass Dr. Tietze später auch Heimatkreisvertreter der Kulmer wurde, wird Thema seines Berichtes sein. Gäste sind herzlich willkommen.

Bremen-Nord – Sonnabend, 16. März, 12.30 Uhr, Waldschmiede, Beckendorf: Traditionelles Heringsessen. Kostenbeitrag für Mitglieder inklusive Essen und verschiedenen Darbietungen 13 Euro, für Nichtmitglieder 15 Euro. Selbstverständlich wird die Pflege der Ostpreußischen Sprache nicht zu kurz kommen. Anmeldungen bis zum 13. März unter Telefon (04296) 47701 oder (0421) 483424.

Bremerhaven – Freitag, 22. März, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 23. März, 10 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 1 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke): **Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften** – Die Landesgruppe ist im 2. Stock mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

Achtung Änderung!: Donnerstag, 4. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 1 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke): Neuer Termin der Delegiertenversammlung.

BEZIRKSGRUPPE



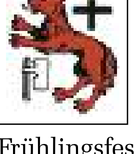
Hamburg-Bergedorf – Freitag, 22. März, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: **Jahreshauptversammlung der Frauengruppe** der Ost- und Westpreußen mit Jahresrückschau und Ausblick. Frühlingserwachen. Anfragen bei Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 25. März, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Thema: „Stille Woche und Ostern zu Hause."

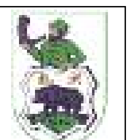
KREISGRUPPE



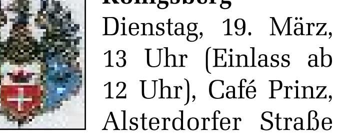
Elchniederung – Mittwoch, 27. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572 (gut zu erreichen mit U- und S-Bahn bis Haltestelle Ohlsdorf, danach nur wenige Gehminuten): Die Gruppe möchte mit Gesang und Vorträgen an den Frühling und das Osterfest in der Heimat erinnern. Gäste sind herzlich willkommen.



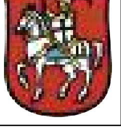
Heiligenbeil – Sonnabend, 16. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen möchte sie einige fröhliche Stunden in geselliger Runde mit Ihnen verbringen. Gleichzeitig ist die Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien unter Telefon (040) 53254950 bis Freitag, 15. März, erbeten.



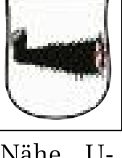
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Königsberg – Dienstag, 19. März, 13 Uhr (Einlass ab 12 Uhr), Café Prinz, Alsterdorfer Straße 572: Die Gruppe trifft sich zum traditionellen Königsberger-Klopse-Essen. Frau Gerta begleitet die Teilnehmer beim Singen der Frühlingslieder und erzählt einiges über die Heimat. Anmeldungen bitte bis 10. März bei Ursula Zimmermann.



Osterode – Sonnabend, 9. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Hamburg-Ohlsdorf, Alsterdorfer Straße 572: Einladung zum Frühlingsfest. Die Veranstaltung beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, um anschließend mit fröhlichen Liedern den herannahenden Frühling zu begrüßen.



Sensburg – Sonntag, 17. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, 22337 Hamburg (Nähe U- und S-Bahnstation Ohlsdorf): Erste Zusammenkunft im neuen Jahr. Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

LANDSMANNSCHAFT WESTPREUSSEN

Mittwoch, 27. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat: Hans-Jürgen Kämpfert, Oberstudiendirektor und langjähriges Bundesvor-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

standsmitglied der Westpreußen, wird überlieferte Heimatbräuche vorstellen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel Hauptversammlung mit Neuwahl des Vorstands und Bericht von Gustav Rupietta über eine Familienfahrt in seine Geburtsstadt Hohenstein.

Wiesbaden – Dienstag, 12. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. **„Mit der Frauengruppe unterwegs“**, Dieter Schetat zeigt Bilder von den Omnibusfahrten der Gruppe. – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: **Monatstreffen. „Wenn Zeitgeschichte Geschichte wird.“** Vortrag von Heinz-Jürgen Hauzel, Leiter der Lokalredaktion des Wiesbadener Tagblatts zum Thema „Wird Deutschlands einstiger Osten auch in den Medien zunehmend in Vergessenheit geraten?“ – Donnerstag, 21. März, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: **Stammtisch.** Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. März bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonntag, 10. März: **Theaterfahrt zur Dittchenbühne in Elmshorn.** Gespielt wird „Bauern, Bonzen und Bomben“ von Hans Fallada. 13 Uhr Busabfahrt Stade, 13.25 Uhr Horneburg, 13.40 Uhr Buxtehude, 13.55 Uhr Neu-Wulmstorf. Einsteigepunkte zwischen Stade und Buxtehude mit genauer Uhrzeit werden bei der Anmeldung angesagt. Kosten für die Busfahrt, Kaffeegedeck im Theaterrestaurant und Eintritt betragen 26 Euro pro Person. – Donnerstag, 28. März, 15 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15: Osterkaffee. Die Gruppe erinnert sich an ostpreußische Osterbräuche und bietet zum guten Kaffee nach alter Sitte Gründonnerstagskringel an, diesmal nach ostpreußischem Rezept. Kostenbeitrag 3 Euro pro Person. Zum Abschluss zeigt Klaus Borck eine kleine Bilderschau von der Reise der Gruppe nach Potsdam 2012. Anmeldungen bis zum 23. März bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Göttingen – Sonnabend, 9. März, 14.30 Uhr, Gasthaus Zur Linde, Geismar: **Jahreshauptversammlung.** Im Anschluss findet das traditionelle Grützwurstessen statt. Alle Mitglieder und Landsleute sind herzlich eingeladen.

Helmstedt – Donnerstag, 14. März, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Jahreshauptversammlung.

Hildesheim – Donnerstag, 14. März, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Mitgliederversammlung. Gezeigt werden Lichtbilder aus Ostpreußen: Kurische Nehrung, Memelland.

Oldenburg – Mittwoch, 13. März, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: **Autorenlesung mit „Danziger Märchen“ von Elsa Faber** von Bockelmann aus Danzig. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. – **Gratulation zur Promotion** – Die Gruppe beglückwünscht Gisela Borchers, die Leiterin der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen, zu ihrer erfolgreichen Promotion. Sie schrieb über Domänen in Ost- und Westpreußen. An der Verleihung der Doktorwürde war Professor Freiwald von der Universität Oldenburg beteiligt.

Osnabrück – Dienstag, 12. März, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Freitag, 15. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 28. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.

Rinteln – Donnerstag, 14. März, 15 Uhr, großer Saal, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Treffen der Gruppe. Professor Dr. Heinz Schürmann wird zum Thema „... und neues Leben blüht aus den Ruinen – Begegnungen mit Königsberg – gestern und heute“ einen Vortrag mit Lichtbildern halten. Der Bielefelder Professor Dr. Heinz Schürmann (Germanist, Geograf, Kunstgeschichtler) ist durch seine zahlreichen Studienreisen bekannt. Die regelmäßig stattfindenden Ostpreußenreisen führt er seit 16 Jahren gemeinsam mit Joachim Rebuschat durch. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 16. März, 10 Uhr, Oberhausen: **Diesjährige Frühjahrs-, Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe.** Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wahlen stehen an! Die Gruppe hat ein interessantes Programm zusammengestellt und freut sich, dass sie Herrn Schultze-Rhonhof für einen Vortrag gewinnen konnte. Interessant werden auch die Ausführungen von Frau Güssefeld, Berlin, sein, die über Heimatstuben sprechen wird.

Bielefeld – Sonnabend, 23. März, 15 Uhr, Wilhelmstrasse 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Jahreshauptversammlung der Landsmannschaften Ost- und Westpreußen, Vereinigte Kreisgruppen Bielefeld e.V., in den Räumen der Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften. Da wichtige Punkte geklärt werden sollen, wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Bonn – Dienstag, 26. März, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Brilon – Sonnabend, 16. März, Oberhausen: Frühjahrstagung mit Neuwahl des Vorstandes.

Dortmund – Montag, 18. März, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Donnerstag, 14. März, 19 Uhr: Buchvorstellung mit Prof. Dr. Helga Grebing „Freiheit die ich meinte“, GHH / Konferenzraum. – Donnerstag, 14. März, 19.30 Uhr, GHH / Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Mittwoch, 20. März, 19 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Eine musikalische Reise mit Liedern und Chansons von Eduard Nick und Erich Kästner: „Leben in dieser Zeit.“

Ennepetal – Donnerstag, 21. März, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Essen – Freitag, 15. März, 15 Uhr: Treffen der Gruppe. Vortrag „Der Vogel des Jahres 2013: Die Bekassine.“ Referent ist Herr Hoffmann.

Gütersloh – Sonntag, 10. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen: **Jahreshauptversammlung.** Anträge und Vorschläge bitte an den Vorsitzenden, Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403872, richten. – Sonntag, 10. März, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe. – Donnerstag, 28. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen: Osterfeier mit Gründonnerstags-Kringel. Anmeldung bis spätestens 23. März bei den Miglieder-betreuer/innen oder bei Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 702919. – Ostpreußischer Singkreis: Das Treffen findet in unregelmäßigen Abständen in der Ella-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13, statt. Anfragen bei Renate Thamm, Telefon (0541) 40422.

Köln – Dienstag, 19. März, 14,30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Die Ostpreußenrunde trifft sich zur üblichen Versammlung, die bis 16.30 Uhr dauern wird. Die Mitglieder werden gebeten, sich etwas mehr mit Beiträgen verschiedener Art zu beteiligen. Kurzgeschichten aus dem eigenen Leben, besonders aus der Zeit vor oder im Krieg in der Heimat dürften dem Vergessen entgegentreten. Unsere Generation verabschiedet sich langsam aber sicher, und wir sollten unseren Nachkommen ein wenig mehr selbst erlebter Geschichte hinterlassen. Noch leben wir, noch können wir etwas tun.

Lüdenscheid – Freitag, 22. März, 15 Uhr, Haus der Vereine, Sauerfelderstraße 27: **Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen.** Anmeldungen für das Wurstessen bis spätestens 15. März bei Jutta Scholz, Telefon (02351) 14548 und Rosemarie Biallas, Telefon (02351) 40720.

Wesel – Bericht von der Jahreshauptversammlung mit Neuwahl – Der 1. Vorsitzende Paul Sobotta konnte eine stattliche Zahl von Landsleuten begrüßen und verlas die Tagesordnung. Aus der Wahl eines Versammlungs-/Wahlleiters ging der Ehrenvorsitzende Kurt Koslowski hervor. Es folgte der Jahresbericht des 1. Vorsitzenden Paul Sobotta mit Totenehrung. Es folgte der Bericht des Schatzmeisters Hermann Paehr. In der Aussprache darüber gab es keine Wortmeldung. Der Bericht der Kassenprüfer Christa Elias und Rudi Hinz verlief ohne Beanstandung. Der Wahlleiter Kurt Koslowski beantragte die Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes. Die Mitgliederversammlung erteilte einstimmig Entlastung. Nach der Kaffeepause trat der Wahlleiter Kurt Koslowski in Aktion und führte die gesamte Neuwahl des zu wählenden Vorstandes durch. Es wurden in den Vorstand für weitere zwei Jahre gewählt (einstimmig) der 1. Vorsitzende Paul Sobotta, stellvertretende Vorsitzende Irma Laukmichel, 1. Schatzmeister Hermann Paehr, stellvertretender Schatzmeister Ursula Paehr, Schriftführer Paul Sobotta, stellvertretender Schriftführer Manfred Rohde, Kulturreferent Paul Sobotta, Beisitzer Edith Nischik und Hans Laukmichel, Frauengruppenleiterin Ilse-Lotte Malle, Kassenprüfer Christa Elias und Rudi Hurz. Als erste Amtshandlung führte Paul Sobotta die Ehrung von sieben verdienten Mitgliedern durch für 50 Jahre Mitgliedschaft: Erna Adameti für 25 Jahre Mitgliedschaft, Renate Czwalinna, Karl Göllmann, Gerda Jack-mann, Emma Petzel, Ruth Pichler und Ingeborg Weber. In den Schlussworten bedankte sich der Vorsitzende Paul Sobotta im Namen des Vorstandes für das entgegengebrachte Vertrauen bei der Mitgliederversammlung, damit das vielfältige Programm in den Veranstaltungen über die reichhaltige ostdeutsche Geschichte, Kultur und das Brauchtum der ost- und westpreußischen Geschichte weitergetragen werden kann, damit die Glut nicht erlischt. Der neugewählte Vorstand, will verheißungsvoll in die Zukunft blicken, damit seine Arbeit erfolgreich weitergetragen werden kann. In zwei Jahren besteht die Kreisgruppe 60 Jahre, und alle wollen darauf hinarbeiten, dieses Fest feierlich begehen zu können.

Witten – Montag, 18. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 8–10: Berichte zu Sendungen in den Medien, Filme über historische Ereignisse.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 9. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag mit Filmvortrag über Ostpreußen. – Donnerstag, 21. März, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen.

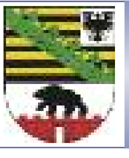


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 15. März, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Spielezirkel. – Sonnabend, 23. März, 10 bis 17 Uhr, Schlosskirche und Renaissance-Saal des Schlossbergmuseums: Kirchentag der „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V.“ und der Heimatvertriebenen und Aussiedler von Chemnitz. „Die Kirche und die gesellschaftlichen Werte unserer Zeit.“ Programm: 10 Uhr Gottesdienst in der Schlosskirche; 11 Uhr Rundgang im Schloßbergmuseum; 12 bis 12.45 Uhr Mittagessen; 12.45 bis 13.30 Uhr Vortrag von Pfarrer Carsten Rast/ Pfarrer Kutter „Die gesellschaftliche Werte aus der Sicht der Kirche“; 13.30 bis 14.15 Uhr Vortrag von MdL Saborowski-Richter „Die gesellschaftliche Werte aus der Sicht der Politik“; 14.15 bis 15 Uhr Kaffeepause; 15 bis 17 Uhr Podiumsdiskussion mit Moderation, MdL Peter W. Patt im Podium: Pfarrer Hans-Jürgen Kutter, MdL Hanka Kliese und Adolf Braun, Referent für Vertriebene und Aussiedler, Staatskanzlei. 17 Uhr: Zum Abschluss des Kirchentages spricht Pfarrer i.R. Klaus Plorin. Für Fragen steht das Organisationsteam unter Gerd Berger, Telefon (0371) 361410 oder Alexander Schulz Telefon (0371) 301616 zur Verfügung.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

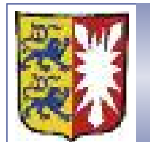
Dessau – Montag, 11. März, 14 Uhr, Krötenhof: Gruppentreffen. Filmvorführung „Reise durch Masuren“ und „Rominter Heide“.

Gardelegen – Freitag, 22. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Stunde der alten Gedichte.

Magdeburg – Sonntag, 10. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Frühlingserwachen. – Dienstag, 12. März, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 22. März, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesverband – Bericht vom traditionellen ostpreußischen Wurstessen der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek – Über 80 Gäste kamen zur Schlachteplatte nach ostpreußischer Art mit Vorfreude auf die ostpreußischen Vorträge von dem bekannten Schauspieler und Rezitator Herbert Tennigkeit, der ebenfalls aus Ostpreußen stammt. Gekonnt und temperamentvoll stellte er seine Heimat dar, wie deren Bewohner lebten und dachten im Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen. Mit Volkskundlichem, Geschehnissen aus der Geschichte, Kulturellem und Kulinarischem in Form von Gedichten und Erzählungen, zum großen Teil in ostpreußischer Mundart, vermochte er die Zuhörer nach Ostpreußen zu versetzen. Den Abend machte er zu einer Bühne ostpreußischer ländlicher Idylle, die sich in Wohn- und Gasthäusern, in Wohnstuben, auf Bauerhöfen, in Feld und Wald und blühenden Wiesen, bei der Fahrt in der Eisenbahn und bei vielen anderen Begebenheiten zutrug. Der Vortrag stand unter dem Thema „Wo kommen die Marjellchens her?". Auch was es mit den Marjellchens, den hübschen ostpreußischen Mädchen, auf sich hatte, vermochte der Vortragende den begeisterten Zuhörern zu vermitteln. Ein besonderer Abend, an dem der Vorsitzende Peter Gerigk die Vorsitzenden aller Landsmannschaften des Kreises und die Kreisvorsitzende des Kreisverbandes des Bundes der Vertriebenen, Margit Kindermann, begrüßen konnte.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark:. Lichtbildervortrag. Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen H. A. Plötner aus Schönwalde a. B. zeigt Lichtbilder seiner Reise von 2012 in das südliche Ostpreußen und berichtet gleichzeitig über seine jährlichen Betreuungsfahrten dorthin. Gäste sind herzlich willkommen! – **Bericht von der Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig** – Der Vorsitzende Jochen Gawehns konnte auf der diesjährigen Jahresversammlung zahlreiche Mitglieder begrüßen: den Landesvorsitzenden und Kulturreferenten der Landsmannschaft Ostpreußen Edmund Ferner, den Kreisvorsitzenden der LO Edwin Falk aus Eutin sowie die Vorstandsmitglieder des Heimat- und Museumsverein Klaus-Richard Klahn und Georg Hüttmann. In ihren Jahresberichten blickten der Vorsitzende auf ein arbeitsreiches Jahr zurück, ebenso die Vorsitzende und Kulturreferentin der monatlichen Treffen Ina Naujok, die berichtete, dass zu diesen Nachmittagen im Durchschnitt 40 Personen kämen. Schatzmeister Siegfried Tamkus bestätigte dem Verein eine gesunde Kassenlage, die von Rudi Sketsch und Dietrich Recke geprüft worden war und die den Antrag auf Entlastung des Kassenwartes und Vorstandes stellten, der einstimmig von den Mitgliedern genehmigt wurde. Siegfried Tamkus, der das Amt des Kassenwartes seit 20 Jahren innehatte, stellte sich nicht wieder zur Wahl. Somit wurde Sigrid Pieper einstimmig von den Mitgliedern als neue Kassenwartin gewählt und Ilse Meiske als Kassenprüferin. Der Landesvorsitzende Edmund Ferner überbrachte Grüße vom Landesverband und ging auf die Ziele der Landsmannschaften ein, das kulturelle Erbe Ostpreußens zu bewahren. Weiter berichtete er in seinen Ausführungen, dass Schleswig-Holstein neben Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen der drittgrößte Verband in Deutschland sei und es in Schleswig-Holstein noch 28 Vereine gäbe. Aber was wäre ein Verein ohne seine fleißigen Helfer? Alle wurden mit kleinen Präsenten bedacht, Brigitte Christensen stellte den diesjährigen Ausflug am 15. Juni ins „Arboretum" in Ellerbek vor, und mit einem kleinen Imbiss endete die harmonisch verlaufende Versammlung.

Flensburg – Freitag, 15. März, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Kaffeerunde, Vortrag mit Filmen und Worten zum Thema: Eine Zeitreise durch Flensburg (Das erste Seifenkistenrennen in Flensburg, die Flensburger Straßenbahnen). Vortragender ist Dieter Nickel aus Harrislee.

Pinneberg – Sonnabend, 16. März, 16 Uhr, VfL-Heim, Fahltskamp 53: Jahreshauptversammlung. Um zirka 17.30 Uhr gibt es warmes Essen. Anmeldungen bei R. Schmidt, Telefon (04101) 62667 oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung der Versammlung durch die Vorsitzende mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung. 2. Totenehrung. 3. Bericht der Vorsitzenden. 4. Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Jahreshauptversammlung vom 17. März 2012. 5. Bericht des 2. Vorsitzenden über die Aktivitäten des vergangenen Jahres. 6. Bericht des Schatzmeisters mit Aussprache. 7. Kassenprüfbericht mit Antrag auf Entlastung des Vorstandes. 8. Vorstellen des Wirtschaftsplans für das Jahr 2013. 9. Neuwahlen des Vorstands, zuvor Wahl eines Wahlleiters. Zur Wahl stehen an: 1. Vorsitzender, Schatzmeister, Kulturwart, und Schriftführer jeweils für zwei Jahre. Beisitzer für ein Jahr, ein Kassenprüfer für zwei Jahre. 10. Ehrungen. 11. Anträge bitte bis drei Tage vorher in schriftlicher Form. 12. Verschiedenes und Vorschau auf das Programm für 2013.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 21. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.

Ferienprogramm im Ostpreußischen Landesmuseum

19. bis 22. März „Adel verpflichtet" – Ein spannendes Spiel für Kinder von sechs bis elf Jahren, täglich von 13.30 bis 16.30 Uhr. Kosten für vier Tage: 25 Euro (inklusive Material), Anmeldung erforderlich. Die Kinder in den Rollen von Adligen üben sich in einem Wettstreit um die wertvollste Sammlung von Museumsstücken. Hierzu treten sie gegeneinander an und engagieren sogar bezahlte Kunstdiebe und zur Abwehr derselben Privatdetektive.

25. bis 28. März „Landart und Fotografie" für Kinder und Jugendliche von zehn bis 15 Jahren, täglich 13.30 bis 16.30 Uhr. Kosten für vier Tage: 20 Euro (inklusive Material). Anmeldung erforderlich. In diesem Kunstprojekt werden die Teilnehmer den Naturraum neu erfahren und in einen künstlerischen Zusammenhang bringen.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0.

AUS DEN HEIMATKREISEN

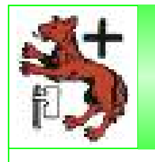
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

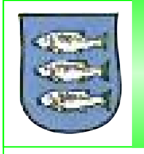
Nachruf auf Gertrud Bischof, geborene Wirsching – Am 1. Januar 2013 verstarb in Schwabach unsere liebe Heimatfreundin Gertrud Bischof im Alter von 93 Jahren. Gertrud Bischof wurde am 5. November 1919 in Antszirgessern (später Seewiese) Kreis Gumbinnen geboren. Ihr Ehemann Otto Bischof verstarb bereits im April 1988. Ihre Kindheit verbrachte Gertrud wohlbehütet auf dem Bauernhof ihrer Eltern in Antszirgessern an dem schönen Antszirgessern See. Im Nachbardorf Springen besuchte sie die dortige einklassige Volksschule. Der See war für Gertrud, ihre Geschwister und alle anderen Dorfbewohner im Sommer ein beliebter Badeplatz und im Winter ein schöner Ort für das Vergnügen auf dem Eis. Nach der Flucht in den Westen schloss sich die Verstorbene früh der Kreisgemeinschaft Gumbinnen an, wo sie sich besonders als Ortsvertreterin für ihr geliebtes Heimatdorf sowie als Bezirksvertreterin für den Kirchspielbereich Herzogskirch einsetzte und auch über viele Jahre persönliche Kontakte mit ihren früheren Nachbarn unterhielt. Wichtig waren ihr dabei die von hier herausgegebenen jährlichen Rundbriefe an alle ihr bekannten Nachbarn und Freunde aus dem heimatlichen Umfeld. Nach Öffnung der Grenzen besuchte sie, solange ihr Gesundheitszustand es zuließ, noch mehrmals ihre Heimat, wobei sie es niemals versäumte, jedes Mal mindestens ihre Füße im Antszirrgessern See zu baden. Wichtig waren Gertrud dort die Kontakte mit den neuen russischen Bewohnern der Umgebung. So berichtete sie unter anderem in der Schule in Kubanowka, früher Brakupönen, in Lichtbildervorträgen über die damaligen deutschen Bewohner und auch über die Pflege der russischen Kriegsgräber in der Bundesrepublik. Über viele Jahre sammelte sie mit Geduld, viel Liebe und Ausdauer Informationen über das von 1945 bis 1948 bestandene russische Internierungslager in Brakupönen. Zu ihrer großen Freude konnte ein Hamburger Freund das von ihr gesammelte Material auswerten, zusammenstellen und im April 2012 als Broschüre drucken und herausgeben lassen. Bis ins hohe Alter war Gertrud immer noch geistig rege, nicht nur was ihre geliebte ostpreußische Heimat betraf, sondern auch weit darüber hinaus nahm sie lebhaften Anteil am politischen Geschehen hier im Lande. Die Kreisgemeinschaft Gumbinnen verliert mit Gertrud Bischof eine hoch angesehene und allzeit geschätzte Heimatfreundin, die nicht vergessen werden wird. Alfred Schiedat



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Bekanntmachung der Wahlvorschläge für die Kreisausschuss – Wahl der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. am 6. und 7. April 2013 in Bad Pyrmont laut Satzung § 9 Ziffer 1 und § 10. Vorgeschlagen sind: Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, *15. April 1966, Vorfahren Eisenberg und Hohenfürst /Kreis Heiligenbeil; 1. Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, *26. Oktober 1960, Vorfahren Schirten/Kreis Heiligenbeil, 2. Stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, *19. Dezember 1943 in Königsberg, Kassenwart: Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendurg, *19. Februar 1960, Vorfahren Ludwigsort /Heiligenbeil; Beisitzer: Kreiskartei Petra Wegner, Waldhöhe 1D, 24306 Plön, *3. Juni 1964, Vorfahren Kukehnen, Zinten-Land; Fotoarchiv Ilse Thomann, Hildebrandweg 1, 48429 Rheine, *25. September 1936 in Lönhöfen/Heiligenbeil; Publikationen Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, *2. April 1946 in Lüdenscheid.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

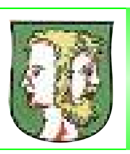
Veranstaltungstage im Lötzener Heimatmuseum „Masuren in Neumünster" 2013 – Nun liegt der Umzug an unsere neue Adresse Sudetenlandstraße 18 h in Neumünsters Böcklersiedlung, sozusagen beim Kantplatz um die Ecke, hinter uns. Das Auspacken von knapp 250 Umzugskartons (60 wurden schon ausgepackt), das Ordnen und Neugestalten der Ausstellung unter völlig anderen räumlichen Bedingungen, liegt vor uns. Wir werden noch ein paar Wochen dafür benötigen. Sehr erfreulich ist die Zugänglichkeit zu unseren Räumlichkeiten ohne jede Treppenstufe. Endlich können Menschen mit Rollator, ja auch im Rollstuhl, uns besuchen! Besucher, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu uns kommen, benutzen bitte vom Bahnhofsvorplatz die Buslinie 4 (Böcklersiedlung) – der Bus fährt alle 20 Minuten – bis Haltestelle Kantplatz (unmittelbar am „Restaurant am Kantplatz"). Für Autofahrer ist die Autobahnabfahrt Neumünster Mitte anzuraten. Neumünsters Tierpark oder auch das Freizeitbad am Stadtwald liegen nicht weit von unserer neuen Adresse entfernt. Von der zweiten Maihälfte an wird es

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

möglich sein, angemeldete Besucher in Archiv und Ausstellung zu empfangen. Folgende Veranstaltungstage sind für 2013 geplant: 22. Juni, 16.15 Uhr, „Geschichten aus der Geschichte“ (die erste Serie). Ausgewählte Exponate aus dem Lötzener Heimatmuseum erzählen – mit den Stimmen von Dieter und Ute Eichler – ihre Geschichte. – 27. Juli, 10 bis 16 Uhr: Buchmarkt „Bücher aus 100 Jahren“ – Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. – 17. August, 16.15 Uhr: „Künstler auf der Kurischen Nehrung“ – Ein Vortrag (mit Bildern) von Dr. Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg. – 21. September, 10 bis 16 Uhr: Die Kunst des Bandwebens – Hildegund Hergenhan, Kiel. Ausstellung (auch Verkaufsangebote) und Demonstration des Webens von Jostenbändern. – 19. Oktober, 16.15 Uhr: Angelika Rischer, Märchenerzählerin aus Hamburg, erzählt Ostpreußische Märchen. – 16. November, 15 Uhr: Ostpreußen trifft Erzgebirge – ein vorweihnachtlicher Nachmittag; noch in Planung. An allen diesen Daten ist es möglich, die Dauerausstellung zur Geschichte von Stadt und Kreis Lötzen ab 10 Uhr zu besichtigen. Darüber hinaus ist es fast jederzeit möglich, sich mit den Betreuern von Archiv und Heimatmuseum zu verabreden. Archivbesuche benötigen erfahrungsgemäß Zeit und Ruhe. Bitte rufen Sie an: Telefon (040) 6083003. Sie sind willkommen!



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

64. Rundbrief – Kreisvertreter Gerd Bandilla hat am 18.2.2013 an die Kreistagsmitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck folgenden Rundbrief geschrieben: „Gestern bin ich vom Seminar ‚Lycker Autoren‘ aus Bad Pyrmont zurückgekehrt. Es war wieder einmal eine gute Veranstaltung der Kreisgemeinschaft Lyck. Wir hatten neun Dozenten und 42 Zuhörer. Nächster Termin ist das Regionaltreffen Nord am 21. April 2013 im Hotel Hanseatischer Hof, Wisbystraße 7–9, in Lübeck. Ein guter Besuch wäre zu wünschen, weil sonst die Gefahr besteht, dass es sich nicht mehr lohnt, dieses Treffen zu veranstalten. Am 14. Juli 2013 findet in Schloss Burg an der Wupper das diesjährige Treffen der Ostpreußen aus Nordrhein-Westfalen statt. Sofern Kirchspiels-, Bezirks- oder Ortstreffen in 2013 geplant sind, bitte ich um baldige Bekanntgabe der Termine, damit diese im Ostpreußenblatt veröffentlich werden können. Das Wichtigste in diesem Sommer ist die Neuwahl unseres Kreistages. Nach unserer Satzung ist der Kreistag eine Mitglieder-Vertreter-Versammlung. Damit unser höchstes Gremium. Die Wahl erfolgt per Briefwahl. Im diesjährigen Hagen-Lycker Brief, der im Mai erscheinen wird, liegt ein Stimmzettel bei. Jeder Haushalt erhält damit nur einen Stimmzettel. Wenn in einem Haushalt mehr Lycker (Ehepartner, erwachsene Kinder) wohnen, dann können ein oder gegebenenfalls mehrere Stimmzettel bei unserem Karteiwart Siegmar Czerwinski, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim, Telefon (02225) 5180, angefordert werden. Der Stimmzettel enthält 29 Kandidaten. Sie können bis zu 10 Kandidaten ankreuzen. Der Stimmzettel muss bis zum 30. Juni bei dem Wahlleiter Armin Bellmann, Gartenstraße 7, 56584 Thalhausen, eingegangen sein. Gewählt sind die 15 Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl. Diese Landsleute bilden dann den Kreistag, der voraussichtlich am 31. August in Hagen zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten wird. Vornehmste Aufgabe des Kreistages ist die Wahl des Kreisvertreters, seines Stellvertreters und des Kreisausschusses. Nach 28-jähriger Kreisvertreter-Tätigkeit will ich am 30. September meine Funktion in die Hand des gewählten Nachfolgers oder der Nachfolgerin legen. Damit beginnt ein neuer Zeitabschnitt. Die Zeit der Erlebnis-Generation geht langsam zu Ende. Die Aufgaben übernimmt die sogenannte Bekenntnis-Generation, das sind unsere Mitglieder, die nach der Vertreibung von Lycker Eltern geboren wurden. Mit der Gründung des Arbeitskreises ‚Mittlere Generation‘ ist dafür ein Grundstock gelegt worden. Diese Generation garantiert aufgrund ihres Lebensalters, dass die Kreisgemeinschaft Lyck auch noch in zehn oder 20 Jahren bestehen wird. Voraussetzung ist, dass unsere Mitglieder auch weiterhin treu zur Kreisgemeinschaf Lyck stehen. – Das nächste Lycker Treffen in Hagen wird am 31. August und 1. September stattfinden. Sorgen Sie mit dafür, dass die Teilnehmerzahl nicht geringer wird. Gehen Sie mit gutem Beispiel voran. Bringen Sie nach Möglichkeit Kinder und Enkel mit.“

Kulturpreisträger Schliwinski 85 Jahre alt – Otto Schliwinski wurde am 5. März 1928 in Mulden, Kr. Lyck, geboren. Nach Flucht, 1946 erste Studien in Malerei und Grafik in Gelsenkirchen, danach Ausbildung als Zeichner. Studium an der Fachschule und der Folkwangschule in Essen. Zunächst als Maler, Grafiker und als Planungsingenieur tätig. Seit 1979 freier Maler und Graphiker. Seit 1961 mehr als 40 Einzelausstellungen in Europa, Asien, Amerika, Australien und Afrika. Unvergessen bleibt uns seine Ausstellung im Jahre 1994 in Lyck. Otto Schliwinski wohnte in Essen und Garmisch-Partenkirchen. Heute lebt er in der Nähe seines Sohnes in Zwickau. 1997 wurde ihm von der Landsmannschaft Ostpreußen in der Sparte „Bildende Kunst“ der Kulturpreis verliehen. 1998 erhielt er das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen.

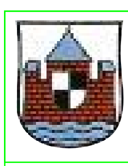
Trauer um Dieter Broschat – Am 16. Februar verstarb Dieter Broschat. Er wurde am 24. April 1939 geboren. Dieter Broschat war von 1985 bis 2003 unser Kulturwart und damit Mitglied unseres Kreisausschusses. Während dieser langen Zeit hat er sich innerhalb der Kreisgemeinschaft Lyck große Verdienste erworben. Die Hagen-Lycker Briefe von 1985 bis 2006 hat er in seiner Druckerei in Hohenwestedt gedruckt. Das Buch „Die Landgemeinden des Kreises Lyck“, das Büchlein „Lyck – Anno dazumal“ und vieles andere hat er herausgebracht. Für seine Verdienste wurde ihm Jahre 1997 das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen. Dieter Broschat bleibt in unseren Reihen unvergessen.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Lebenserinnerungen eines Ostpreußen – Albrecht Dyck liest am 20. März in 29664 Walsrode, um 15 Uhr Café Boenke, Benzer Straße 12 b auf Einladung der Schlesischen Landsmannschaft, und am 14. April in 29690 Schwarmstedt, um 16 Uhr, im Gemeindehaus der evangelisch-lutherischen Kirche zugunsten der „Brücke nach Kaliningrad“ aus seinem Buch, welches er seinen Kindern und Enkelkindern gewidmet hat. Es sind Erinnerungen, die unwiederbringlich verloren gehen, wenn sie nicht vorher aufgeschrieben wurden. Der oftmals geäußerte Wunsch, aus seinen Jugenderinnerungen zu berichten, liegt Jahre zurück, bis dann endlich die Entscheidung reifte und Albrecht Dyck zur Feder griff. Das Buch erschien vor einem Jahr und erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Ebenfalls sind die Lesungen, zum Teil in ostpreußischer Mundart, sehr gefragt. Es ist spannend, höchst informativ und im besten Sinne unterhaltsam, die Lebenserinnerungen dieses Ostpreußen zu lesen, schreibt der Bürgermeister der Stadt Bad Fallingbostel, Rainer Schmuck, in seinem Vorwort. Albrecht Dycks autobiografisches Werk spiegelt am Verlauf seines eigenen Lebens und das seiner Familie ein Stück deutscher Geschichte und Weltgeschichte wider – die Zeit vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg, so im Geleitwort des Landrats Manfred Ostermann, Landrat des Heidekreises. Die Lesung in Schwarmstedt erfolgt zu Gunsten der „Brücke nach Kaliningrad“, einer Hilfsorganisation der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde St. Laurentius Schwarmstedt. Vor beiden Veranstaltungen ist ein gemeinsames Kaffeetrinken angesagt. Zu erwerben ist das Buch im Eigenverlag bei Albrecht Dyck Teichstraße 17 29683 Bad Fallingbostel Telefon (05162) 2046, E. Mail: albrecht.dyck@t-online.de für 17 Euro plus Porto und Verpakkung.



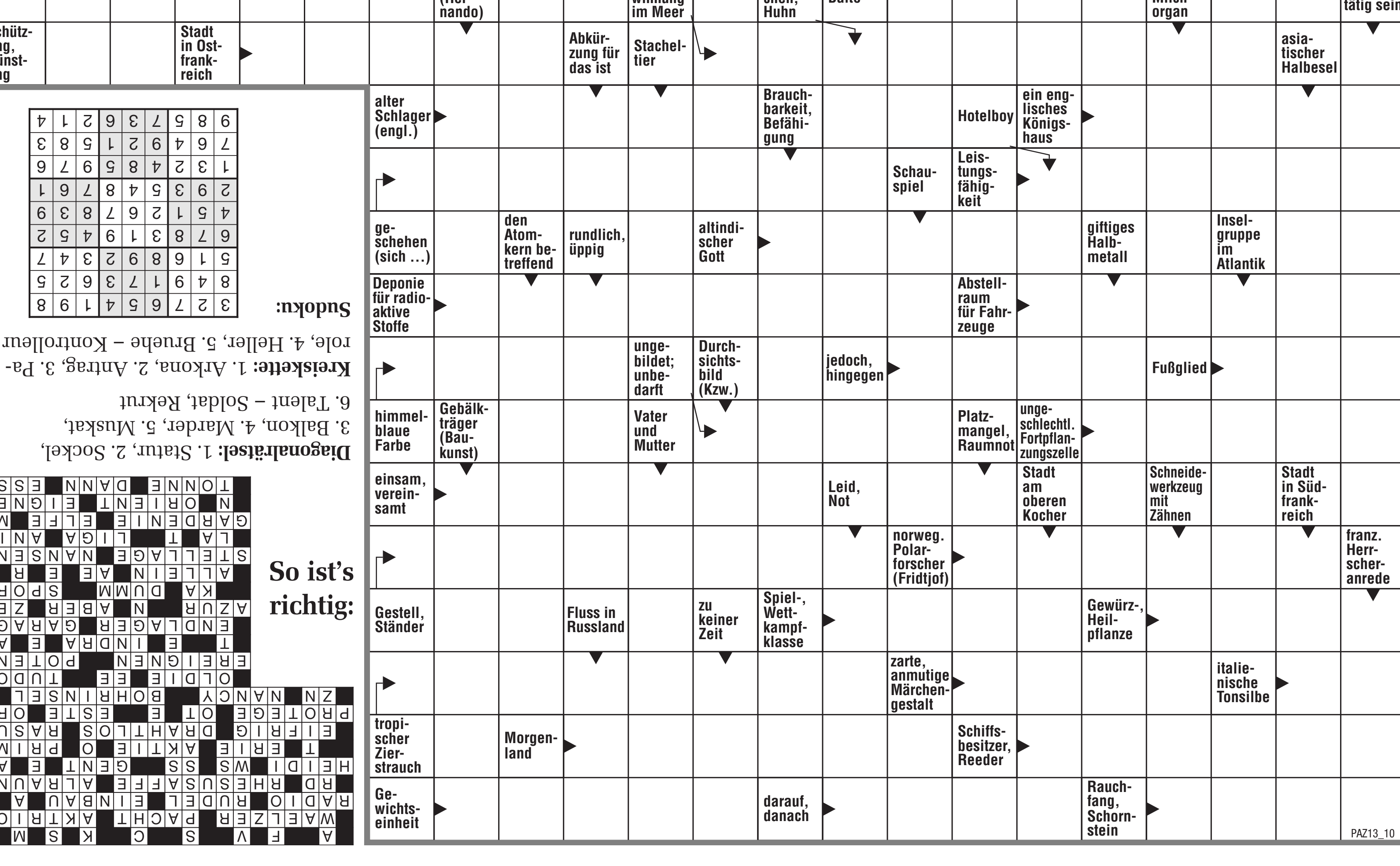
TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Realgymnasium/Oberschule für Jungen – Zum Schultreffen vom 4. bis 6. Mai in Verden/Aller haben sich bereits 30 Teilnehmer angemeldet. Im Akzent Hotel Höltje, gelegen im Zentrum der Stadt (Obere Straße 13–17, 27283 Verden/Aller), sind noch einige Einzelzimmer zum Preis von 69 Euro/Nacht einschließlich Frühstück und Doppelzimmer zum Preis von 98 Euro/Nacht einschließlich Frühstück verfügbar. Anmeldungen können unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2013“ gebucht werden, telefonisch unter (04231) 8920 oder per e-Mail unter empfang@hotel-hoeltje.de. Das Hotel ist auch im Internet anschaubar unter www.hotelhoeltje.de. Wir treffen uns am 4. Mai gegen 15 Uhr im Klubraum des Hotels zum gemeinsamen Kaffeetrinken. Der Ablauf des Schultreffens wird im Einzelnen dann dabei bekanntgegeben. In jedem Falle werden wir aber traditionsgemäß natürlich auch „Dampferchen fahren“. Mit Verden/Aller wurde ein sehenswerter Ort mit historischen Bauten und geschichtlichem Hintergrund ausgesucht, der uns angenehme Stunden verheißt. Für Rückfragen steht Klaus-Jürgen Rausch, Telefon (069) 748291 zur Verfügung.

Stiftung „Bildung und Erinnerung“: 5. Seminar „Geschichte und Politik in Vergangenheit und Gegenwart“ vom 12. bis 14. April im Ostheim, Bad Pyrmont. **Veranstalter:** Stiftung „Bildung und Erinnerung“. **Teilnehmer:** Seminar für die junge und mittlere Generation, **Kosten:** Das Seminar ist kostenfrei. Fahrtkosten werden zu 80 Prozent erstattet. Fahrkartenermäßigungen (z.B. Niedersachsenticket) sind auszunutzen. Anreise mit dem Pkw: Für den Doppelkilometer werden 0,30 Euro gezahlt.

Anmeldung: Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Anmeldeschluss: 25. März, Organisation: Wilhelm v. Gottberg, Veranstaltungsort: Ostheim, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont.

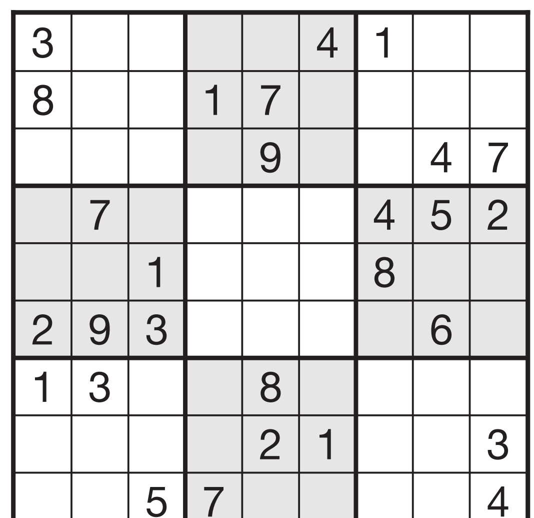


Sudoku

3					4	1		
8			1	7				
				9			4	7
	7					4	5	2
		1				8		
2	9	3					6	
1	3			8				
				2	1			3
		5	7					4

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



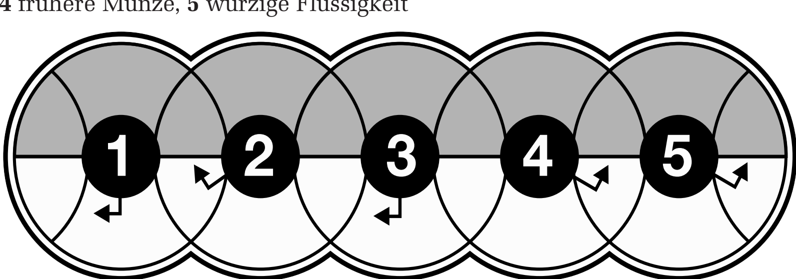
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Angehörige der Streitkräfte.

1 körperliche Erscheinung
2 Unterbau
3 Hausvorbau
4 kleines Raubtier
5 Gewürznuss
6 Begabung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Aufsichtsperson.

1 Kap der Insel Rügen, 2 Gesuch, schriftliche Bitte, 3 Erkennungswort, 4 frühere Münze, 5 würzige Flüssigkeit



So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Statur, 2. Sockel, 3. Balkon, 4. Marder, 5. Muskat, 6. Talent – Soldat, Rekrut

Kreiskette: 1. Arkona, 2. Antrag, 3. Parole, 4. Heller, 5. Bruehe – Kontrolleur

Sudoku:

3	2	7	6	5	4	1	9	8
8	4	9	1	7	3	6	2	5
5	1	6	8	9	2	3	4	7
6	7	8	3	1	9	4	5	2
4	5	1	2	6	7	8	3	9
2	9	3	5	4	8	7	6	1
1	3	2	4	8	5	9	7	6
7	6	4	9	2	1	5	8	3
9	8	5	7	3	6	2	1	4

Mutiger Einsatz für Ostpreußen

Wolfgang Thüne, bekannter Repräsentant der Heimatvertriebenen, hat sein 70. Lebensjahr vollendet

Dr. Wolfgang Thüne vollendete am 4. März das 70. Lebensjahr. Der Jubilar ist einer der wenigen bundesweit bekannten Repräsentanten der Heimatvertriebenen, insbesondere gilt dies für die weltweite Ostpreußenfamilie.

Am 4. März 1943 wurde er in Rastenburg geboren. Die Flucht verschlug seine Familie und ihn nach einer Zwischenstation in der SBZ nach Nordrhein-Westfalen in den damaligen Erftkreis Bergheim. Dort legte er zu Ostern 1962 die Reifeprüfung ab. Sofort nach dem Abitur begann er an der Universität Köln mit dem Studium. Seine Hauptfächer waren Meteorologie und Geophysik, als Nebenfächer belegte er Mathematik, Physik und Geographie. Zum Wintersemester 1962/63 wechselte er an die Freie Universität Berlin. Dort schloss er das Studium 1967 mit der Diplom-Hauptprüfung und der Gesamtnote „sehr gut“ ab. Er erhielt die Berechtigung zum Führen des akademischen Titels Diplom-Meteorologe.

Ab Januar 1968 wurde der Ostpreuße in das Beamtenverhältnis des „Deutschen Wetterdienstes“

ZDF rügte Thüne wegen Nennung deutscher Ortsnamen

übernommen. Nach Absolvierung des erforderlichen Vorbereitungsdienstes wurde er dort im Dezember 1970 zum Regierungsrat ernannt. Ab Oktober 1971 durfte Thüne eine genehmigte Nebentätigkeit als Meteorologe beim ZDF, Abteilung „Heute-Sendung“ aufnehmen. Als Wetterfrosch der Heute-Sendung wurde der Jubilar bundesweit bekannt. Seine Wetterkommentierung erstreckte sich nicht nur auf das Gebiet der Alt-Bundesrepublik, sondern bezog recht häufig Mitteldeutschland und die Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches mit ein. Dabei war es dann zwangsläufig, dass er Schlesien, Hinterpommern und Ostpreußen erwähnte. Bisweilen nannte er auch die geografischen Regionen Samland, Masuren, Rügen oder Ostbrandenburg (Neumark). Damit bereitete er den ostdeutschen Vertriebenen immer wieder Freude, aber seinen ZDF-Vorgesetzten Verdruss. Mehrmals wurde er ermahnt, seine „patriotische“ Sprachweise zu unterlassen, sie war schon damals unerwünscht. Thüne hat das standhaft ignoriert. Die Wetteransage beim ZDF endete 1986 als der Jubilar für die Konrad Adenauer Stiftung beruflich nach Brasilien wechselte.

Im Mai 1974 wechselte der Ostpreuße beruflich vom Deutschen Wetterdienst in den Dienst des Landes Rheinland-Pfalz unter Beibehaltung seines Beamtenstatus. Schon vorher war er im Dezember 1973 zum Oberregierungsrat befördert worden. Zum 1. Juni 1975 erhielt er seine Beförderung zum Regierungsdirektor. Die Grundlage für ein erfolgreiches berufliches Wirken war gelegt, nun konnte die Gründung einer eigenen Familie vorgenommen werden. Im November 1975 heiratet Thüne Marie-Luise Warth. Dem Ehepaar wurden zwischen 1977 und 1981 zwei Söhne und eine Tochter geboren. Trotz einer anspruchsvollen Tätigkeit als Beamter im höheren Dienst des Landes Rheinland-Pfalz und drei Kindern im Kleinkindalter nahm Wolfgang Thüne zum Wintersemester 1980/81 ein nebenberufliches Zweitstudium an der Würzburger Universität in den Fächern Soziologie, Politische Wissenschaften und Geografie auf. Am 4. März 1986 beendete er dieses Studium mit der Promotion zum Dr. phil. und der Note „Magna cum laude“.

Nun erfolgte der schon erwähnte berufliche Wechsel nach Brasilien, dazu hatte ihn der Dienstherr, das Land Rheinland-Pfalz beurlaubt. Die fünfköpfige Familie wechselte komplett nach Südamerika. Die Thünes kehrten am 30. Dezember 1989 nach Deutschland zurück.



Als Festredner sehr gefragt: Wolfgang Thüne wirbt für das Deutschlandtreffen der LO

Am 2. Januar 1990 nahm der Ostpreuße seine vormalige Tätigkeit im Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht des Landes Rheinland-Pfalz wieder auf. Im September 1990 wurde er in das Ministerium für Umwelt und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz versetzt. Hier wurde ihm das Referat „Naturwissenschaftliche und technische Fragen des Umweltschutzes“ übertragen. Zum 1. Dezember 1990 wurde er zum Ministerialrat ernannt. Wolfgang Thüne beendete 2008 wegen Erreichung der Altersgrenze seine berufliche Tätigkeit.

Es liegt auf der Hand, dass ein Mann mit seiner Liebe zur angestammten Heimat wie es sich beim Jubilar schon in jungen Jahren zeigte, auch nicht abseits stehen konnte als es darum ging, repräsentative Aufgaben für die Heimatvertriebenen zu übernehmen. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) wurde schon früh aufgrund der Wetterkommentierung und verschiedener Veröffentlichungen als Autor auf den Rastenburger aufmerksam. Im November 1980 erhielt er das Goldene Ehrenzeichen der LO. Er war damals der jüngste Träger dieser Auszeichnung. Diesen Rang hat ihm bisher niemand streitig machen können. Der heute 70-Jährige übernahm 1970 den Vorsitz der Landesgruppe Rheinland-Pfalz der LO. Damit wurde er Mitglied der ostpreußischen Landesvertretung. Dieses Amt hat er heute noch inne. Der Rastenburger wurde im April 1991 in den Bundesvorstand der LO gewählt. Im November 1992 berief ihn die ostpreußische Landesvertretung zum stellvertretenden Sprecher. Dieses Amt bekleidete er bis zum November 2010. Jedoch ist er auch heute noch Mitglied im Bundesvorstand der LO. Zahlreich sind die Artikel, die der Jubilar zum Recht auf die Heimat und zur Widervereinigung Deutschlands unter Einfluss Ostpreußens geschrieben und veröffentlicht hat. Besonders hervorgehoben werden muss, dass Thüne bereitwillig zahlreiche Rednerverpflichtungen bei Hauptkreistreffen und Tagen der Heimat übernommen hatte. Ein großes historisches Wissen und die Fähigkeit politische Aussagen in den geschichtlichen Kontext zu stellen, heben ihn aus der Reihe anderer Mitstreiter heraus. Nicht unwichtig für das hohe Engagement des Jubilars für die Sache der Heimatvertriebenen ist sein Vorsitz im Landesverband des BdV seit 1991. Er ist auch heute noch BdV-Landesverbandsvorsitzender in Rheinland-Pfalz. In dieser Eigenschaft war er auch einige Jahre Mitglied im BdV-Präsidium.

Auf einem (seinem) speziellen Fachgebiet des „Klimawandels“ hat Dr. Wolfgang Thüne Mannesmut vor Königsthronen bewiesen und dies gilt auch noch für jetzt und heute. Er wirbt mit guten Argumenten für seine Auffassung, dass der sogenannte „Klimawechsel“ im Wesentlichen nicht von Menschen beeinflusst werden kann. Thüne entlarvt die Hektik der Gesetzgebung zum angeblichen Klimaschutz als Klimahysterie, bei der es vorrangig um Machtfragen geht, die immer auch einen finanziellen Hintergrund haben. Der Ostpreuße steht damit nicht alleine. Namhafte Wissenschaftler in den verschiedenen Regionen der Welt teilen seine Auffassung. Der schweigenden Mehrheit der Menschen in Europa kommt das Geschrei um den Klimawandel längst spanisch vor. Das schützt Thüne aber nicht vor einer beleidigenden Stigmatisierung durch die grün alternativen Klimahysteriker, die bundesweit bei der gesamten politischen Klasse die Richtung vorgeben. Er wird als Klimawandel-Leugner bezeichnet. Die Assoziation zu anderen Leugnungen ist gewollt. Mit Schweigen übergehen die Ideologen des sogenannten Klimaschutzes die Tatsache, dass Thüne 2008 Preisträger einer bedeutsamen Stiftung für eine ideologiefreie Wissenschaft wurde. Die Schirmherrschaft bei dieser Auszeichnung hatte der frühere Bundeswirtschaftsminister und langjährige NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement. Dieser hat selbst seine leidvollen Erfahrungen mit den ideologisch gesteuerten Kadern seiner Partei machen müssen. Wolfgang Thüne wird standhaft bleiben. Ein Mann wie er, der nun in das achte Lebensjahrzehnt eintritt, lässt sich nicht mehr verbiegen. Er leistet damit einen eminent wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Meinungsvielfalt in unserem Land. Diese Meinungs-

Härtnäckiger Verteidiger der Meinungsvielfalt

vielfalt, der verfassungsmäßig garantierte Pluralismus, ist von den Tugendwächtern der „Political Correctness“ in dieser Republik schon sehr eingeschränkt.

Die große Ostpreußenfamilie, der Sprecher und die Gremien der LO, danken Herrn Dr. Wolfgang Thüne für seinen jahrzehntelangen mutigen Einsatz für Ostpreußen und die Ostpreußen sowie für sein Wirken für die Meinungsfreiheit und für eine interessenungebundene Wissenschaft.

Als langjähriger Weggefährte rufe ich dem Jubilar zu: „Wolfgang, weiterhin mutig vorwärts. Gott erhalte Dir Deine Schaffenskraft. Herzliche Glücks- und Segenswünsche.“

Der Bundesvorstand der LO
Wilhelm v. Gottberg,
Altsprecher der LO

Von Funktionären geschultert

Eine der ältesten Sportarten der Welt soll aus dem olympischen Programm fliegen. Ein Plädoyer fürs Ringen

Schon seit der Antike haben Ringer um Lorbeeren gekämpft, wie Wandreliefs und Verzierungen auf Amphoren beweisen. Darf diese Sportart, die selbst in der olympischen Hymne erwähnt wird, nicht mehr olympisch sein?

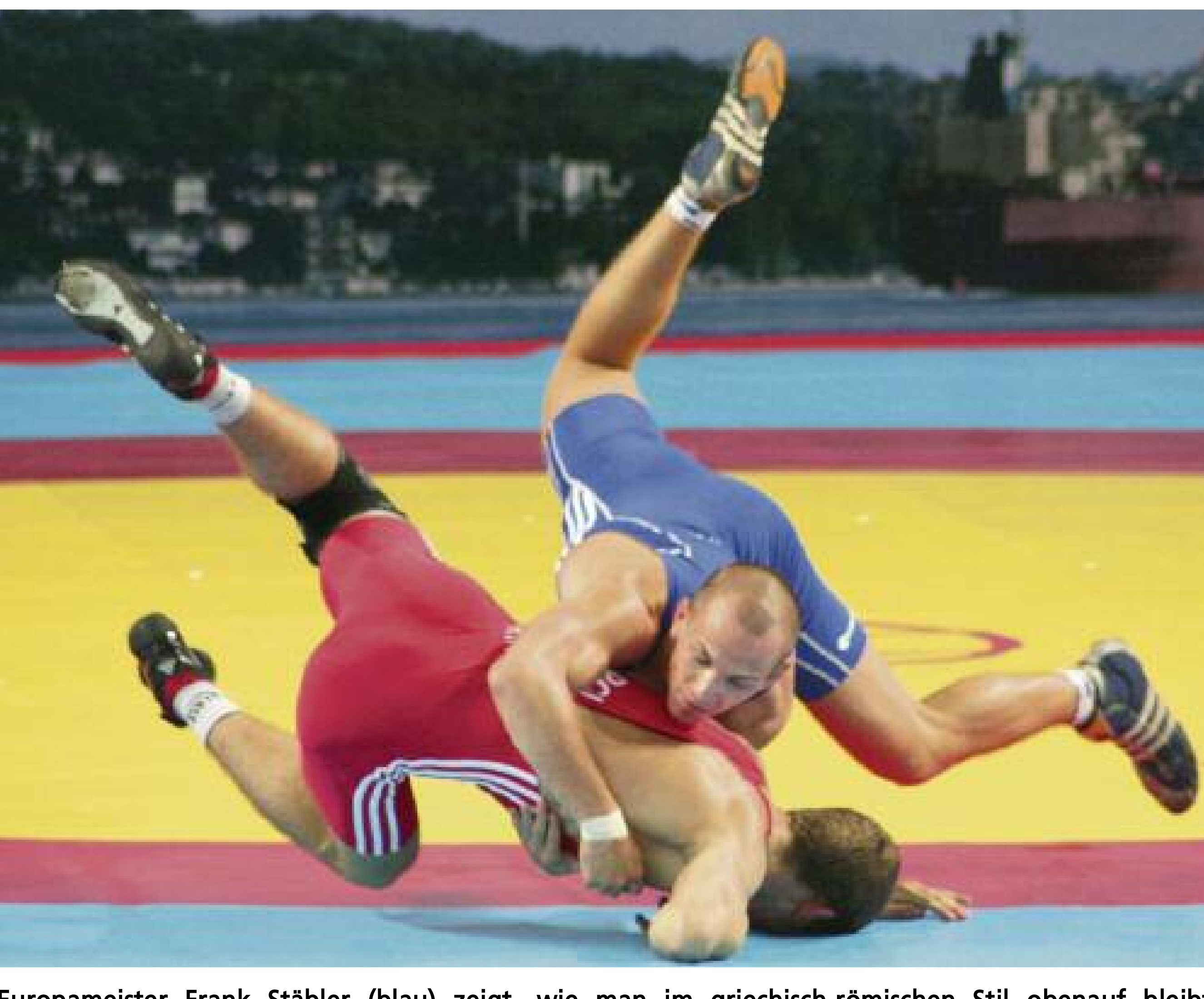
Dass Ringen ab 2020 nicht mehr dem Programm der Olympischen Spiele angehören soll, hat weltweit Proteste und Unverständnis hervorgerufen. Das Votum wurde vom 15-köpfigen Exekutivausschuss des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) gefasst, dem kein einziger Vertreter einer der großen Ringernationen angehört.

Der Exekutivausschuss des IOC besteht aus dem IOC-Präsidenten, vier Vizepräsidenten und zehn weiteren Mitgliedern. In den deutschen Medien wurde nicht berichtet, dass diesem IOC-Vorstand kein einziger Amerikaner, Russe oder Iraner angehört – also kein Vertreter der besonders großen Ringernationen. Auch Japan, die Türkei oder Aserbaidschan, wo Ringen ebenfalls einen hohen Stellenwert hat, sind im IOC-Vorstand nicht vertreten. Dafür ein Vertreter Guatemalas – das Land hat nur einmal eine Medaille gewonnen, im 20-Kilometer-Gehen.

Aufgrund der Zusammensetzung des Ausschusses steht schon die Legitimität der Entscheidung gegen das Ringen infrage. Zwei Deutsche gehören dem Ausschuss an, IOC-Vizepräsident Thomas Bach und Claudia Bökel, beide frühere Fechter. Fechten ist eine Disziplin des Modernen Fünfkampfes, der bei dem Votum des Ausschusses besonders mit Ringen konkurriert haben soll. Im Exekutivausschuss abstimmen durfte auch Juan Antonio Samaranch jr., Vizepräsident des Internationalen Verbandes der Fünfkämpfer. IOC-Vizepräsident Thomas Bach, der im Herbst den Belgier Jacques Rogge im Amt des IOC-Präsidenten beerben will, ist mit Klaus Schormann befreundet, dem Präsidenten des Deutschen Verbandes für Modernen Fünfkampf.

Wer meint, die Abstimmung im IOC-Vorstand sei nach „objektiven Kriterien“ gefällt worden, glaubt auch an den Weihnachtsmann. In Wahrheit geht es um Geld, Macht, Posten und darum, wer am geschicktesten lobbyiert. Das Komitee verwies auf einen Katalog von 39 Kriterien, nach denen es Sportarten bewertet habe. Wenn man sich diese Kriterien – nach denen Ringen schlecht abgeschnitten haben soll – näher anschaut, wird deutlich, dass sie frei interpretierbar sind und nicht einmal in einem technokratischen Sinne zwingende Schlüsse nahelegen.

Vielmehr verstärkt sich noch der Eindruck einer willkürlichen Entscheidung. Wenn es zum Beispiel um TV-Einschaltquoten geht, so hat der amerikanische Schriftsteller und frühere Ringer John Irving in der „New York Times“ dargelegt, dass die Einschaltquoten beim Ringen weltweit durchschnittlich fast doppelt so hoch sind wie beim Modernen Fünfkampf. Geht es um die Zahl der Länder, in denen eine Sportart vertreten ist, so ist folgendes festzustellen: An den Olympischen Spielen in London nahmen nur 26 Länder teil, in denen Moderner Fünfkampf praktiziert wird. Dagegen, so hält Irving fest, haben in London Ringer aus 29 Staaten Medaillen gewonnen und damit allein schon mehr als insgesamt an Nationen am Modernen Fünfkampf teilgenommen hatten. Während in 180 Ländern gerungen wird, ist Moderner Fünfkampf – zu dessen Disziplinen auch Reiten und Schießen gehört – nur in 53 Ländern vertreten. Aus 71 Ländern mussten Ringer harte Qualifikationstests



Europameister Frank Stäbler (blau) zeigt, wie man im griechisch-römischen Stil obenauf bleibt. Unten: nackte antike Ringer. Griechisches Relief, attisch, um 510 vor Christus
Bilder: Jörg Richter/pa, Archiv



bestehen, um an den Olympischen Spielen teilnehmen zu dürfen. Was die Attraktivität des Ringens für die Jugend betrifft – auch dies ein Kriterium im IOC-Katalog – verweist Irving darauf, dass es allein an den amerikanischen High Schools 270 000 Ringer gibt, darunter 8200 Frauen.

Die konkreten Ergebnisse der Bewertung pro Sportart wurden vom IOC nicht publiziert. Schon 2008 hatte die Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche“ stellvertretend für das IOC dessen Vizepräsidenten Bach den Kritik-Preis „Verschlossene Auster“ verliehen. „Das IOC duldet seit vielen Jahren Korruption und Interessenkonflikte bei der Vergabe der Spiele“, hieß es in der Begründung. Und: „Das IOC betreibt mit seiner Informationspolitik das Gegenteil von Fair Play.“ Es verbreite „routiniert Teilwahrheiten“.

Auch nach dem Votum gegen das Ringen ergingen sich IOC-Funktionäre nur in Andeutungen, Ausflüchten und Ablenkungsmanövern. Sportarten müssten sich auch weiterentwickeln, hieß es. Doch wie soll sich Ringen groß „weiterentwickeln“? Auf einer Matte stehen sich zwei Ringkämpfer gegenüber, mit leeren Händen – ganz archaisch. Gewiss kann man über die eine oder andere Kampfregel diskutieren, aber das ist zweitrangig. Wer erhöbe gegenüber den Laufwettbewerben die unsinnige Forderung, sie müssten sich „weiterentwickeln“? Es gibt eine Start- und eine Ziellinie, sonst nichts. Auch hier ist kein Raum für Schnickschnack. Die Olympische Hymne, komponiert und getextet von Kostis Palamas für die ersten Olympischen Spiele der Neuzeit 1896, nennt im griechischen Original drei Sportarten namentlich: Laufen, Ringen und Weitwurf.

Ringen darf sich nun auf einer Sitzung des IOC-Komitees im Mai in einem Präsentationswettbewerb mit Baseball/Softball, Wushu, Wakeboarden, Squash, Sportklettern, Karate und Rollersport darum bemühen, vielleicht auch nach 2016 an Olympischen Spielen teilnehmen zu können. Die endgültige Entscheidung soll die IOC-Vollversammlung im September in Buenos Aires fällen. Die Mai-Sitzung findet in St. Petersburg statt, in der Höhle der russischen Ringer-Löwen. Der Ringer-Weltverband hat jetzt den Russen Alexander Karelin, den hünenhaften dreifachen Olympia-Goldmedaillengewinner und neunfachen Weltmeister, in sein Führungsgremium hineingewählt.

> Im September wird das Urteil gefällt

Der Präsident des bulgarischen Ringerverbandes, Walentin Jordanow, hat aus Protest seine Goldmedaille von 1996 an das IOC zurückgeschickt. In einem Offenen Brief des Deutschen Ringerbundes (DRB) an IOC-Vizepräsident Bach heißt es: „Im DRB haben wir mehr als 65 000 Mitglieder, 470 Vereine im Ligabetrieb, bei den Finalkämpfen bis zu 10 000 begeisterte Fans. Ist dies mangelnde Attraktivität?“ Bei den Olympischen Spielen seien die Ringersportstätten sämtlich ausverkauft gewesen. Deutsche Ringer erkämpften 50 Medaillen auf Olympischen Spielen. Bis heute ist legendär, wie Wilfried Dietrich 1972 mit einem Jahrhundertwurf den amerikanischen 182-Kilo-Riesen Chris Taylor bezwang.

Ringen ist unverändert auch erzieherisch höchst wertvoll: In kaum einer anderen Sportart können Kinder und Jugendliche so gut Körpergefühl, Gewandtheit, Kraftausdauer, Selbstbewusstsein und Achtung vor einem Gegner im Kampf nach festen Regeln erwerben. *Michael Leh*

IN KÜRZE

Auslaufmodell Telefonkarte

Eine vermeintliche „Goldgrube“ ist oft schneller erschöpft, als man denkt. So waren zum Beispiel Zigaretten nach dem Zweiten Weltkrieg das Geld-Ersatzmittel schlechthin. Heute sind sie als Zahlungsmittel weitgehend vergessen. Aber immerhin haben sie noch einen Warenwert.

In so manchen Schubladen befinden sich hingegen noch vermeintliche Schätze, die heute, rund 25 Jahre nach ihrem Erwerb, nahezu wertlos geworden sind: Telefonkarten. Unbenutzt, sozusagen jungfräulich, versteht sich. Denn nur jene, deren Guthaben nicht abtelefoniert war, wurden unter Sammlern gehandelt und von ihnen gehortet.

Wie lange der Hype um die Telefonkarten dauerte, mit denen man in Telefonzellen der Telekom telefonieren kann, ist nur schwer zu sagen. Vielleicht waren es fünf, vielleicht acht Jahre. Von einem Jahrzehnt kann man wohl kaum sprechen, denn mit dem Aufkommen der Handys und ihrer Verbreitung in allen Alters- und Gesellschaftsschichten werden Telefonzellen obsolet und somit verlieren auch die Telefonkarten mit ihren vielen bunten Motiven, für die Sammler zeitweise hohe Summen hingeblättert hatten, nach und nach ihren Sinn.



„Dino“-alte Telefonkarte

Selbst jene Raritäten, für die man 1989 noch 22 800 D-Mark bezahlte, sind heute schon für 2500 Euro zu haben. Die meisten Telefonkarten sind jedoch nicht einmal das Guthaben wert, das auf ihnen in D-Mark aufgedruckt zu lesen steht. Wer bei dem Auktionshaus Ebay sein Glück versucht und Karten versteigert, kann von Liebhabern noch einige Euro erhalten, aber diese entsprechen nur selten dem Wert, den der Inhaber der Telefonkarte einst in D-Mark investiert hat. Im Grunde sind die alten Telefonkarten reif fürs Museum. Ihre bunten Motive, ihre Funktion als Werbeträger sowie die Technik- und Alltags-Geschichte, die sie erzählen, sind eine Ausstellung wert. *Bel*

Eiskalt erwischt

Noch nicht olympisch, aber bald? Beim russischen Brumbol dürfen Frauen und Männer in einem Team auf dem Eis den Besen schwingen

Von wegen, Harry Potter hat „Quidditch“ gespielt! Mit seiner Ausrüstung – Besen, Ball, Galoschen – sehen ihn Russen als Mitstreiter im echt russischen „Brumbol“, der im Winter Hochsaison hat, wo man vor lauter Wettkämpfen nicht mehr zum Training kommt.

Die russische Wintersportszene verzeichnet laufend Novitäten wie Skijöring, bei dem man sich auf Skiern vom Pferd, Auto oder Motorrad ziehen lässt. Aber Brumbol geht auf das altrussische „Ball-Hockey“ zurück und ist eine Sportart, die von der 1966 gegründeten „Moskauer Brumbol-Liga“ in ortsüblicher Ruppigkeit exekutiert wird.

> Gespielt wird vor deutscher Botschaft

Brumbol ist der phonetisch russifizierte „Broomball“, der „Besenball“, den um 1900 herum Journalisten im kanadischen Quebec als winterliche Parodie des „Nationalsports“ Eishockey erdacht hatten. Sie balgten sich auf dem Eis, ohne Schlittschuhe, aber in gleitfähigen Gummischuhen und ausgerüstet mit „brooms“ (Besen), mit denen mittelgroße Bälle ins gegnerische Tor zu bugsieren waren.

Was als winterlicher Ulk begann, wurde bald ein Publikumsrenner, der Mitte der 1950er Jahre sogar internationale Dimensionen erreichte. Kanada und die USA trugen ein Länderspiel aus, seither besteht in fast jedem US-Staat eine eigene „Broomball-League“.

Etwa zur gleichen Zeit kam das Spiel in die Sowjetunion, importiert von westlichen Konsuln und



Bild: samogid

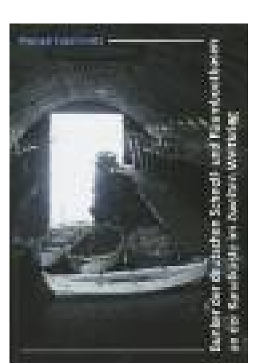
Frauen „fegen“ beim Brumbol die Männer kräftig weg

darum bei Russen bis heute als „konsulski sport“ bekannt. Gespielt wird zumeist auf gefluteten Tennisplätzen, momentan auf der Anlage bei der deutschen Botschaft. Die „German Eagles“ spielen derzeit glücklos: Vier Spiele, davon drei verloren – keine Aussicht auf Wiederholung früherer Triumphe. Aber es geht ja nicht um Nationalmannschaften, sondern um multinationale Teams von Botschaften oder ausländischen Firmen, im Bundesadler-Dress oder sonst wie.

Ein Spiel dauert dreimal 20 Minuten, plus „overtajme“ bei Unentschieden. Jedes Team umfasst einen Torwart und sechs Feldspieler. Auswechselungen „sind nicht vorgesehen“, höchstens dürfen Torwart und Torschütze die Plätze tauschen. Gekleidet sollten die Spieler wie Eishockeycracks sein mit Helmen und Bandagen, was sie in der Regel nicht sind. Also geht jeder aufs Eis, wie er möchte, sofern er nur die gummibesohlten und rutschtauglichen Brumbolschuhe trägt. Die dürfen „keine Nägel“ haben, mehr Regeln bestehen nicht. Die „metla“ (Besen) hat sich längst zu einem langstieligen Löffel gemausert, ausgenommen in Moskau, wo russische Raubeine mit Besen kämpfen, die weniger Verletzungen verursachen.

> Einzige Regel: Gummi- statt Schlittschuhe

Wird Brumbol je olympische Sportart? Die Russen hoffen es, auch wenn es den Verlust an „divokina“ (fröhlichem Trubel) einschließt. Früher warben Reisebüros für Brumbol als demokratischste Art der Erholung für ganze Kollektive, besonders wenn man aus Männern und Frauen gemischte Teams gründen konnte. Eisflächen gibt es im russischen Winter überall, Gummigaloschen hat ohnehin jeder. Also anziehen, Besen in die Hand und „vpered k pobede“ (vorwärts zum Sieg)! *Wolf Oschlies*



Luftschutz für Boote

Deutsche Marinegroßbauten

Nachdem die deutsche Kriegsmarine im Sommer 1940 die Atlantik- und Kanalhäfen in Besitz genommen hatte, wurde entschieden, für jedes von Feindfahrt zurückgekehrte U-Boot einen geschützten Liege-, Ausrüstungs- und Reparaturplatz zu schaffen. Bald kamen Schutzbauten für Schnellboote und Minenräumfahrzeuge hinzu. Die vor sieben Jahrzehnten entstandenen massiven Bauwerke, die die in ihren Häfen wehrlosen Boote vor feindlichen Bomben schützen sollten, zeugen noch heute vom erbitterten Ringen zur See. Sie sind Teil des größten Bauprojekts der Menschheitsgeschichte, der Verbunkerung Europas im Zweiten Weltkrieg, dessen Spuren selbst aus dem All noch deutlich sichtbar sind.

Der Historiker Michael Foedrowitz, der sich bereits durch mehrere Veröffentlichungen zu den Luftschutz- und Luftverteidigungsbauten auf diesem Gebiet einen Namen gemacht hat, schließt mit seiner Darstellung der Bunker der deutschen Schnell- und Räumbootbasen eine Lücke. Über die U-Boot-Bunker gibt es seit Langem das Standardwerk von Sönke Neitzel, und Lars Hellwinkel hat kürzlich eine vorwiegend sozialhistorisch gehaltene Darstellung der deutschen Marinestützpunkte in Frankreich vorgelegt. Im Gegensatz zu den U-Booten führten die Schnell- und Räumboote einen unspektakulären und daher weitgehend unbeachteten Krieg. Dementsprechend gering ist das Dokumentations- und Forschungsinteresse an den für sie errichteten Schutzbauten. Erschwerend kommt die äußerst dürftige Quellenlage hinzu. Foedrowitz hat sich davon nicht entmutigen lassen. Mit einem jahrelangen Recherche- und Reiseaufwand ist es ihm gelungen, eine Gesamtdarstellung zu diesem Thema zu schaffen. Dabei belässt er es nicht bei einer bauhistorischen Betrachtung, sondern er verliert nie den historischen Kontext aus den Augen. Nach einführenden Kapiteln über den Westfeldzug und den Einsatz der Schnell- und Räumboote stellt er die einzelne Stützpunkte und die dortigen Schutzbauten vor. Breiten Raum nimmt die Beschreibung des weiteren Kriegsverlaufs mit den alliierten Luftangriffen auf die Stützpunkte ein. Ein Kapitel über das Nachkriegsschicksal der Bauwerke, die teils zerstört, teils weiter militärisch genutzt oder an zivile Nutzer vergeben wurden, sowie ein Blick in die Zukunft schließen die Darstellung ab.

Europa war damals voller Bunker

Der Text ist nicht nur sehr informativ, sondern auch gut lesbar und überfordert den Leser nicht mit zu vielen technischen Details. Beeindruckend ist die Fülle an Illustrationen, seien es zeitgenössische Fotos, Pläne, Faksimiles von Dokumenten oder überwiegend vom Autor selbst gemachte Aufnahmen aus unseren Tagen. Ein Anhang sowie ein Quellen- und Literaturverzeichnis runden die Darstellung ab. Das Buch darf zu Recht einen Platz unter den Standardwerken zu den deutschen Marinegroßbauten beanspruchen.

Jan Heitmann

***Michael Foedrowitz: „Bunker der deutschen Schnell- und Räumbootbasen an der Kanalküste im Zweiten Weltkrieg"**, Silvertant Erfgoedprojekten, Valkenburg (NL) 2012, gebunden, 328 Seiten, 69,90 Euro*



Missstände beheben

Cem Gülay über Ursachen einer fehlenden Integration

Mit Cem Gülay ist Spaß im Bett garantiert – bei der abendlichen Lektüre versteht sich. Sein „Kein Döner Land. Kurze Interviews mit fiesen Migranten" ist zwar vom Untertitel zu übertrieben gewählt, aber im Ganzen überrascht das Buch positiv. Cem Gülay, der vor einigen Jahren in „Türken-Sam. Eine deutsche Gangsterkarriere" seine kriminelle Vergangenheit geschildert hat, beschreibt nun seine Erlebnisse, die er anlässlich der Lesungen seines Buches gemacht hat. Da seine Abkehr vom kriminellen Milieu hin zu einem braven Buchautor vielen Schulen und Integrationsfestivals eine Lesung des Autors wert war, reiste er durch das Land, um jungen Menschen zu berichten, dass eine kriminelle Karriere langfristig gesehen keine Perspektiven bietet.

Bei seinen Reisen nimmt der Autor, der selbst 1970 als Gastarbeiterkind in Hamburg geboren ist, mit Entsetzen zur Kenntnis, dass es ganze Schulklassen mit ausschließlich „Schwarzköpfen" gibt. Ja, er sagt wirklich „Schwarzköpfe" und sein Co-Autor Helmut Kuhn lässt ihm das durchgehen, denn Gülay darf, da ja selber „Schwarzkopf", so etwas sagen. Überhaupt schreibt er viele Dinge, die bei seinem deutschen Co-Autor sofort als rassistisch eingestuft werden würden, was gerade die Würze des Buches ausmacht. Man merkt, dass bei Gülay zwei Herzen in seiner Brust schlagen und daher fühlt er sich in beide Seiten ein. So bedauert er die Lehrer, die diese reinen Immigrantenklassen unterrichten müssen, betont, dass „Kopftuchmädchen" keineswegs unter- drückte Geschöpfe sind, sondern gerne auch mal ihre deutschen Lehrer tyrannisieren, und er findet Worte des Mitgefühls für die wenigen verbliebenen deutschstämmigen Schüler, er nennt sie Bio-Deutsche, die sich in ihrem Land unauffällig verhalten oder gar den Zugewanderten anpassen müssen, um nicht verprügelt zu werden. Gülay, der übrigens der Cousin der baden-württembergischen Ministerin Bilkay Öney ist, die er in einem Kapitel auch interviewt, spricht viele Missstände an und bietet dabei interessante Einblicke. Zum Beispiel erwähnt er die Sorgen libanesischer, türkischer und arabischer Krimineller bezüglich der Zuwanderung der Roma aus Osteuropa. Die Roma würden sich nicht an die Regeln halten und seien zudem schwer zu fassen, da sie keine festen Standorte hätten. Auch kritisiert Gülay den staatlichen Umgang mit kriminellen Migranten. So lange diese immer wieder in ihr kriminelles Umfeld entlassen werden würden, würden sie immer wieder rückfällig, zu groß sei der Druck in der eigenen Sippe. Und er schlägt die Gründung von Männerhäusern irgendwo außerhalb der Migrantenmilieus vor, in denen die besserungswilligen Jungs eine Ausbildung machen und auf Spur kommen könnten. Das sei sinnvoller als segeln auf einem Sozialarbeiterschiff oder ein Sommercamp an der Ostsee.

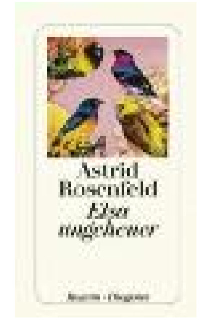
Roma-Zuwanderung ärgert türkische und arabische Kriminelle

Gülay betont, wie wichtig die Beherrschung der deutschen Sprache sei, und sagt, dass er immer wieder erlebt habe, dass ihn seine deutschen Gegenüber vor allem deshalb überwiegend akzeptierten, weil er akzentfrei Deutsch spreche. Auch schreibt er: „Eigentlich wollte ich mich heraushalten aus der Religionsdebatte, weil sie mich nervt. Der Islam ist wie der Euro. Niemand will ihn, aber man muss mit ihm auskommen." Auch warnt Gülay die jungen türkischstämmigen Bundesbürger, die Beschreibungen der Eltern über deren Herkunftsland allzu sehr für bare Münze zu nehmen. Auch in der Türkei brauche man einen ordentlichen Beruf und werde keineswegs mit offenen Armen empfangen, wenn man sich dort langfristig niederlassen wolle. Auch wundert sich der Autor, dass deutsche Bürger offenbar mehr Interesse haben an seinen Erfahrungen als türkischestämmige, dabei könnten doch gerade letztere von ihm lernen.

Dass Gülay die Thesen von Thilo Sarrazin verabscheut, verwundert ein wenig, denn manches, was er beschreibt, erwähnt auch Sarrazin, allerdings kommen beide nicht immer zu denselben Schlüssen. Und gegen Ende des Buches ruft der Autor Türken, Kurden und Araber auf, endlich Sozial-Abzokkern und Schlägern in den eigenen Reihen eine klare Absage zu erteilen und dieses auch den eigenen Kindern deutlich zu machen. Dem kann man nur beipflichten!

Rebecca Bellano

***Cem Gülay, Helmut Kuhn: „Kein Döner Land. Kurze Interviews mit fiesen Migranten"**, dtv premium, München 2012, kartoniert, 216 Seiten, 14,90 Euro*



Schicksals-Freundin

Zwei Halbwaisen machen eine ungewöhnliche Bekanntschaft

Als die Mutter der Brüder Lorenz und Karl Brauer stirbt, drohen trübe Zeiten, da der Vater der Jungen seinen Schmerz im Alkohol zu ertränken sucht und die mürrische Haushälterin, genannt die Kratzlerin, den Jungen die Mutter weder ersetzen kann noch will. Doch dann hält Elsa in ihrem Dorf Einzug.

Astrid Rosenfeld beschreibt in dem Roman „Elsa ungeheuer" Elsa Gröhler als ein wildes und eigensinniges Kind. Im Sommer trägt sie stets Krawatten um die Waden, da ihr diese zu dick vorkommen und sie durch die straff gebundenen Krawatten auf schlankere „adlige" Waden hofft. Da Elsas Mutter mit ihrem neuen Liebhaber eine Weltreise plant, gibt sie ihre widerborstige Tochter einfach bei ihrem Ex-Mann, Elsas Vater, ab. Und so gelangt Elsa in das Leben der Brüder Lorenz und Karl. Und egal, wie sehr sich das Leben der beiden Brüder im Laufe der Jahre noch ändern wird, beide Jungen werden das Mädchen aus Kindertagen nie vergessen können, wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen.

Karl, von Elsa „Fetti" genannt, verliebt sich bereits im ersten Moment, als er Elsa erstmalig erblickt, in das Mädchen. Egal, wie gemein und herzlos sie sich ihm gegenüber auch verhält, Karl ist ihr hoffnungslos verfallen. Voller Bewunderung für seine Angebetete und seinen älteren Bruder Lorenz stellt Karl seine Bedürfnisse stets in den Hintergrund. Eine Eigenschaft, die er noch viele Jahre wie einen lästigen Kropf herumtragen wird.

Völlig unvermittelt verschwindet das Mädchen eines Tages aus dem Leben der Brüder und so bleiben sie mit ihrem depressiven Vater, der Kratzlerin und einer stetig weiter verfallenden Ferienpension allein zurück. Und dies ist der Moment, in dem die Autorin den Leser aus dem Dorf-Idyll herausreißt und ihn in die Welt der schillernden Partys, des zügellosen Kokainkonsums und der unlimitierten Kreditkarten schubst. Zeitweise entsteht der Eindruck, Astrid Rosenfeld wolle aus den einst so unschuldigen Halbwaisen seelenlose, kokainschnupfende Hüllen machen, doch wieder kommt es anders.

Am Ende des Romans „Elsa ungeheuer" hat man das Gefühl, deutlich mehr als lediglich 276 Seiten gelesen zu haben. Nach einer Reihe von Schicksalswendungen wartet die Autorin mit dem auf, wonach die Jungen schon in ihrer Kindheit zu suchen begonnen hatten – einer Erkenntnis. Durch das in dem Roman leicht überdosierte, allgegenwärtige melancholische Flair wirken manche Szenen etwas surreal, was dem Roman allerdings einen sehr individuellen Stil verleiht.

Vanessa Ney

***Astrid Rosenfeld: „Elsa ungeheuer"**, Diogenes Verlag, Zürich 2013, geb., 276 Seiten, 21,90 Euro*

Dubiose Quellen und Fehlinterpretationen

Britischer Autor auf den Spuren des Islam – Nicht Frieden, sondern Einfluss war das Ziel

Die Geschichte des frühen Islam liegt fast völlig im Dunkeln. Fest steht nur, dass für die angeblichen „Quellen" über das Leben des Propheten Mohammed und die Entstehung des Korans das Diktum des hellsichtigen britischen Historikers Edward Gibbon zutrifft: „Das einzige, was an diesen erbaulichen Texten stört, ist das Fehlen von Wahrheit und gesundem Menschenverstand." Dennoch aber machen die Traditionalisten unter den Islamwissenschaftlern den Fehler, sichtlich „zurechtgebogene" oder gar konstruierte Überlieferungen als glaubwürdige Zeugnisse zu behandeln. Dahingegen stützen sich die sogenannten Revisionisten eher auf archäologische, numismatische und sprachwissenschaftliche Befunde. Daraus ziehen sie den Schluss, dass Mohammed eine nachträglich erfundene Figur sei – geschaffen, um den Koran als genuin arabische Schöpfung hinzustellen. Dabei handele es sich bei dieser Schrift jedoch um keine Gründungsurkunde einer neuen Religion, sondern um das Bekenntnis einer „ketzerischen" christlichen Bewegung, in dem sich Aussagen des Alten und Neuen Testaments, der Apokryphen, der orthodoxen ostsyrischen Theologie sowie altpersische und buddhistische Glaubenssplitter miteinander vermischen.

Ganz so weit will der britische Erfolgsautor Tom Holland, der hierzulande vor allem durch seine beiden meisterlichen Werke „Persisches Feuer" und „Millennium" von sich reden machte, allerdings nicht gehen: Er meldet keine Zweifel an der Historizität Mohammeds an, gibt aber ansonsten ebenfalls keinen Pfifferling auf die dubiosen und fehlinterpretierten „Quellen" aus der Anfangsphase des Islam. Deshalb muss der sogenannte „Steven Spielberg unter den Historikern" die Entstehung und den Siegeszug der muslimischen Religion aus den geistigen und politischen Verhältnissen der Spätantike heraus erklären, was wiederum einen schier endlosen Anlauf erfordert und viele Textseiten beansprucht. Doch auch unter diesen Umständen gerieten die Ausführungen über Mohammed und die Herausbildung des arabischen Weltreichs „unverschämt provisorisch", wie Holland selbst ganz offen zugibt.

Gewalt begann bereits vor den Kreuzzügen

Das heißt aber nicht, dass seine Ausführungen an Deutlichkeit zu wünschen übrigließen, wenn es um einen entscheidenden Wesenszug des Islam geht, der in der derzeitigen Diskussion kaum noch beachtet wird: Die Anhänger der angeblichen „Religion des Friedens" griffen beileibe nicht erst zur Gewalt, als sie mit den Gegenangriffen des Westens in Form der Reconquista und der Kreuzzüge konfrontiert wurden! Zum einen endeten bereits ihre allerersten und völlig unprovozierten Vorstöße in das Byzantinische beziehungsweise Persische Reich mit vielerlei Gemetzeln, wie zum Beispiel dem Massaker an der Bevölkerung der heiligen persischen Stadt Veh-Ardashir – damals wurden um die 40 000 Menschen ermordet. Zum anderen gingen sich die Muslime auch schon bald gegenseitig an die Kehle. Bereits der zweite Kalif Uthman ibn Affan wurde 656 in Medina von seinen eigenen Glaubensbrüdern wegen eines angeblichen Wortbruchs gelyncht. Und vier Jahre später kam es zur ersten Fitna, das heißt zum arabisch-islamischen Bürgerkrieg und zur nachfolgenden Glaubensspaltung zwischen Sunniten und Schiiten, als die Anhänger Uthmans einen Nachfolger wählten, der sich gegen den neuen Kalifen Ali ibn Abi Talib stellte. Drei weitere Fitnas im 7. und 8. Jahrhundert folgten, begleitet von teilweise abscheulichen Gräueltaten gegenüber Konkurrenten und „Abweichlern". Daraus kann man unschwer ersehen, dass es sehr viel weniger um Frieden als um Macht und Einfluss ging, wobei der Griff danach häufig von einem lustvollen Sadismus begleitet wurde. So bezeichnet Holland es als überaus typisch, dass der Begründer der Abbasiden-Dynastie sein erstes Bankett auf Teppichen veranstaltete, unter denen die sterbenden Anhänger des gestürzten alten Kalifen langsam und qualvoll verröchelten.

Wolfgang Kaufmann

***Tom Holland: „Im Schatten des Schwertes. Mohammed und die Entstehung des arabischen Weltreichs"**, Klett-Cotta, Stuttgart 2012, geb., 532 Seiten, gebunden, 29,95 Euro*

Weitere Titel

Reinhard Barth: „Das Mittelalter. Kirche, Krone und Kreuzzüge", *Komet, Köln 2012, gebunden, 415 Seiten, 14,99 Euro*

Hubert Bjarsch: „Deutschland – meine Liebe, meine Katastrophe. Vergangenheit trifft Zukunft", *Frieling, Berlin 2012, broschiert, 187 Seiten, 9,90 Euro*

Werner Bräuninger: „Feldherren Halle. Triumph und Untergang 1935 bis 1945", *Regin, Preetz 2012, gebunden, 430 Seiten, 24,95 Euro*

Sigurd Göttlicher: „Das Geheimnis von Bethlehem oder Die Sandelholzkiste. Ein Kirchenkrimi auf geschichtlicher Basis", *Erich Weiß Verlag, Bamberg 2012, gebunden, 275 Seiten, 18,50 Euro*

Dietrich A. H. Kirchner: „Kein Meer zu weit – kein Grund zu tief", *Projekte Verlag, Halle 2012, gebunden, 291 Seiten, 17,50 Euro*

Preußen-Schirmmütze





Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



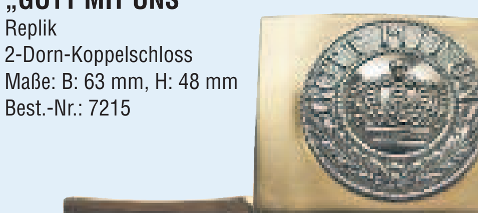
Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

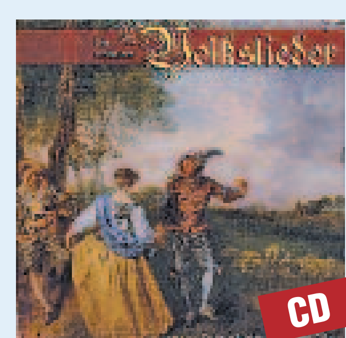
Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS“
Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215





€ 19,95

Die schönsten Volkslieder



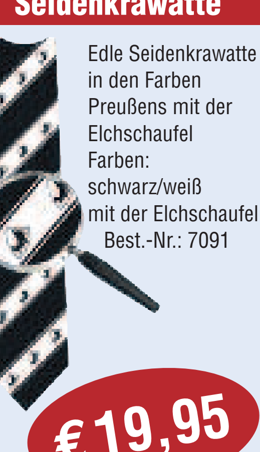
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Gertrud Höhler
Die Patin
Wie Angela Merkel Deutschland umbaut
Geb., 296 Seiten
Best.-Nr.: 7198, € 21,95



Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95



€ 12,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite
Best.-Nr.: 6934



Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Manfred Spitzer
Digitale Demenz





Digitale Medien nehmen uns geistige Arbeit ab. Was wir früher einfach mit dem Kopf gemacht haben, wird heute von Computern, Smartphones, Organizern und Navis erledigt. Das birgt immense Gefahren, so der renommierte Gehirnforscher Manfred Spitzer. Die von ihm diskutierten Forschungsergebnisse sind alarmierend: Digitale Medien machen süchtig. Sie schaden langfristig dem Körper und vor allem dem Geist. Wenn wir unsere Hirnarbeit auslagern, lässt das Gedächtnis nach. Nervenzellen sterben ab, und nachwachsende Zellen überleben nicht, weil sie nicht gebraucht werden. Bei Kindern und Jugendlichen wird durch Bildschirmmedien die Lernfähigkeit drastisch vermindert. Die Folgen sind Lese- und Aufmerksamkeitsstörungen, Ängste und Abstumpfung, Schlafstörungen und Depressionen, Übergewicht, Gewaltbereitschaft und sozialer Abstieg. Spitzer zeigt die besorgniserregende Entwicklung und plädiert vor allem bei Kindern für Konsumbeschränkung, um der digitalen Demenz entgegenzuwirken.
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7216

€ 19,99



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Stéphane Hessel
An die Empörten dieser Erde!
Was in seinen beiden Aufrufen Empört Euch! und Engagiert Euch! naturgemäß knapp ausfiel und wegen der direkten Ansprache nicht vertieft werden konnte, findet in „An die Empörten dieser Erde!“ nun seinen notwendigen Unterbau. Da hinter Hessels Appellen ein ganzes Leben an Engagement, an Erfahrung, an Empathie und tiefem Nachdenken steht, entfalten seine Thesen ihren Reichtum und ihre Überzeugungskraft am deutlichsten im Dialog mit den Adressaten. Diesen Dialog bildet das vorliegende Buch ab und erschließt somit sehr konkret das Denkgebäude des Stéphane Hessel: Was bedeutet Empörung, was Engagement angesichts einer zu gestaltenden Weltgesellschaft, auf deren Schwelle wir stehen? Angesichts des Arabischen Frühlings, der Griechenlandkrise, der Arbeitslosigkeit in Spanien und der globalen Märkte? Wie soll es im Sinne einer Erziehung zu Mitgefühl und globaler Verantwortung weitergehen?
In einer Zeit der Sinnsuche und des Werteverlustes findet Stéphane Hessel millionenfach Gehör ganz besonders bei der Jugend dieser Welt.
Mit seinen 94 Jahren zeigt Stéphane Hessel, dass Teilhabe an der Gesellschaft keineswegs von Alter, sondern von Bewusstsein abhängt. Er übernimmt Verantwortung, wie er es sein Leben lang getan hat, und er versucht andere zu animieren, dies auch zu tun. In einer Zeit der Sinnsuche und des Werteverlustes findet er dabei millionenfach Gehör ganz besonders bei der Jugend dieser Welt. Die neue Botschaft Stéphane Hessels an die Empörten dieser Erde lautet: Der Mensch hat nicht nur ein Gehirn, sondern auch ein Herz bekommen, und genau dieses müssen wir stärken Bleibt nicht dabei, empört zu sein, sondern zeigt Verantwortung. Verändert diese Welt, habt Mitgefühl, seid Bürger einer wahrhaften Weltgesellschaft!
Kart., 126 Seiten, Best.-Nr.: 7220

€ 10,00



Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Ulrich Saft
Krieg im Osten
Das bittere Ende jenseits der Weichsel bis Oder und Neiße
Geb., 600 Seiten
Best.-Nr.: 3242, € 39,95



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

Kurt von Tippelskirch
Geschichte des Zweiten Weltkriegs



General der Infanterie Kurt von Tippelskirch verfaßte diese grundlegende Darstellung des gesamten Kriegsverlaufs des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1950 bis 1951. Es war dies das erste Werk eines deutschen Generals, das die dramatischen Ereignisse in den verschiedenen Phasen des Krieges und an den unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in einer gut lesbaren, allgemein verständlichen Form im Zusammenhang schildert. Die sachliche und nüchterne Arbeitsmethode des gelernten Generalstäblers spiegelt sich in dieser „Geschichte des zweiten Weltkrieges“ wider. So entstand eine Arbeit mit einem vornehmlich darstellenden, wertungsfreien Charakter, die das Kriegsgeschehen dennoch ganz bewußt von einem deutschen Standpunkt aus beschreibt.
Geb., 896 Seiten, 10 Karten und 55 militärische Skizzen im Textteil, 10 beigelegte militärische Lagekarten
Best.-Nr.: 7210, € 49,80

Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen



Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in dieser ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Prußen, jenem geheimnisvollen Volk, das dem späteren Staat Preußen seinen Namen gab.
Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten.
Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. Aber es dauerte noch Jahrhunderte, bis die Sprache und Kultur der Prußen durch Unterdrückung, Missionierung und Assimilation verloren gingen.
Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen
Best.-Nr.: 7209



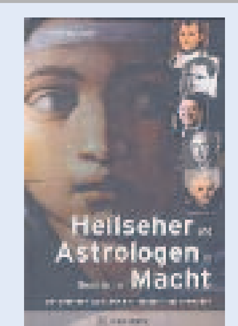
€ 19,80



Ulrich Saft
Das bittere Ende der Luftwaffe
Geb., 208 Seiten, mit etlichen Fotos, Anhang
Best.-Nr.: 4881, € 24,95



Reinhold Busch (Hrsg.)
Stalingrad
Der Untergang der 6. Armee. Überlebende berichten
Geb., 464 Seiten, ca. 50 ganzseitige S/W-Bilder
Best.-Nr.: 7214, € 24,90



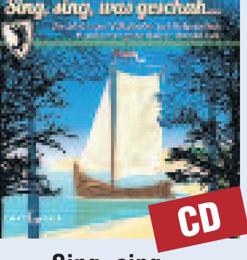
Stephan Berndt
Hellseher und Astrologen im Dienste der Macht
Die geheimen Einflüsse auf Politiker und Herrscher
Geb., 392 S. m. zahlr. Abb.
Best.-Nr.: 7217, € 24,90



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr.: 7203, € 12,95

Alfred M. de Zayas
Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts





Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts wurde 1939 mit der Aufgabe eingerichtet, völkerrechtswidrige Handlungen der Kriegsgegner Deutschlands zu dokumentieren. Die Unterlagen dienten juristischen und diplomatischen Stellen des NS-Staates zur Erstellung von Weißbüchern, Protestschreiben und Anklagen gegen Kriegsgefangene.
Professor Alfred M. de Zayas hat als erster die 226 erhaltenen Aktenbände ausgewertet. Diese Akten befinden sich im Bundesarchiv – Militärarchiv – Freiburg im Breisgau. Ausländische Archive wurden auch konsultiert, um die Zuverlässigkeit der deutschen Akten zu verifizieren. Mehr als 300 ehemalige Militärrichter und Zeugen wurden persönlich aufgesucht und mit ihren damaligen Ermittlungen und Aussagen konfrontiert.
Dieses Buch legt zugleich eine behördengeschichtliche und völkerrechtliche Studie vor: Im ersten Teil untersucht de Zayas die Glaubwürdigkeit der Institution und des Aktenkorpus, im zweiten Teil schildert er anhand ausgewählter Fälle die Vorgehensweise und die Ergebnisse der Untersuchungsstelle: Schwere Kriegsverbrechen der alliierten Kriegsgegner werden dokumentiert.
Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten,
8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335

€ 29,80

Pro Patria, Märsche und Lieder



€ 17,95

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



statt € 19,00
nur noch € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert,
416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

NEU

Karl Albrecht Schachtschneider
Die Souveränität Deutschlands
Wie souverän ist Deutschland wirklich?
Gebunden, 373 Seiten
Best.-Nr.: 7219, € 19,95



PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.
10/13

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

SPD will Korol hinauswerfen

Bremen – Nach seiner Warnung vor einem Massenansturm rumänischer und bulgarischer Roma droht dem Bremer Landtagsabgeordneten Martin Korol der Rauswurf aus der SPD. Landeschef Andreas Bovenschulte nennt Korols Kritik „parteischädigend“. Der 68-Jährige hatte unter anderem geäußert, die Balkan-Roma stammten aus einer „archaischen Welt“, viele würden nichts zur Gesellschaft beitragen (siehe *PAZ* vergangener Woche). *H.H.*

»Facebook« zensiert Autor

Leipzig – Der Chefredakteur des Magazins „Compact“, Jürgen Elsässer, ist vom Portal „Facebook“ zensiert worden. Ein Beitrag in Elsässers Blog, in dem sich der Autor kritisch zum Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen Paaren äußert, wurde gelöscht. Zuvor hatten sich 130 Internetnutzer eine rege Debatte zu dem Elsässer-Beitrag geliefert. Der Zensierte bedauert, einigen Leute gefalle offenbar nicht, wenn Leute offen miteinander diskutierten. *H.H.*

ZUR PERSON

Abstieg von der Karriereleiter

Kaum wird von der Politik eine Frauenquote in Führungspositionen von Unternehmen gefordert, da hört die Co-Chefin des deutschen Investmentbankings bei Goldman Sachs auf. Nach über 20 Jahren Tätigkeit bei der US-Bank steigt **Dorothee Blessing** aus ihrem hochdotierten Job aus. Einfach so, wie wenn man mitten auf der Autobahn aus dem Auto aussteigt und zu Fuß nach Hause geht.

Einen genauen Grund für ihren Schritt gab die 45-Jährige nicht an. Sie wolle sich eine Auszeit gönnen und sich beruflich neu orientieren, ließ sie wissen. Nun, Krankenschwester oder Friseurgehilfin dürfte kaum ihr nächstes Berufsziel sein. Da sei ihre Familie vor. Blessing ist Mitglied einer vermögenden Bankerdynastie, deren weit gespanntes Finanz-Netzwerk noch jeden zu Macht und Einfluss geführt hat.

Blessings Vater, der 2007 gestorbene Bankmanager Paul Wieandt, machte sich einen Namen als Sanierer und Abwickler angeschlagener Banken wie der Schmidt Bank. Sein Sohn Axel Wieandt führte den Vorsitz der Hypo Real Estate, nachdem diese durch die Finanzkrise in Schieflage geraten war und soll jetzt die ehemalige Karstadt-Quelle-Bank sanieren. Der zweite Sohn Carl arbeitet bei der Unternehmensberatung McKinsey. Und Dorothee Blessings Mann Martin Blessing ist derzeit der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank.



Da fällt es nicht schwer, sich ein Sabbatjahr zu gönnen und sich um die drei Töchter zu kümmern. Lange wird die Pause nicht dauern. Wer für Fusionen und Unternehmensübernahmen zuständig war und ein ehrgeiziges Familien-Netzwerk hinter sich weiß, dem brennt es unter den Nägeln, riskante Aufgaben zu übernehmen. Vielleicht ja als Frauenbeauftragte in der Politik. Ist der nächste Karriereschritt längst geplant? *tws*



Zeichnung: Mohr

Kulturelle Kot-Flecken

Was sich ein deutscher Minister unter der Türkei vorstellt, wer unsere Heuchelei ausbaden soll, und warum Eier wichtiger sind als Portugal / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Der Herr Erdogan ist ein schwieriger Freund. Deutsche Politiker hatten den türkischen Ministerpräsidenten mit Blumen überschüttet, Kanzlerin Merkel knuddelte ihren osmanischen Kumpel aufs Innigste. Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger warf sich vor Anbetung des Erhabenen von Ankara in Gedanken auf die Knie.

Erdogan fühlte sich mit jedem weiteren Busserl ein bisschen größer, wie das Angebern zu eigen ist. Irgendwann dachte er sich, jetzt, wo die sich alle so klein gemacht haben vor mir, kann ich endlich vom Leder ziehen. Also plusterte er sich auf und verdammte den Zionismus als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Ach du liebe Güte! In Berlin ging's zu wie im Hühnerstall, wenn der Marder zu Besuch kommt. Man hatte sich den Mann vom Bosporus doch so angestrengt hübschgepinselt. War eine Heidenarbeit, zu der die Berliner alles in die Schlacht geworfen hatten, was sie an Realitäts- und Selbstverleugnung aufbringen konnten. Doch kaum, dass der Geschminkte sich bewegt, blättert die Farbe ab und sowas kommt zum Vorschein.

Damit nicht genug: Neben der Zionismus-Rede klatschte der alarmierende Bericht des Wehrbeauftragten in die Spree, der über unhaltbare Zustände in den türkischen Kasernen berichtet, in denen die deutschen Soldaten zum Schutz der Türkei vor ... ja, wovor eigentlich? Ach, ist ja auch egal, jedenfalls stinkt's da gewaltig, im übertragenen wie im buchstäblichen Sinne.

Toiletten außen und innen mit Kot und Urin verschmiert, Schlamm in den sanitären Anlagen, dazu hat ein türkischer Offizier eine deutsche Soldatin angegriffen. Auch ist es den Deutschen, die auf Wunsch Ankaras die Türkei beschützen sollen, verboten, ihre Fahne zu hissen.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière beeilte sich ebenso wie SPD-Chef Sigmar Gabriel, der gerade bei der Truppe zu Besuch war, die Völkerfreundschaft wiederherzustellen. Die „Kulturen“ der Deutschen und der Türken seien eben unterschiedlich, belehrten sie die Bundeswehrsoldaten.

Wie bitte? Das wird den wohlsituierten Istanbuler Mittelschichtler aber freuen, was er da von deutschen Spitzenpolitikern hören darf. Nämlich, dass kotverschmierte Toiletten und dreistes bis offen aggressives Verhalten gegenüber Gästen, die er zu seinem eigenen Schutz selbst eingeladen hat, Ausdruck der türkischen Kultur seien.

Nicht das erste Mal, dass sich die Vortänzer „Politischen Korrektheit“ in ihren eigenen Pirouetten verheddert haben. Der Minister und der SPD-Chef wollten nur ums Verrecken nicht aussprechen, was jeder geradeaus denkende Deutsche oder Türke mit bloßem Auge erkennt: Dass es schlicht eine Sauerei ist, was die türkische Armee da unten mit den deutschen Soldaten treibt. Dass man sie mit ihrer eingebildeten syrischen (richtig, das war's) Bedrohung in ihrer Sch... Verzeihung, in ihren Exkrementen sitzen lassen und sofort abziehen sollte.

> Soldaten, Polizisten, Lehrer – sind alles Weicheier. Das wollen wir zumindest hoffen!

Aber solche Worte traut man sich in Berlin nicht, also krochen de Maizière und Gabriel im Reflex unter die vermeintlich sichere Decke der „kulturellen Toleranz“, wo prompt der dicke Fettnapf auf sie lauerte. Wunderbar.

Von seinen Soldaten hat Thomas de Maizière ohnehin die Nase voll. Die seien nämlich „süchtig nach Anerkennung“. Hat er gesagt. Dann hat er das etwas heruntergespielt. Er habe vielleicht nicht den richtigen Ton getroffen, räumte der Minister ein, um gleich nachzuschießen: Aber seine Melodie stimme trotzdem. Aha, und was soll das jetzt wieder heißen? Woraus bestehen denn Melodien, wenn nicht aus Tönen? Und wie soll eine Melodie richtig sein, wenn ihre Töne danebengehen? Herrschaftszeiten, wie kann ein studierter Mann nur so einen Blödsinn reden! Thomas, wenn du noch mal was über Töne, Melodien oder die „türkische Kultur“ vom Stapel lässt, sperren wir dich auf'm Klo ein.

Soldaten sind nicht die einzigen Staatsdiener, die so manchem Zeitgenossen schwer auf die Nerven gehen. Polizisten gehören auch dazu, die „jammern“ zu viel, echauffieren sich Leute, die meinen, es wissen zu müssen. Und dann die Lehrer – ach, hören Sie auf! Soldaten, Polizisten, Lehrer, alles Weicheier geworden.

Vielleicht wären ja alle zufriedener, wenn die Soldaten – statt nach Anerkennung zu gieren – sich den vermissten Respekt durch hartes, soldatisches Auftreten selbst verschafften („Hamse überhaupt jedient, Sie Fatzke?“), wenn Polizisten rigoros durchgriffen, statt zu „deeskalieren“ und mit den Rädelsführern gewalttätiger, ungehemigter Aufmärsche in stundenlange Verhandlungen einzutreten, wenn der Lehrer den unerziehbaren, die ganze Klasse terrorisierenden Störenfried an den Ohren aus dem Klassenzimmer zerrte und für den Rest der Stunde irgendwo wegsperrte, statt sich von ihm vorführen zu lassen. Na? Wär' das was?

Um Himmels Willen! Wir haben die kreischenden Überschriften der Mittelmaßmedien schon vor Augen: „Neuer Bundeswehr-Skandal: Militaristischer Ungeist kehrt zurück!“ Oder: „Parteiübergreifende Empörung über Polizeigewalt! Evangelische Kirche und Antifaschistische Gruppen rufen zur Mahnwache auf!“ Und schließlich: „Prügel-Lehrer (hat Schüler am Ohr gezogen) suspendiert. Opfer Kevin S. nach 40-minütiger Einsperrung in psychologischer Betreuung. Wird er sich von dem Trauma erholen?“

Das geht also auch nicht. Ergo werden sich die Staatsdiener mit und ohne Uniform damit abfinden müssen, den Idioten der Nation zu geben. Irgendwer muss die Rolle ja spielen. Oder sollen wir unsere Heuchelei etwa selber ausbaden? Ich bitte Sie!

Außerdem trifft es andere öffentlich Bedienstete noch viel ärger als die Besagten. In Brüssel ist ein Rundbrief aufgetaucht, der sich an EU-Mitarbeiter richtet, welche nach Griechenland geschickt werden. Nach dem, was öffentlich bekannt wurde, liest sich der Brief wie ein Ratgeber für Abgesandte einer Besatzungsmacht, die in ein partisanenverseuchtes Protektorat beordert werden, Motto: Hinter jeder Ecke lauert die Gefahr, dem einheimischen Pack ist nicht zu trauen!

In den Anschreiben wird den EU-Beamten dringend ans Herz gelegt, keinem Griechen ihren Beruf preiszugeben. Wenn ein Eingeborener fragt, sollen sie den Beruf des besten Freundes angeben und sich dazu einen gefälschten Lebenslauf ausdenken, in dem auf keinen Fall die EU auftaucht.

Das Schreiben ist mit „J“ unterzeichnet, und ganz Brüssel rätselt nun, welcher ranghohe EU-Offizielle sich hinter dem geheimnisvollen Kürzel verbergen könnte. Von den Nachnamen der EU-Kommissare fängt keiner mit „J“ an, von den Vornamen drei: Der von Haushaltskommissar Janusz Lewandowski (Polen), von Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia (Spanien) und der des Kommissionspräsidenten höchstselbst: José Manuel Barroso (Portugal). Die EU-Emissäre sollten, so empfiehlt der Brief weiter, Fenster meiden, wenn es draußen zu Unruhen komme. Oder hieß es „zur Revolution“? In dem Schreiben wird düster von „X Toten“ gesprochen, die zu befürchten seien.

Na, die Herren der EU scheinen sich ja auf einiges gefasst zu machen. Glücklicherweise lässt man uns mit diesen grausigen Sachen weitgehend in Ruhe. Als in Portugal vor ein paar Tagen rund anderthalb Millionen Menschen gegen die EU-Politik auf die Straße gingen, standen bei den deutschen Sendern und Tageszeitungen so Sachen wie Steinbrücks Clowngeschichten oder bedenkliche Hühnereier ganz oben in der Reihe der „wichtigsten“ Meldungen. 1,5 Millionen, das entspräche auf die deutsche Bevölkerungszahl übertragen einer Demonstration von zehn Millionen Menschen gleichzeitig. Hat es hier noch nie gegeben. Um die deutschen Medienkonsumenten von so einem „europafeindlichen“ Volksaufstand abzulenken, konnte man die Hühnereier gar nicht gefährlich genug anmalen.

MEINUNGEN

Die Antifa-Aktivistin, hauptamtliche Vorsitzende der „Amadeu Antonio Stiftung“ und langjährige Stasi-IM ***Anetta Kahane*** *erklärte im Internet-Portal „Publikative.org“ am 2. August 2012, was ihrer Meinung nach in den* ***neuen Bundesländern schiefläuft:***

„Aus diesem Grund gibt es im Osten des Landes noch immer weniger als ein Prozent sichtbare Minoritäten und somit kann man sagen, dass dieser Teil des Landes weiß geblieben ist. Nicht nur ‚ausländerfrei‘, sondern weiß. Bis heute ist es anstrengend, schwierig, mühsam bis unmöglich, die lokalen Autoritäten davon zu überzeugen, dass dieser Zustand ein Problem ist, gegen das sie aktiv werden sollten.“

Der Dramatiker ***Andres Veiel*** *sprach für sein neuestes Theaterstück mit 25* ***Bankern****. Dem „Handelsblatt“ (27. Februar) erzählte er von seinen Eindrücken aus den Gesprächen:*

„Banker sind sehr unterschiedliche Individuen. Einige durchschauen aber die Mechanismen der Finanzkrise sehr gut. Sie sagen, dass die aktuelle Politik nur Zeit gewinnen kann und die Probleme nicht löst. Sie wissen, dass Inflation und Armut droht. Trotzdem würden sie das in der Öffentlichkeit niemals kundtun. Das ist irritierend.“

Der italienische Wahlsieger ***Guiseppe („Beppe“) Grillo*** *redet im „Focus“ (4. März)* ***Klartext:***

„Ich gebe den alten Parteien noch sechs Monate – und dann ist hier Schluss ... Wir machen alle Schubladen auf, lüften alle Geheimnisse. Wenn wir ins Parlament einziehen, bringen wir das alte System zum Einsturz. Nicht weil uns das Vergnügen bereitet, sondern weil das System morsch ist.“



Roger Köppel*, Chefredakteur der Schweizer „Weltwoche“ (27. Februar), sieht die* ***Italien-Wahl*** *als Zeichen für eine* ***tiefe Kluft*** *zwischen den Völkern und der „Euro-Elite“:*

„Demokratie ist, wenn es anders herauskommt, als Meinungsführer, Journalisten und tonangebende Politiker gedacht haben ... Merkel, Barroso und die meisten Chefredaktoren hätten Monti gewählt, was wiederum zeigt, wie weit sich die Euro-Elite von den gewöhnlichen Leuten entfernt hat.“

Der Autor ***Michael Klonovsky*** *wird im Magazin „eigentümlich frei“ zum Thema* ***Moral*** *und Geschichte und* ***Holocaust*** *zitiert:*

„Indem er die Untat schlichtweg bestreitet, bewegt sich der Holocaust-Leugner immer noch im Kraftfeld der traditionellen Moral. Die trostlosen Figuren mit ihren „Bomber Harris, do it again!“-Plakaten haben sie hinter sich gelassen und unmittelbar zu den Nazis aufgeschlossen.“